

Die Berichterstattung von Versicherungs- gesellschaften über ihre Unternehmensverbindungen

– Eine empirische Untersuchung –

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung des akademischen Grades
eines Doctor rerum politicarum (Dr. rer. pol.)
an der Ludwig-Maximilians-Universität München

vorgelegt
von

Helmut Haas

1975

Die Berichterstattung von Versicherungs- gesellschaften über ihre Unternehmensverbindungen

– Eine empirische Untersuchung –

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung des akademischen Grades
eines Doctor rerum politicarum (Dr. rer. pol.)
an der Ludwig-Maximilians-Universität München

vorgelegt
von

Helmut Haas

1975



Referent: Prof. Dr. K. v. Wysocki

Korreferent: Prof. Dr. W. Mahr

Tag der mündlichen Prüfung: 21. Juli 1975

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
A. ANLASS, AUFGABEN UND GANG DER UNTERSUCHUNG	1
I. Anlaß der Untersuchung	1
II. Aufgaben und Gang der Untersuchung	6
B. DIE UNTERNEHMENSVERBINDUNGEN IN DER VERSICHERUNGSWIRTSCHAFT UND DIE FÜR DIE BERICHTERSTATTUNG RELEVANTEN PUBLIZITÄTSVORSCHRIFTEN	9
I. Die Erscheinungsformen der Unternehmensverbindungen in der Versicherungswirtschaft	9
1. Kapitalverbindungen	12
2. Personelle Verbindungen	14
3. Organisatorische Verbindungen	16
II. Der Umfang der im Aktiengesetz 1965 und in der Untersuchung erfaßten Unternehmensverbindungen	18
1. Die im Begriff der verbundenen Unternehmen des Aktiengesetzes 1965 erfaßten Unternehmensverbindungen	18
2. Die in der Untersuchung erfaßten Unternehmensverbindungen	22
III. Überblick über die für die Berichterstattung über die Unternehmensverbindungen relevanten Publizitätsvorschriften	23

C. DIE ERWARTUNGEN DER LITERATUR UND DES GESETZGEBERS IM HINBLICK AUF DIE BERICHTERSTATTUNG DER UNTER- NEHMEN ÜBER IHRE UNTERNEHMENSVERBINDUNGEN UND DIE HYPOTHESE DER RESTRIKTIVEN INFORMATIONSVERSORGUNG DURCH DIE UNTERNEHMEN	26
I. Die Erwartungen der Literatur und des Gesetz- gebers im Hinblick auf die Berichterstattung der Unternehmen über ihre Unternehmensver- bindungen	26
II. Die Hypothese der restriktiven Informations- versorgung durch die Unternehmen	30
1. Ableitung der Hypothese der restriktiven Informationsversorgung aus den in der Literatur geäußerten Vermutungen zum In- formationsverhalten der Unternehmen im Rahmen ihrer Rechnungslegung	30
2. Analyse von empirischen Untersuchungen über die Informationsversorgung durch die Unternehmen	35
3. Die Bestimmung der zu prüfenden Hypothesen	43
D. UNTERSUCHUNGSOBJEKT UND UNTERSUCHUNGSMETHODEN	49
I. Untersuchungsobjekt	49
1. Auswahlmethode	49
2. Das empirische Feld	52
a) Struktur der in die Untersuchung ein- bezogenen Versicherungsunternehmen	52
b) Repräsentationsgrad der in die Unter- suchung einbezogenen Versicherungs- unternehmen	53
II. Untersuchungsmethoden	56
1. Prüfung der Hypothesen der restriktiven Informationsversorgung durch die Unter- nehmen	56

	Seite
2. Prüfung der freiwilligen Informationsversorgung durch die Unternehmen	58
3. Analyse der Informationsversorgung durch die Unternehmen mit Hilfe einer "Querverbindungsuntersuchung"	60
4. Ableitung und Prüfung von Hypothesen über Einflußfaktoren der Informationsversorgung durch die Unternehmen	61
 E. EMPIRISCHE UNTERSUCHUNG DER INFORMATIONSVERSORGUNG DURCH DIE UNTERNEHMEN ÜBER IHRE UNTERNEHMENSVERBINDUNGEN	 64
I. Prüfung der Hypothesen der restriktiven Informationsversorgung durch die Unternehmen	64
1. Prüfung der Hypothese der restriktiven Informationsversorgung bei nicht-operationalen Berichterstattungsnormen mit festgelegtem Inhalt	64
a) Notwendigkeit einer Gesetzesauslegung bei nicht-operationalen Normen zur Beurteilung der Ist-Berichterstattung	65
b) Die Befunde	68
ba) Berichterstattung über die Art der Verbindung	68
baa) Angabe einer der nach § 15 AktG möglichen Verbindungen	68
bab) Berichterstattung über die Abhängigkeitsvermutung des § 17 Abs. 2 AktG	72
bac) Berichterstattung über die Konzernvermutung des § 18 Abs. 1 Satz 3 AktG	81
bad) Angabe des Vertragstyps bei Unternehmensverträgen gem. § 291 f. AktG	89

	Seite
bb) Angabe der näheren Begründung bei Nichteinbeziehung von Konzernunternehmen in den Konzernabschluß wegen geringer Bedeutung	93
cc) Angabe des Zwecks bzw. Bereichs von Organisationsverträgen zwischen verbundenen Unternehmen	99
c) Zusammenfassende Betrachtung der Einzelbefunde	103
2. Prüfung der Hypothese der nicht-restrik- tiven Informationsversorgung bei operati- onalen Berichterstattungsnormen mit festgelegtem Inhalt	104
a) Die Befunde	104
aa) Berichterstattung über mitge- teilte Beteiligungen	104
ab) Angabe der Schlußerklärung des Abhängigkeitsberichts	108
ac) Berichterstattung über den Um- fang des Konzerns	112
ad) Berichterstattung über die in den Konzernabschluß einbezo- gen Unternehmen	114
ae) Berichterstattung über die Nichteinbeziehung von Konzern- unternehmen mit Sitz im Inland, an denen eine Mehrheitsbeteili- gung besteht	115
af) Angabe der Begründung der fehlen- den einheitlichen Leitung von herrschenden Unternehmen bei Mehr- heitsbeteiligungen von über 75 %	118
ag) Angabe des Unternehmens beim Be- stehen einer wechselseitigen Be- teiligung	121

	Seite
b) Zusammenfassende Betrachtung der Einzelbefunde	124
II. Analyse der freiwilligen Informationsversorgung durch die Unternehmen	126
III. Analyse der Informationsversorgung durch die Unternehmen mit Hilfe einer "Querverbindungsuntersuchung"	129
1. Darstellung der Einzelbefunde	130
a) Berichterstattung über festgestellte aktive und passive Minderheitsbeteiligungen	130
b) Berichterstattung über festgestellte aktive und passive Mehrheitsbeteiligungen	133
c) Berichterstattung über festgestellte Beherrschungs- und Abhängigkeitsverhältnisse	134
d) Berichterstattung über festgestellte Konzernverhältnisse	136
e) Berichterstattung über festgestellte Unternehmensverträge	138
f) Berichterstattung über festgestellte organisatorische und personelle Verbindungen	139
g) Berichterstattung über festgestellte wechselseitige Beteiligungen	141
2. Zusammenfassende Betrachtung der Einzelbefunde	141
IV. Analyse von Einflußfaktoren der Informationsversorgung durch die Unternehmen	142
1. Bestimmung eines "Berichterstattungsprofils" als Prüffeld	143

	Seite
2. Prüfung von Hypothesen	144
a) Die Unternehmensgröße als Einflußfaktor	144
b) Die Versicherungssparte als Einflußfaktor	147
c) Der Marktanteil des Abschlußprüfers als Einflußfaktor	148
d) Die Spezialisierung des Abschlußprüfers auf Versicherungsunternehmen als Einflußgröße	152
e) Die Rechtsform als Einflußfaktor	155
3. Zusammenfassende Betrachtung	156
F. SCHLUSSBETRACHTUNG	158
Tabellenverzeichnis	160
Abkürzungsverzeichnis	163
Literaturverzeichnis	165
Lebenslauf	182

A. ANLASS, AUFGABEN UND GANG DER UNTERSUCHUNG

I. Anlaß der Untersuchung

"Gegenüber der Gesellschaft mit weit gestreutem Aktienbesitz - dem Leitbild der bisherigen aktienrechtlichen Gesetzgebungen - überwiegt mindestens der Zahl nach die Gesellschaft, auf deren Geschicke ein Großaktionär - regelmäßig ein anderes Unternehmen - maßgebenden Einfluß ausübt." ¹⁾ Dieser Strukturwandel, der die Tendenz zur Unternehmenskonzentration ²⁾ - eine der wesentlichen Quellen wirtschaftlicher Macht ³⁾ - erkennen läßt, war einer der wesentlichen Tatbestände, die den Gesetzgeber zur Aktienrechtsreform 1965 veranlaßten. ⁴⁾ Die Normen des Gesetzes und die Realität im Wirtschaftsleben klappten erheblich auseinander. ⁵⁾

- 1) KROPFF, Bruno: Aktiengesetz, zusammengestellte Textausgabe des Aktiengesetzes vom 6.9.1965 und das EGAktG mit Begründung des Regierungsentwurfs und Ausschlußbericht, Düsseldorf 1965, S. 373
- 2) Zu den verschiedenen Arten der Konzentration vgl. ARNDT, Helmut - OLLENBURG, Günter: Begriff und Arten der Konzentration, in: Die Konzentration in der Wirtschaft, hrsg. v. ARNDT, Helmut, Bd. 1, 2. Aufl., Berlin 1971, S. 3 ff. (speziell zum Begriff der Unternehmenskonzentration, S. 24 ff.)
- 3) Zur Gefährlichkeit der Unternehmenskonzentration für die Funktionsfähigkeit der Konkurrenzwirtschaft vgl. KANTZENBACH, Erhard: Konzentration als Problem der Konkurrenzwirtschaft, in: Die Konzentration in der Wirtschaft, hrsg. v. ARNDT, Helmut, Bd. 1, 2. Aufl., Berlin 1971, S. 159 ff.
- 4) Die Regelung des Rechts der Unternehmensverbindungen bildete einen Schwerpunkt der Aktienrechtsreform 1965, vgl. FORSTER, Karl-Heinz: Rechnungslegungsvorschriften im Wandel, in: Beiträge zum Wirtschaftsrecht, Festschrift für Heinz KAUFMANN zum 65. Geburtstag, hrsg. v. BARTHOLOMEYCZIK, Horst u.a., Köln - Marienburg 1972, S. 153
- 5) Zur Kluft zwischen Gesetz und Wirklichkeit bezüglich der Konzerngebundenheit vgl. FISCHER, Curt Eduard: Rechtsschein und Wirklichkeit im Aktienrecht - Rechtspolitische Betrachtungen zu einer Reform der AG, in: AcP 1955, S. 115 ff.

Die bestehenden vielfältigen Verflechtungen können dazu führen, daß die Organe der abhängigen Gesellschaften in ihrer Entscheidungsfreiheit stark eingeschränkt werden oder sogar zum ausführenden Organ der Beschlüsse des herrschenden Unternehmens degradiert werden, obwohl das abhängige Unternehmen seine rechtliche Selbständigkeit nicht verloren hat. Die Schätzungen über das Ausmaß der Konzernverbundenheit der deutschen Aktiengesellschaften weichen - mit Ausnahme der Angabe WÜRDINGERS - nur wenig von einander ab. Nach KUTZENBERGER ¹⁾ befinden sich rund zwei Drittel des gesamten Grundkapitals der deutschen Aktiengesellschaften in Dauer- und Schachtelbesitz. FISCHER, ²⁾ GESSLER ³⁾ und BAUMBACH-HUECK ⁴⁾ sind der Ansicht, daß siebzig Prozent der deutschen Aktiengesellschaften konzernverbunden sind, BÜHLER, ⁵⁾ RASCH ⁶⁾ und EDELKOTT ⁷⁾ nehmen achtzig Pro-

-
- 1) Vgl. KUTZENBERGER, Gerhard: Mitbestimmung der Aktionäre. Ein wirtschaftswissenschaftlicher Beitrag zur Aktienrechtsreform, Berlin 1964, S. 20
 - 2) Vgl. FISCHER, Curt Eduard: a.a.O., S. 117
 - 3) Vgl. GESSLER, Ernst: Das neue Aktienrecht, in: BB 1965, S. 681
 - 4) Vgl. BAUMBACH-HUECK: Aktiengesetz, 13. völlig neu bearbeitete Aufl., München 1968, S. 854
 - 5) Vgl. BÜHLER, Ottmar: Steuerrecht der Gesellschaften und Konzerne, 2. Aufl., Berlin - Frankfurt 1953, S. 189
 - 6) Vgl. RASCH, Harold: Deutsches Konzernrecht, 2. Aufl., Köln - Berlin - Bonn - München 1955, S. 10
 - 7) Vgl. EDELKOTT, Dieter: Der Konzernabschluß in Deutschland, Zürich 1963, S. 1

zent an. Die Schätzung WÜRDINGERS, ¹⁾ nur dreißig Prozent der Aktiengesellschaften seien konzernmäßig verbunden, dürfte zu niedrig sein. GESSLERS ²⁾ Widerspruch, schon aus der von der Commerzbank herausgegebenen Veröffentlichung "Wer gehört zu wem" ergebe sich mit Sicherheit ein Anteil von 52 Prozent abhängigen Gesellschaften, dürfte daher berechtigt sein.

In Anbetracht der zunehmenden Verflechtung der Unternehmen leitete die Bundesregierung mit Gesetz über eine Untersuchung der Konzentration in der Wirtschaft vom 31.12.1960 ³⁾ eine Enquête ein. Die Ergebnisse wurden im "Bericht über das Ergebnis einer Untersuchung der Konzentration in der Wirtschaft" am 5.6.1964 ⁴⁾ und in dem Anlagenband zur Konzentrationsenquête am 9.10.1964 ⁵⁾ veröffentlicht.

Diese Untersuchung führte u.a. zu dem Ergebnis, daß das Ausmaß der Verflechtung in der Versicherungswirtschaft besonders groß war. Rund 59 Prozent des Grundkapitals der Versicherungs-Aktiengesellschaften der Bundesrepublik Deutschland befanden sich 1960 im Besitz von deutschen Versicherungsunternehmen. ⁶⁾

-
- 1) Vgl. WÜRDINGER, Hans: Sind auf dem Gebiet des Konzernrechts gesetzgeberische Maßnahmen gesellschaftsrechtlicher Art erforderlich? Gutachten zum 42. Deutschen Juristentag, Sitzungsberichte Bd. 2, Tübingen 1959, F 6
 - 2) Vgl. GESSLER, Ernst: Der Schutz der abhängigen Gesellschaft, in: Aktuelle Probleme aus dem Gesellschaftsrecht und anderen Rechtsgebieten, Festschrift für Walter Schmidt zum 70. Geburtstag, hrsg. v. SAMSON, Benvenuto, Berlin 1959, S. 248
 - 3) BGBI. I, S. 9
 - 4) Deutscher Bundestag, 4. Wahlperiode, Drucksache Nr. IV/2320
 - 5) Deutscher Bundestag, 4. Wahlperiode, zu Drucksache Nr. IV/2320
 - 6) Vgl. Deutscher Bundestag, 4. Wahlperiode, Drucksache Nr. IV/2320, S. 47

Im Ergebnisbericht heißt es sogar: "In der Versicherungswirtschaft ist die Verflechtung untereinander so stark, daß sich im Einzelfall meist nicht sagen läßt, welches Unternehmen das andere beherrscht." ¹⁾

BRAESS ²⁾ äußert 1971 sogar die Vermutung, daß sich der Verflechtungsgrad in der Versicherungswirtschaft seit der oben erwähnten Erhebung noch mehr erhöht habe. Die Unternehmen dieses Teilbereichs der Gesamtwirtschaft bieten sich für eine empirische Untersuchung der Berichterstattung der Gesellschaften über ihre Unternehmensverbindungen daher geradezu an. ³⁾

Einen weiteren wichtigen Anlaß dieser Arbeit sehen wir außerdem darin, daß trotz des in vielen wissenschaftlichen Untersuchungen am Ende enthaltenen Hinweises, die formulierten Hypothesen seien nun noch empirisch zu überprüfen, die empirische Untersuchung der entwickelten Hypothesen in der Betriebswirtschaftslehre in einem krassen Mißverhältnis zu der von vielen Autoren geäußerten Forderung nach einer solchen Forschungsmethode steht. ⁴⁾ Die zur realitätsnahen Erforschung betriebswirtschaftlicher Verhaltensweisen erforderlichen empirischen

1) Deutscher Bundestag, 4. Wahlperiode, Drucksache Nr. IV/2320, S. 63

2) Vgl. BRAESS, Paul: Konzentration in der Wirtschaft, in: Die Konzentration in der Wirtschaft, hrsg. v. ARNDT, Helmut, Bd. 2, 2. Aufl., Berlin 1971, S. 469

3) Eine ausführliche Begründung der getroffenen Auswahl der zu untersuchenden Unternehmen erfolgt auf S. 49 ff. der Arbeit.

4) Diese Ansicht vertritt auch KAPPLER, Ekkehard: Das Informationsverhalten der Bilanzinteressenten - Ein Beitrag zu einer sozialwissenschaftlich fundierten Theorie der Unternehmenspolitik durch Bilanzinformationen, Habilitationsschrift, München 1972, S. 268

Arbeiten gewinnen erst in den letzten Jahren an Bedeutung.¹⁾
Auffällig ist auch, daß im Gegensatz zur sehr umfangreichen bilanzpolitischen Literatur die Anzahl der empirischen Arbeiten, welche die Informationsversorgung durch die Unternehmen in ihren Jahresabschlüssen und Geschäftsberichten analysieren,²⁾ sehr gering ist, so daß in dem genannten Bereich weitere Untersuchungen angebracht erscheinen.³⁾

- 1) Vgl. HEINEN, Edmund: Das Zielsystem der Unternehmung. Grundlagen betriebswirtschaftlicher Entscheidungen, Wiesbaden 1966; WITTE, Eberhard: Phasen-Theorem und Organisation komplexer Entscheidungsverläufe, in: Zfbf 1968, S. 625 ff.; HAUSCHILDT, Jürgen: Organisation der finanziellen Unternehmensführung. Eine empirische Untersuchung, Stuttgart 1970; GRÜN, Oskar: Das Lernverhalten in Entscheidungsprozessen der Unternehmung, Habilitationsschrift, München 1972; KNORPP, Jürgen: Die Beeinflussung komplexer Entscheidungen in verbundenen Organisationen, Diss., Mannheim 1972; WITTE, Eberhard: Das Informationsverhalten in Entscheidungsprozessen, Tübingen 1972
- 2) Vgl. v. WY SOCKI, Klaus: Konzernrechnungslegung in Deutschland. Eine Auswertung von 126 Konzernabschlüssen und Konzerngeschäftsberichten deutscher Obergesellschaften zum 31.12.1967, Düsseldorf 1969; CASTAN, Edgar: Die Erläuterung der Bewertungs- und Abschreibungsmethoden der großen Börsengesellschaft in den Geschäftsberichten für 1967, in: DB 1969, S. 269 ff. und 315 ff.; v. WY SOCKI, Klaus: Zwei Jahre Konzernrechnungslegung nach dem AktG 1965, in: Wpg 1970, S. 97 ff. und 124 ff.; SEEMANN, Hans-Jürgen: Befolgung des neuen Aktiengesetzes - Eine Chance für die externe Bilanzanalyse, Diss., Mannheim 1970; v. WY SOCKI, Klaus, KEIFER, Rüdiger, GROSS, Gerhard, JÄGER, Werner, HAAS, Helmut: Die Berichterstattung Deutscher Aktiengesellschaften über die Bewertungs- und Abschreibungsmethoden gemäß § 160 Abs. 2 AktG, Zfbf 1971, S. 308 ff.
- 3) Ebenso KAPLER, Ekkehard: a.a.O., S. 269

II. Aufgaben und Gang der Untersuchung

Die Arbeit will einen Beitrag zur empirischen Theorie der öffentlichen Rechnungslegung leisten, die sich nach COENENBERG "der Frage nach dem tatsächlichen Informationsgehalt veröffentlichter Jahresberichte" ¹⁾ widmet. Sie versucht damit gleichzeitig, einen Mosaikstein zur Rechtstatsachenforschung zu liefern, die "das Vorkommen, das Abweichen oder die Übereinstimmung der tatsächlichen Rechtsgestaltung mit den vom Gesetz vorausgesetzten und geregelten Sachverhalten" ²⁾ feststellen will.

Da die Ergebnisse empirischer Untersuchungen "zu Reflektionen über die Zweckmäßigkeit der in der Praxis vorgefundenen Handhabungen und Verfahrensweisen Anlaß geben" ³⁾ können, werden wir versuchen, einen Beitrag zur Erfüllung der Beratungsfunktion der Betriebswirtschaftslehre für den Gesetzgeber ⁴⁾ zu liefern. Wir werden uns die Frage stellen, ob die geltenden Berichterstattungs-normen die Informationsversorgung durch die Gesellschaften über ihre Unternehmensverbindungen zweckmäßig regeln oder ob es erfolgversprechendere Ansätze gibt.

Die Arbeit soll außerdem einen Beitrag zur Entwicklung einer Berichterstattungstheorie leisten. Zu diesem Zweck werden wir untersuchen, durch welche Faktoren die Informationsversorgung durch die Unternehmen beeinflußt wird.

-
- 1) COENENBERG, Adolf Gerhard et al.: Jahresabschluß und Jahresabschlußanalyse. Betriebswirtschaftliche, handels- und steuerrechtliche Grundlagen, München 1974, S. 452
 - 2) SCHUHMAN, Hans: Einführung in die Rechtswissenschaft, Wiesbaden 1959, S. 110
 - 3) v. WYSOCKI, Klaus: Konzernrechnungslegung in Deutschland, a.a.O., S. 1
 - 4) Vgl. HEINEN, Edmund: Zum Wissenschaftsprogramm der entscheidungsorientierten Betriebswirtschaftslehre, in: ZfB 1969, S. 210

Nach der Angabe der wesentlichen Aufgaben der Arbeit wollen wir den Leser in einem kurzen Überblick mit dem Gang der Untersuchung vertraut machen. Die zunächst gegebene Beschreibung der Erscheinungsformen der Unternehmungsverbindungen in der Versicherungswirtschaft soll eine Beurteilung der Bedeutung und der Zielsetzung der einzelnen Verbindungsformen ermöglichen. Einer kurzen Darstellung der in § 15 AktG 1965 erfaßten Typen von verbundenen Unternehmen und der Erläuterung der in dieser Untersuchung erfaßten - im Vergleich zum AktG 1965 weiterreichenden - Arten von Unternehmensverbindungen folgt ein Überblick über die für die Berichterstattung über die Unternehmensverbindungen relevanten Rechnungslegungsvorschriften im Aktien- und Versicherungsaufsichtsgesetz (Teil B).

Teil C der Untersuchung fällt die Aufgabe zu, die Hypothese der restriktiven Informationsversorgung durch die Unternehmen vorzustellen. Zur Beurteilung des Informationsgehalts dieser Hypothese, ¹⁾ die wir mit Hilfe von Aussagen und Vermutungen in der Literatur und einer Analyse bisheriger empirischer Untersuchungen über die Informationsversorgung durch die Unternehmen ableiten werden, ²⁾ ist unbedingt die Angabe erforderlich, unter welchen Bedingungen sie gelten soll. Aus diesem Grund werden auch die Erwartungen der Literatur und des Gesetzgebers im Hinblick auf die Berichterstattung der Gesellschaften über ihre Unternehmensverbindungen erläutert.

1) Zum Informationsgehalt von Hypothesen vgl. FRIEDRICHS, Jürgen: Methoden empirischer Sozialforschung, Hamburg 1973, S. 104

2) Diese Vorgehensweise entspricht dem "Popper-Albertschen Theorieverständnis", vgl. POPPER, Karl R.: Logik der Forschung, 2. erweiterte Aufl., Tübingen 1966, S. 13 ff. und ALBERT, Hans: Probleme der Theoriebildung. Entwicklung, Struktur und Anwendung sozialwissenschaftlicher Theorien, in: Theorie und Realität, ausgewählte Aufsätze zur Wissenschaftslehre der Sozialwissenschaften, hrsg. v. ALBERT, Hans, Tübingen 1964, S. 47 ff.

Teil D enthält zunächst die Begründung für unsere Entscheidung, die Auswahl der von uns zu untersuchenden Unternehmen nach dem Konzentrationsprinzip ¹⁾ zu treffen. Nach einer Darstellung der Struktur und des Repräsentationsgrades der in die Untersuchung einbezogenen Versicherungsunternehmen wird der Leser kurz mit den Untersuchungsmethoden bekannt gemacht.

Teil E umfaßt den gesamten Komplex der empirischen Untersuchung der Informationsversorgung durch die Unternehmen über ihre Unternehmensverbindungen. Zunächst werden die Hypothesen der restriktiven Informationsversorgung, die den Einfluß der Operationalität von Rechnungslegungsvorschriften auf die Gesetzesbefolgung durch die Gesellschaften untersuchen, anhand zahlreicher Berichterstattungstatbestände geprüft. Im Anschluß an die Analyse der freiwilligen Informationsversorgung durch die Unternehmen wollen wir mit Hilfe einer "Querverbindungsuntersuchung" feststellen, ob die Berichterstattung einer Gesellschaft, die eine Unternehmensverbindung zu einer anderen Gesellschaft i n n e r h a l b unseres empirischen Feldes anführt, mit den Angaben dieser anderen Gesellschaft übereinstimmt. Gerade die Anwendung dieser aufwendigen und unseres Wissens bisher nicht benutzten Methode könnte aufdecken, ob und in welchen Bereichen die Unternehmen dazu neigen, trotz verbindlicher Gesetzesnormen Informationen zurückzuhalten. Abschließend soll durch Prüfung von Hypothesen geklärt werden, welche Faktoren die Informationsversorgung durch die Unternehmen beeinflussen. Dabei wird vermutet, daß ein Zusammenhang zwischen der Berichterstattungsgüte der in die Untersuchung einbezogenen Gesellschaften - dargestellt mit Hilfe eines "Berichterstattungs-

1) Vgl. HAMPE, Asta: Statistik für Betriebswirte I, Stuttgart 1966, S. 17

profils" - und der Größe der Unternehmen, der Versicherungssparte, dem Marktanteil des Abschlußprüfers, der Spezialisierung des Abschlußprüfers auf Versicherungsunternehmen und der Rechtsform der Unternehmen besteht.

B. Die Unternehmensverbindungen in der Versicherungswirtschaft und die für die Berichterstattung relevanten Publizitätsvorschriften

I. Die Erscheinungsformen der Unternehmensverbindungen in der Versicherungswirtschaft

Die Zusammenschlüsse in der Versicherungswirtschaft zwischen rechtlich selbständigen Unternehmen vollziehen sich in unterschiedliche Formen, die nur zur Beschränkung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit aber auch zu ihrer völligen Aufhebung führen können. Die Intensität der Zusammenschlüsse reicht von relativ lockeren Verbindungen in Form von auf Teilgebiete begrenzte Arbeitsgemeinschaften über die ein- oder auch wechselseitige Kapitalbeteiligung bis zum Versicherungskonzern unter einheitlicher Leitung.¹⁾ Die wesentlichen

1) Vgl. BRAESS, Paul: Konzentration in der Wirtschaft, a.a.O., S. 469

Gründe ¹⁾ für die Verbindungen zwischen Versicherungsunternehmen sind in der aufsichtsbehördlichen Vorschrift der Spartenentrennung, ²⁾ der Beteiligung von Rück- an Erstversicherern zur Sicherung einer ausreichenden Geschäftsbasis und in den Stützungsaktionen in den Jahren 1920 - 1932 zu sehen.

- 1) Vgl. Deutscher Bundestag: Bericht über das Ergebnis einer Untersuchung der Konzentration in der Wirtschaft, a.a.O., S. 46; vgl. außerdem FREY, Emil: Verbundene Unternehmen in der Versicherungswirtschaft, in: Vom Sinn der Konzentration, Festschrift für Volkmar MUTHESIUS zum 65. Geburtstag, hrsg. von MUTHESIUS, Peter, Frankfurt 1965, S. 59 f.; NOWAK, Erich: Unternehmensverbindung und Spartenentrennung in der Sicht der Aufsichtsbehörde, in: VW 1966, S. 1358; HAX, Karl: Ist der Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit noch eine geeignete Rechtsform für die große Versicherungsunternehmung, in: Wirtschaft und Recht der Versicherung, Paul BRAESS zum 66. Geburtstag, hrsg. v. FARNY, Dieter, Karlsruhe 1969, S. 141; von PORTATIUS, Hans-Georg: Die Jahresausweispolitik konzerngebundener Lebensversicherungs-Aktiengesellschaften - Grundlagen und Methoden - Darmstadt o.J., S. 39; FINKE, Gerd: Bedeutung Aufstellung und Aussage des Konzernabschlusses der Versicherungsaktiengesellschaften, Berlin 1971, S. 13; MAHR, Werner: Einführung in die Versicherungswirtschaft. Allgemeine Versicherungslehre, 3. Aufl., Berlin 1970, S. 305 ff.; umfangreiche Hinweise auf Literatur der Jahre 1911 bis 1959, die sich mit den Entstehungsgründen von Versicherungskonzernen beschäftigt, finden sich bei FARNY, Dieter: Die Versicherungsmärkte - Eine Studie über die Versicherungsmarkttheorie. Berlin 1961, S. 122 Fußn. 171
- 2) Die Kombination verschiedener Versicherungszweige in einem Unternehmen ist vom Gesetzgeber nicht ausdrücklich verboten. Das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen (BAV) als Aufsichtsbehörde gestattet jedoch - gestützt auf § 8 Abs. 1 Nr. 2 VAG - im Interesse der dauernden Erfüllbarkeit der Versicherungsverträge, den gemeinsamen Betrieb der Lebens-, Kranken-, Kredit- und Rechtsschutzversicherung nicht. Das wichtigste Ziel des Grundsatzes der Spartenentrennung ist in der Trennung der haftenden Vermögensmassen zu sehen. Zum Spartenentrennungsprinzip vgl. SCHMIDT, Reimer: Die Spartenentrennung - eine juristische Analyse, in: ZVersWiss 1964, S. 265 ff.; NOWAK, Erich: a.a.O., S. 1358 ff.; KRAUS, Heinz: Versicherungsaufsichtsrecht - Eine Studie zum deutschen und zum österreichischen Recht, in: Forschungen aus Staat und Recht 16, hrsg. v. WINKLER, Gunther und ANTONIOLLI, Walter, Wien - New York 1971, S. 128 ff.

BRAESS ¹⁾ konkretisiert die durch die Zusammenschlüsse angestrebten Ziele und trennt zwischen einerseits marktmäßigen und andererseits sonstigen betriebswirtschaftlichen und organisatorischen Vorteilen. Marktmäßige Vorteile sieht BRAESS in der besseren Bedienung des Versicherungsnehmers durch ein vollständiges Angebot in möglichst vielen Versicherungszweigen, der dadurch realisierbaren besseren Auslastung des Ausendienstes, der verbesserten Wettbewerbschancen durch das erhöhte Vertrauen der Versicherungsnehmer hinsichtlich der Sicherheit und Leistungskraft des allgemein bekannten Großunternehmens und dem verminderten Wettbewerbsdruck auf Märkten, auf denen eine besonders scharfe Konkurrenz besteht. Als sonstige betriebswirtschaftliche und organisatorische Vorteile werden der bessere Risikoausgleich durch Vergrößerung der Bestände und Spartenkombination, die gemeinsame Verwertung teurer organisatorischer Mittel, der gegenseitige Erfahrungsaustausch in branchenmäßiger oder auch regionaler Sicht, die gegenseitige Unterstützung bei Problemen der Kapitalanlage, Finanzplanung und der Liquiditätsvorsorge und vorteilhafte Rückversicherungsbeziehungen bei vertikalen Konzernen ²⁾ angeführt.

Da sich die Zusammenschlüsse in der Versicherungswirtschaft grundsätzlich durch Konzentration des Kapitals und in der Leitung, sowie durch organisatorische Verbindung vollziehen, ³⁾ sollen im folgenden kurz die Ziele und die Bedeutung dieser drei Erscheinungsformen der Unternehmensverbindung in der Versicherungswirtschaft dargestellt werden. Dabei soll die

1) Vgl. BRAESS, Paul: Konzentration in der Wirtschaft, a.a.O., S. 472 f.

2) Ein vertikaler Konzern ist im Bereich der Versicherungswirtschaft nach BRAESS durch einen Zusammenschluß von Erst- und Rückversicherungsunternehmen gekennzeichnet, vgl. BRAESS, Paul: Konzentration in der Wirtschaft, a.a.O., S. 470

3) Vgl. ebenda, S. 470

Bedeutung der einzelnen Erscheinungsformen mit Hilfe der Ergebnisse der vom Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft durchgeführten Konzentrationsuntersuchung ¹⁾ gezeigt werden.

1. Kapitalverbindungen

Das weitaus wichtigste und wirksamste Mittel, engere Beziehungen zu anderen Unternehmen aufzunehmen, stellt die Beteiligung durch Erwerb von Aktien oder sonstigen Anteilen dar. Während im ursprünglichen juristischen Sinn schon jedes Anteilsrecht an einer Gesellschaft als Beteiligung anzusehen ist, setzt der vom Bilanzrecht geprägte Beteiligungsbegriff den Erwerb auf Dauer und eine Beteiligungsabsicht voraus. Im Sinne des Bilanzrechts kann im Zweifel dann von einer Beteiligung gesprochen werden, wenn ein Anteilsbesitz von 25 % des Grundkapitals einer Gesellschaft vorliegt. ²⁾ Diese gesetzliche Vermutung kann allerdings widerlegt werden; andererseits kann auch der Besitz von weniger als 25 % des Gesellschaftskapitals eine Beteiligung darstellen, wenn die entscheidenden Kriterien des Erwerbs auf Dauer und die Absicht zur Einflußnahme erfüllt sind.

Die Kapitalverbindungen sind - oft begleitet von personellen Verflechtungen innerhalb der Aufsichtsräte und Vorstände - deshalb von größter Bedeutung, da sie "auch in Deutschland die wichtigste Konzernklammer" ³⁾ bilden. Dabei läßt sich je-

-
- 1) Diese Erhebung erfaßte im Jahr 1960 197 Versicherungsunternehmen, vgl. Deutscher Bundestag: Anlagenband zum Bericht über das Ergebnis einer Untersuchung der Konzentration in der Wirtschaft, a.a.O., S. 376
 - 2) § 152 Abs. 2 AktG; in diesem Fall ist eine Sperrminorität gegeben, die dem Inhaber der Beteiligung die Verhinderung von Hauptversammlungsbeschlüssen ermöglicht, die eine Mehrheit von 75 % erfordern
 - 3) MESTMÄCKER, Ernst-Joachim: Verwaltung, Konzerngewalt und Rechte der Aktionäre. Eine rechtsvergleichende Untersuchung nach deutschem Aktienrecht und dem Recht der Cooperations in den Vereinigten Staaten, Karlsruhe 1958, S. 113

doch die Frage, bei welcher Intensität der Beteiligung die Ausübung einer einheitlichen Leitung und damit die Begründung eines Konzernverhältnisses möglich wird, nicht mit einer Faustregel beantworten. ¹⁾ Entscheidend dürfte immer sein, ob die finanzielle Beteiligung auch in der Realität die Zusammenfassung unter einheitlicher Leitung ermöglicht und ob nicht Bindungen und Verpflichtungen Dritten gegenüber stärker sind.

Auch in der Versicherungswirtschaft sind nach den Ergebnissen der Konzentrationsuntersuchung die kapitalmäßigen Bindungen von besonderer Bedeutung. 1960 lag das Grundkapital nahezu aller Versicherungsaktiengesellschaften zu etwa 59 % in Händen von deutschen Versicherungsunternehmen; dabei entfiel über die Hälfte des Nominalbetrages der Beteiligungen auf kapitalmäßige Bindungen unter 50 % am Grundkapital einer Gesellschaft. ²⁾ Die Untersuchung ergab außerdem, daß Versicherungsunternehmen in

55 Fällen zu mehr als 50 % ,

80 Fällen zu über 25 % bis 50 % und

301 Fällen zu weniger als 25 %

an anderen Versicherungsunternehmen beteiligt waren. 40 der 55 Mehrheitsbeteiligungen wurden an Unternehmen anderer Versicherungssparten gehalten. Bei den Beteiligten über 25 % bis 50 % handelte es sich in der Mehrzahl um die für die Versicherungswirtschaft typischen gemeinsamen und wechselseitigen Beteiligungen. Von den insgesamt 80 Beteiligungen waren 43 gemeinsame Beteiligungen an 21 Gesellschaften. Direkte

1) Vgl. die Ausführungen zu dieser Problematik bei KALWAR, Hans: Der Konzernbegriff in der Versicherungswirtschaft, in: VerBAV 1964, S. 210 ff.; ZIEGLER, Karl-Arthur: Versuch einer betriebswirtschaftlichen Grundlegung der Unternehmenszusammenschlüsse, Diss., Mannheim 1966, S. 167 f.

2) Vgl. Deutscher Bundestag: Bericht über das Ergebnis einer Untersuchung der Konzentration in der Wirtschaft, a.a.O., S. 47

wechselseitige Beteiligungen wurden in 46 Fällen festgestellt; nur in 3 von ihnen hatten die gegenseitig gehaltenen Anteile die Höhe von über 25 % bis 50 %. ¹⁾

Die angeführte Erhebung ergab auch, daß zwischen Versicherungsgesellschaften oft Verträge bestehen, in denen Rechte aus den Beteiligungen geregelt werden. Dabei bezog sich der Inhalt der vertraglichen Vereinbarungen u.a. auf die Maximalhöhe der Beteiligung, auf die Verpflichtung, eine Beherrschung nicht anzustreben und auf einen Verzicht auf Stimmrechtspoolung. ²⁾

Die dargestellten Ergebnisse der Konzentrationsuntersuchung lassen u. E. erkennen, daß der Berichterstattung der Unternehmen im Geschäftsbericht über die kapitalmäßigen Bindungen besondere Bedeutung zukommt.

2. Personelle Verbindungen

Öffentlich-rechtliche Anstalten und Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit sind "nur einseitig voll verflechtungsfähig, da sie mangels eines Aktienkapitals mit Herrschaftsansprüchen allenfalls als aktiv beherrschende, nicht aber als passiv beherrschte Unternehmung auftreten können". ³⁾ Deshalb ist die

1) Vgl. Deutscher Bundestag: Anlagenband zum Bericht über das Ergebnis einer Untersuchung der Konzentration in der Wirtschaft, a.a.O., S. 363 f.; als Anlaß für die gemeinsamen und wechselseitigen Beteiligungen wurden von den Unternehmensleitungen angegeben:

- a) Gemeinschaftsgründungen
- b) Organisationsform eines Konzerns oder einer Gruppe
- c) Aktientauschoperationen und gezielte Placierungen zur Erhaltung der Selbständigkeit
- d) Stützungsaktionen aus der Zeit von 1920 bis 1932

2) Vgl. ebenda, S. 366 f.

3) BRAESS, Paul: Konzentration in der Wirtschaft, a.a.O., S. 469 f.

personelle Verflechtung innerhalb der Aufsichtsräte und Vorstände bei diesen beiden Rechtsformen besonders häufig zu beobachten, wobei sich die daraus ergebenden Konsequenzen im Hinblick auf die Intensität der Verbindung sehr unterscheiden können. Es ist z.B. der Fall denkbar, daß durch die "persönliche Verbindung, Identität der leitenden Persönlichkeiten, Besetzung von Vorstands- und Aufsichtsratsstellen ... ohne besondere Rechtsgrundlage auf rein tatsächlichem Wege ein Unternehmen das andere beherrschen" ¹⁾ kann. Insoweit ist die Delegation von Mitgliedern des Vorstandes bzw. des Aufsichtsrats oder die Identität der führenden Persönlichkeiten in den Schlüsselpositionen der verflochtenen Unternehmen i.d.R. ein Instrument zur Sicherung einer gemeinsamen Geschäftspolitik und damit oft auch ein konzernbegründender Tatbestand. ²⁾ Die personellen Bindungen spielen deshalb auch in Unterordnungs- und Gleichordnungskonzernen ³⁾ eine beachtliche Rolle.

"Den verhältnismäßig stark ausgeprägten kapitalmäßigen Bindungen im Versicherungsbereich entspricht ein hoher Grad personeller Verflechtung". ⁴⁾ Die Untersuchung von 107 Aktiengesellschaften und 64 Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit

-
- 1) GADOW-HEINICHEN: Aktiengesetz-Großkommentar, Bd. 1, 2. neu bearbeitete Aufl., Berlin 1961, Anm. 4 zu § 15
 - 2) Die Begründung zum Regierungsentwurf des Aktiengesetzes 1965 stellt fest, daß sich die als Zusammenfassung unter einheitlicher Leitung interpretierte Abstimmung der Geschäftspolitik der Konzerngesellschaften durch die Konzernleitung aus einer personellen Verflechtung der Verwaltungen ergeben kann, vgl. KROPFF, Bruno: Aktiengesetz, a.a.O., S. 33
 - 3) Durch einen gegenseitigen Austausch von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern zwischen Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit entsteht meist ein Gleichordnungskonzern, vgl. KALWAR, Hans: a.a.O., S. 213
 - 4) Deutscher Bundestag: Anlagenband zum Bericht über das Ergebnis einer Untersuchung der Konzentration in der Wirtschaft, a.a.O., S. 367

fürte zu dem Ergebnis, daß 1701 Vorstands- und Aufsichtsratsfunktionen im Jahr 1960 von 1118 Personen ausgeübt wurden. Dabei bekleideten 106 Personen, die mehr als zwei Funktionen innehatten, 147 Vorstands- und 348 Aufsichtsratsposten. Bei den 107 Aktiengesellschaften besetzten 88 Personen 108 Vorstands- und 321 Aufsichtsratsfunktionen, wobei fünf Personen mehr als zehn Funktionen ausübten. ¹⁾

3. Organisatorische Verbindungen

Verträge über die Zusammenarbeit zwischen Versicherungsunternehmen sind hinsichtlich der Sachgebiete, auf die sie sich erstrecken, sehr mannigfaltig. ²⁾ Sie enthalten Vereinbarungen über gegenseitige Versicherungsvermittlung, Konsultationen, Vertreter- und Bestandsabwerbung, einheitliche Stellungnahmen in Verbandsfragen, Angleichung von Provisionsätzen, Austausch von Schadensstatistiken, gegenseitige Unterstützung und Förderung von Interessen, Unterhaltung eines gemeinsamen Außen- und/oder Innendienstes oder sogar über die Funktionsweise sog. Betriebsgemeinschaften. Im Gegensatz zu den kapitalmäßigen und personellen Bindungen können Zusammenarbeitsverträge nicht ohne eine beachtliche Störung des organisatorischen Ablaufs aufgelöst werden. ³⁾

In der Praxis treten die verschiedenen Typen einer Zusammenarbeit meist nicht in reiner, sondern in gemischter Form auf, ARNOLD ⁴⁾ unterscheidet drei Hauptformen organisatorischer Verbindungen: Außenorganisationsgemeinschaft, Betriebsverwaltungsgemeinschaft und die totale Verwaltungsgemeinschaft.

1) Vgl. Deutscher Bundestag: Anlagenband zum Bericht über das Ergebnis einer Untersuchung der Konzentration in der Wirtschaft, a.a.O., S. 373

2) Zu den Vereinbarungen von Zusammenarbeitsverträgen vgl. KALWAR, Hans: a.a.O., S. 213 und ARNOLD, Hans: Formen der Zusammenarbeit von Lebensversicherern, in: VW 1954, S.544 ff.

3) Vgl. BRAESS, Paul: Konzentration in der Wirtschaft, a.a.O., S. 470

4) Vgl. ARNOLD, Hans; a.a.O., S. 544 ff.

Die Außenorganisationsgemeinschaft soll es dem Außendienstmitarbeiter ermöglichen, möglichst alle Versicherungswünsche seiner Interessenten erfüllen zu können. Sie braucht keineswegs mit der Zielsetzung der Beherrschung einer anderen Gesellschaft abgeschlossen zu werden. Dabei kann die Intensität der durch ein solches Abkommen vereinbarten Zusammenarbeit jedoch sehr unterschiedlich sein. Die loseste Form eines solchen Vertrages besteht darin, daß der Außendienst der beiden beteiligten Gesellschaften völlig selbständig bleibt, so daß sich der Vorteil der Unternehmen lediglich auf den Bezug einer Überprovision beschränkt. Die Zusammenarbeit kann jedoch auch so eng werden, daß man sich auf die Bestellung einer Person zum Organisationsleiter für beide Unternehmen einigt und ihm Prokura für beide Gesellschaften erteilt.

Bei einer Betriebsverwaltungsgemeinschaft ist die Zusammenarbeit im Vergleich zur Außenorganisationsgemeinschaft intensiver, da neben diese noch eine personelle Verbindung des Innendienstes tritt. So werden häufig gemeinsame Rechts- und Steuerabteilungen und gemeinsame Vermögensverwaltungen gebildet, um die Verwaltungskosten zu senken.

Die totale Verwaltungsgemeinschaft, welche die tatsächliche Selbständigkeit der beteiligten Gesellschaften am meisten einschränkt, tritt hauptsächlich in drei Formen ¹⁾ auf: als Vorvertrag zur Fusion oder Bestandsübertragung, als Betriebsüberlassungsvertrag oder als befristeter bzw. bedingter Verschmelzungsvertrag.

Ob die angeführten Zusammenarbeitsverträge ein Abhängigkeitsverhältnis begründen, läßt sich nur im Einzelfall entscheiden. Es ist jedoch denkbar, daß durch das Zusammenwirken einer Minderheitsbeteiligung eines Versicherungsunternehmens an einem

1) Vgl. ARNOLD, Hans: a.a.O., S. 545 f.

anderen Versicherungsunternehmen und eines Vertrages, der eine Betriebsverwaltungsgemeinschaft zum Inhalt hat, ein Konzernverhältnis entsteht. ¹⁾

Die Anzahl der Zusammenarbeitsverträge wurde in der Konzentrationsuntersuchung nicht festgestellt, so daß wir uns im Hinblick auf die Bedeutung der organisatorischen Verbindungen auf den Hinweis von BRAESS ²⁾ verlassen müssen, der diese als eine der drei Hauptformen für die Zusammenschlüsse in der Versicherungswirtschaft bezeichnet. Die Kenntnis von den vielfältigen Gestaltungsformen, die sich hinter der Bezeichnung "Zusammenarbeitsvertrag" bzw. "Organisationsvertrag" verbergen können, läßt es jedoch angebracht erscheinen, im Rahmen unserer empirischen Untersuchung festzustellen, ob und inwieweit die Gesellschaften über den wesentlichen Inhalt ihrer Zusammenarbeitsverträge berichten.

II. Der Umfang der im Aktiengesetz 1965 und in der Untersuchung erfaßten Unternehmensverbindungen

1. Die im Begriff der verbundenen Unternehmen des Aktiengesetzes 1965 erfaßten Unternehmensverbindungen

Zwischen dem im Aktiengesetz 1937 normierten Idealbild einer autonomen juristischen Person, insbesondere der in § 70 Abs. 1 dieses Gesetzes geregelten eigenverantwortlichen Leitung durch den Vorstand und dem Konzernunternehmen, dessen Geschäftspolitik von der Konzernspitze bestimmt wird, war ein offener

1) Vgl. KALWAR, Hans, a.a.O., S. 213

2) Vgl. BRAESS, Paul: Konzentration in der Wirtschaft, a.a.O., S. 470

Widerspruch entstanden.¹⁾ Der Gesetzgeber unternahm deshalb mit der Aktienrechtsreform 1965 den Versuch, das Aktienrecht den tatsächlichen Verhältnissen anzupassen, wobei jedoch dem offensichtlichen Trend zur Konzentration nicht entgegengetreten werden sollte. Die Gesetzesneuregelung stellt deshalb ein reines Organisationsrecht dar,²⁾ das sich darauf beschränkt, "die Unternehmensverbindungen rechtlich zu erfassen, sie durch Publizitätsvorschriften durchsichtig zu machen und Schutzvorschriften für die außenstehenden Aktionäre und Gläubiger der verbundenen Unternehmen zu treffen".³⁾

Das Aktiengesetz 1937 unterschied nur zwei Gruppen einander nahestehender Unternehmen, nämlich die zu wirtschaftlichen Zwecken unter einheitlicher Leitung zusammengefaßten, also die eigentlichen Konzernunternehmen (§ 15 Abs. 1 AktG 1937) und die herrschenden und abhängigen Unternehmen, die - auch ohne daß der Tatbestand der einheitlichen Leitung erfüllt war - als Konzernunternehmen galten (§ 15 Abs. 2 AktG 1937). Da jedoch die Unternehmensverbindungen in der Realität auf Verträgen oder auf tatsächlichen Verhältnissen basieren und von einer wechselseitigen Beteiligung von über 25 % bis zur vollständigen Leitung einer Unternehmung durch eine andere Unternehmung reichen können, mußte das Aktiengesetz 1965 "eine Differenzierung nach Art und Maß der wirtschaftlichen Verflechtung"⁴⁾ vornehmen.

-
- 1) Vgl. DUDEN, Konrad: Aktienrechtliche Fragen der Organshaft mit einem Großaktionär, in: BB 1957, S. 49; HAVERMANN, Hans: Die verbundenen Unternehmen und ihre Pflichten nach dem Aktiengesetz 1965, in: WPg 1965, S. 30
 - 2) Zur Diskussion, ob eine gesonderte konzernrechtliche Kodifikation einer Einbeziehung in das Aktiengesetz 1965 vorzuziehen sei, vgl. SCHMIDT, Walter: Konzernrechtliche Kodifikation, in: NJW 1957, S. 1337 ff.; KROPFF, Bruno: Das Konzernrecht des Aktiengesetzes 1965, in: BB 1965, S. 1281
 - 3) KROPFF, Bruno: Aktiengesetz, a.a.O., S. 16; zu den im Recht der verbundenen Unternehmen geschützten Interessen vgl. die ausführliche Darstellung von LUCHTERHANDT, Hans-Friedrich: Deutsches Konzernrecht bei grenzüberschreitenden Konzernverbindungen, Stuttgart 1971, S. 31 ff.
 - 4) ADLER-DÜRING-SCHMALTZ: Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, Handkommentar, 4. Aufl., Bd. 1, Rechnungslegung, Stuttgart 1968, Vorbem. zu §§ 311 - 313 Tz. 3

Das Aktiengesetz 1965 unterscheidet nun - als Unterscheidungskriterium wurde die Art der zwischen den Unternehmen bestehenden Verknüpfung gewählt - zwischen den folgenden fünf Formen von Unternehmensverbindungen:

1. In Mehrheitsbesitz stehende und mit Mehrheit beteiligte Unternehmen (§ 16) ¹⁾
2. Abhängige und herrschende Unternehmen (§ 17)
3. Konzernunternehmen (§ 18)
4. Wechselseitig beteiligte Unternehmen (§ 19)
5. Vertragsteile eines Unternehmensvertrags (§§ 291, 292).

In § 15 faßt der Gesetzgeber diese fünf Kategorien ²⁾ miteinander verflochtener, rechtlich selbständiger Unternehmen unter dem Oberbegriff "verbundene Unternehmen" zusammen. Der gesamte Begriff ist keine materielle Umschreibung einer besonderen Gruppe von Unternehmen, er hat lediglich rechtstechnische Bedeutung. Es wird dem Gesetzgeber dadurch möglich, diesen Oberbegriff zu verwenden, wenn eine Vorschrift für alle Arten von Unternehmensverbindungen gelten soll. ³⁾

Die genannten fünf Verbindungsformen - weitere Erscheinungsformen verbundener Unternehmen im aktienrechtlichen Sinne gibt es nicht ⁴⁾ - schließen sich gegenseitig nicht aus. Es ist durchaus möglich, daß eine zwischen zwei Gesellschaften bestehende Verbindung zugleich unter mehrere der in § 15 angeführten Unternehmensverbindungen fällt. Dies kann schon aus den vom Gesetz-

1) Soweit im folgenden gesetzliche Vorschriften ohne Angabe des Gesetzestextes zitiert werden, handelt es sich um Bestimmungen des Aktiengesetzes 1965.

2) Zu den verbundenen Unternehmen i.S.d. § 15 gehört auch die eingegliederte Gesellschaft (§§ 319 ff.); die eingegliederte Gesellschaft ist mittelbar dadurch erfaßt, daß sie gem. § 18 Abs.1 Satz 2 immer gleichzeitig Konzernunternehmen ist, die in § 15 ausdrücklich genannt sind.

3) Vgl. KROPPF, Bruno: Aktiengesetz, a.a.O., S. 27; ebenso v. WYSOCKI, Klaus: Verbundene Unternehmen, Rechnungswesen der, in: HdR, hrsg. v. KOSIOL, Erich, Stuttgart 1970, Sp.1742

4) Vgl. HAVERMANN, Hans: Die verbundenen Unternehmen ..., a.a.O., S. 30; ebenso MÖHRING, Philipp: Die gesetzliche Regelung der Unternehmensverbindungen im neuen Aktiengesetz, in: NJW 1967, S. 1 und WÜRDINGER, Hans: Aktien- und Konzernrecht, 2. Aufl., Karlsruhe 1966, S. 267

geber in § 17 Abs. 2 und § 18 Abs. 1 Satz 2 normierten Vermutungen geschlossen werden.

Wichtig erscheint uns auch die Feststellung, daß ein Unternehmen, das i. S. des § 15 mit einem anderen Unternehmen verbunden ist, nicht allein deshalb mit einem dritten Unternehmen i. S. dieser Gesetzesnorm verflochten ist, das seinerseits mit dem anderen Unternehmen eine Verbindung i. S. des § 15 eingegangen ist. Dieser Fehlschluß ist deshalb möglich, weil das Recht der verbundenen Unternehmen irrtümlich oft als neues Konzernrecht bezeichnet wird, woraus geschlossen werden könnte, daß der Begriff "Konzernunternehmen" des Aktiengesetzes 1937 durch den Begriff "verbundene Unternehmen" ersetzt wurde. Lediglich die Mitglieder eines Konzerns sind im Verhältnis zueinander verbundene Unternehmen, wobei es keine Rolle spielt, welche unmittelbaren Beziehungen zwischen den einzelnen Konzernunternehmen bestehen. Die Zusammenfassung unter einheitlicher Leitung macht alle Unternehmen zu Konzernunternehmen und damit zu i. S. des § 15 verbundenen Unternehmen.

Auf eine Definition des Begriffs "Unternehmen" wurde im Aktiengesetz 1965 wegen großer praktischer Schwierigkeiten verzichtet. Die Begründung des Regierungsentwurfs zu § 15 betont jedoch, daß Unternehmen aller Rechtsform in Betracht kommen.¹⁾ Daraus läßt sich ableiten, daß sich das Aktiengesetz nicht auf die Erfassung von Unternehmensbeziehungen nur zwischen Aktiengesellschaften beschränkt. Es werden vielmehr alle Unternehmensverbindungen i. S. des § 15 erfaßt, bei denen eine Aktiengesellschaft mit einem "Unternehmen", unabhängig von dessen Rechtsform, verbunden ist.²⁾

1) Vgl. KROPFF, Bruno: Aktiengesetz, a.a.O., S. 27; zur Abgrenzung des im Aktienrecht verwendeten Unternehmensbegriffs vgl. ders.: Das Konzernrecht des Aktiengesetzes 1965, a.a.O., S. 1285; WÜRDINGER, Hans: Der Begriff Unternehmen im Aktiengesetz, in: Recht und Rechtsleben in der sozialen Demokratie, Festgabe für Otto KUNZE zum 65. Geburtstag, hrsg. v. BALLERSTEDT, Kurt u.a., Berlin 1969, S. 177 ff.

2) Vgl. LUCHTERHANDT, Hans-Friedrich; a.a.O., S. 29

Zum Abschluß der Darstellung der in § 15 erfaßten Unternehmensverbindungen sei darauf hingewiesen, daß sich das Aktiengesetz 1965 mit den erfaßten verbundenen Unternehmen auch in das Vorfeld der Beherrschungsverhältnisse begibt.¹⁾ Es sind auch Mehrheitsbeteiligungen ohne Beherrschungsmacht, wechselseitige Beteiligungen von über 25 - 50 % und bestimmte Unternehmensverträge (§ 292 Abs. 1 Ziff. 1- 3) einbezogen, die nicht unbedingt eine Beherrschungsmöglichkeit gewähren.

2. Die in der Untersuchung erfaßten Unternehmensverbindungen

Außer den in § 15 aufgezählten Unternehmensverbindungen gibt es keine verbundenen Unternehmen im aktiensrechtlichen Sinn. Da sich die Verflechtung in der Versicherungswirtschaft - wie dargestellt - oft auch durch Personalunionen innerhalb der Aufsichtsräte und der Vorstände und durch organisatorische Verbindungen zwischen den Gesellschaften vollzieht, also durch Verbindungen, die für sich allein keiner der in § 15 aufgezählten Erscheinungsformen der verbundenen Unternehmen zugeordnet werden können, wollen wir den Kreis der in der Untersuchung erfaßten Unternehmensverbindungen über den in § 15 genannten erweitern. Damit sollen Aussagen darüber ermöglicht werden, ob die Informationsversorgung durch die Gesellschaften über Verbindungen der genannten Art zwischen verbundenen Unternehmen i. S. des § 15 intensiver ist als über solche Verflechtungen zwischen nicht-verbundenen Unternehmen.²⁾

Der in § 15 erfaßte Kreis von Unternehmensverbindungen soll außerdem in dieser Untersuchung um die Minderheitsbeteiligungen erweitert werden. Man kann nämlich aufgrund der Passivität der Aktionäre davon ausgehen, daß auch schon weniger als

1) Vgl. LUCHTERHANDT, Hans-Friedrich: a.a.O., S. 31

2) Eine gesetzliche Berichterstattungspflicht besteht nur dann, wenn derartige Verbindungen zwischen verbundenen Unternehmen i.S. des § 15 bestehen.

die Kapitalmehrheit ausreicht - "oft genügen schon 25 - 40 % des Kapitals" ¹⁾ - um die Willensbildung in einer Aktiengesellschaft zu bestimmen. Eine Analyse der Informationsbereitschaft in diesem Bereich erscheint uns deshalb von allgemeinem Interesse zu sein.

III. Überblick über die für die Berichterstattung über die Unternehmensverbindungen relevanten Publizitätsvorschriften

Die gesetzlich erforderliche Berichterstattung der Gesellschaften über ihre Unternehmensverbindungen wird im wesentlichen in § 160 Abs. 3 geregelt. § 160 Abs. 3 Nr. 10 verlangt Angaben über "die rechtlichen und geschäftlichen Beziehungen zu verbundenen Unternehmen mit Sitz im Inland, ferner über geschäftliche Vorgänge bei diesen Unternehmen, die auf die Lage der Gesellschaft von erheblichem Einfluß sein können". Nach § 160 Abs. 3 Nr. 11 sind Angaben zu machen über "das Bestehen einer Beteiligung an der Gesellschaft, die ihr nach § 20 Abs. 1 oder 4 mitgeteilt worden ist; dabei ist anzugeben, wem die Beteiligung gehört und ob sie den vierten Teil aller Aktien der Gesellschaft übersteigt oder eine Mehrheitsbeteiligung (§ 16 Abs. 1) ist". Außerdem ist nach § 160 Abs. 3 Nr. 3 über "das Bestehen einer wechselseitigen Beteiligung unter Angabe des Unternehmens" zu berichten. Die vom Gesetzgeber verlangte Berichterstattung über den Umfang eines Konzerns und über die in den Konzernabschluß einbezogenen Unternehmen kann § 334 Abs. 1 entnommen werden.

1) GROSSFELD, Bernhard: Aktiengesellschaft, Unternehmenskonzentration und Kleinaktionär, Tübingen 1968, S. 27

Es ist nun die Frage zu prüfen, ob die Vorschriften des § 160 ¹⁾ auch für Versicherungsaktiengesellschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit und öffentlich-rechtliche Anstalten Gültigkeit besitzen.

Die Rechnungslegungsvorschriften des BAV, ²⁾ die sowohl für Versicherungsaktiengesellschaften als auch für Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit und öffentlich-rechtliche Anstalten unter Bundesaufsicht ³⁾ gelten, stellen für die aktienrechtlichen Vorschriften *lex specialis* dar. ⁴⁾ Sie verlangen von diesen neben dem "Bericht für das Bundesaufsichtsamt" die uns interessierende Rechnungslegung gegenüber der Öffentlichkeit mittels eines "Druckberichts", dessen Inhalt und Umfang weitestgehend Jahresabschluß und Geschäftsbericht bei anderen Unternehmen entsprechen. Da das Aktiengesetz 1965 im Vergleich zu

-
- 1) Die §§ 329 ff. sind für Versicherungsaktiengesellschaften uneingeschränkt anwendbar, vgl. PRÖLSS-SCHMIDT-SASSE: Versicherungsaufsichtsgesetz, Kommentar, 6. Aufl., München 1971, Anm. I 3 a, Vorb. § 15; für Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit und öffentlich-rechtliche Anstalten bestand zum Zeitpunkt dieser Erhebung keine Konzernrechnungslegungspflicht.
 - 2) Das BAV hat letztmals in den Jahren 1954 und 1955 Vorschriften für die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen erlassen, vgl. ReV/L; ReV/K; ReV/Sch; ReV/R; die neue "Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen v. 11.7.1973" (BGBl. I, 1209 ff.) hat für das empirische Feld dieser Untersuchung keine Gültigkeit. Zu der Problematik der Rechtsquellen für die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen vgl. die ausführliche Darstellung von LORCH, Manfred: Publizitätsorientierte Gestaltung der Rechnungslegungsvorschriften für Versicherungsunternehmen, Karlsruhe 1974, S. 18 ff.
 - 3) Vgl. PRÖLSS-SCHMIDT-SASSE: a.a.O., Anm. 3 und 4 zu § 55 a. F.
 - 4) Vgl. ebenda, Anm. 2 zu § 55 a. F.

den Rechnungslegungsvorschriften von Versicherungsunternehmen von 1954 und 1955 im Bereich der Unternehmensverbindungen eine weitergehendere Berichterstattung verlangte, war es wichtig, ob das BAV eine sofortige Anpassung an diese Berichtspflichten veranlassen würde. Die Stellungnahme des BAV hat folgenden Wortlaut:

"Die auf Grund des VAG erlassenen Vorschriften für die Rechnungslegung bleiben nach § 37 Abs. 5 Nr. 1 EGAktG 1965 bis zum Inkrafttreten neuer Rechnungslegungsvorschriften unberührt. Sie gelten daher grundsätzlich in ihrer bisherigen Fassung weiter. Jedoch beziehen sich die Verweisungen auf Vorschriften des AktG von 1937 nunmehr auf die entsprechenden Vorschriften des AktG von 1965. Soweit einzelne Begriffe durch das AktG 1965 eine Änderung erfahren haben, ist diese schon jetzt zu berücksichtigen". ¹⁾ Dies bedeutet im einzelnen folgendes: "Angaben, die das AktG 1965 zusätzlich über die bisher erlassenen Vorschriften für die Rechnungslegung hinaus fordert, müssen berücksichtigt werden. Hierzu gehören ... die erweiterte Berichterstattung des Vorstandes im Geschäftsbericht gemäß den Vorschriften des § 160 AktG 1965". ²⁾

Damit ist geklärt, daß die Berichterstattungspflichten des § 160, die für die Informationsversorgung durch die Unternehmen über ihre Unternehmensverbindungen von entscheidender Bedeutung sind, für die von uns zu untersuchenden Versicherungsaktiengesellschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit und die öffentlich-rechtlichen Anstalten unter Bundesaufsicht Gültigkeit besitzen.

1) BAV: Rechnungslegung - Gestaltung des Jahresabschlusses und des Geschäftsberichts der Versicherungsunternehmen und Bausparkassen bis zum Inkrafttreten neuer Vorschriften für die Rechnungslegung, in: VerBAV 1967, S. 254

2) Ebenda, S. 254

C. DIE ERWARTUNGEN DER LITERATUR UND DES GESETZGEBERS IM
HINBLICK AUF DIE BERICHTERSTATTUNG DER UNTERNEHMEN ÜBER
IHRE UNTERNEHMENSVERBINDUNGEN UND DIE HYPOTHESE DER
RESTRIKTIVEN INFORMATIONSVERSORGUNG DURCH DIE UNTER-
NEHMEN

I. Die Erwartungen der Literatur und des Gesetzgebers im
Hinblick auf die Berichterstattung der Unternehmen
über ihre Unternehmensverbindungen

Bevor wir im nächsten Abschnitt der Arbeit die Hypothese der restriktiven Informationsversorgung aus den in der Literatur zur Informationsversorgung durch die Unternehmen geäußerten Vermutungen ableiten, wollen wir die Erwartungen der Literatur und des Gesetzgebers im Hinblick auf die Berichterstattung der Gesellschaften über ihre Unternehmensverbindungen darstellen. Damit soll die Bedeutung des von uns gewählten Untersuchungsbereiches hervorgehoben und gleichzeitig dem Leser die zur Beurteilung der empirischen Ergebnisse erforderlichen Informationen verschafft werden. Ausführungen zum Charakter von Rechtsnormen bilden den Abschluß dieses Abschnitts.

Bei der zunehmenden Unternehmensverflechtung konnte nach der Auffassung von BALLERSTEDT "die Aufgabe des Gesellschaftsrechts ... nur darin gesehen werden, ... gemäß den Erfordernissen des Schutzes der Minderheit gegen Vergewaltigung oder Vermögensschädigung, des Gläubigerschutzes, eines ausgewogenen Verhältnisses von Herrschaft und Verantwortung ... für ausreichende Offenlegung

zu sorgen".¹⁾ KRONSTEIN meint zur Zielsetzung des Aktienrechts: "Ungeschriebene Aufgabe ist es, die wirtschaftliche Macht ... in Entstehung und Auswirkung zu kontrollieren".²⁾

Eine bessere Transparenz der be- und entstehenden Unternehmensverbindungen war deshalb so wichtig, "weil die Anonymität der Kapital-, Herrschafts- und Verantwortungsverhältnisse zu den tief fragwürdigen Seiten so mancher Erscheinungen der Unternehmenskonzentration gehört"³⁾ und ein Außenstehender nur das beurteilen kann, was er erkennen kann.⁴⁾

Die angeführten Auffassungen, welche die wesentlichen in der Diskussion um die Aktienrechtsreform 1965 zum Problem der Offenlegung der Unternehmensverbindungen geäußerten Argumente zusammenfassen, fanden ihren Niederschlag in der Konzeption des Gesetzgebers. Diese wird am deutlichsten in der Begründung zum Regierungsentwurf, wo es heißt:

-
- 1) BALLERSTEDT, Kurt: Gesellschafts- und unternehmensrechtliche Probleme der Unternehmenskonzentration, in: Die Konzentration in der Wirtschaft, hrsg. v. ARNDT, Helmut, Bd. 1, 2. Aufl., Berlin 1971, S. 631; vgl. hierzu auch HAY, Karl: Konzernprobleme und Aktienrechtsreform in theoretischer Sicht, in: Betriebsgröße und Unternehmenskonzentration, Nürnberger Abhandlungen zu den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, hrsg. v. LINDHARDT, H., Berlin 1959, S. 60
 - 2) KRONSTEIN, Heinrich: Aktienrechtliche und wettbewerbsrechtliche Aspekte der Konzentration, in: Festschrift für Ernst GESSLER zum 65. Geburtstag, hrsg. v. BALLERSTEDT, Kurt u.a., München 1971, S. 219
 - 3) BALLERSTEDT, Kurt: a.a.O., S. 608
 - 4) Vgl. LENEL, Otto: Ursachen der Konzentration unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Verhältnisse, 2. neu bearbeitete Aufl., Tübingen 1968, S. 351

"Entsprechend der allgemeinen Aufgabe des Aktienrechts, die Aktionäre und Gläubiger der einzelnen Gesellschaft angemessen zu schützen und die Verhältnisse der Gesellschaft durch Publizitätsvorschriften erkennbar zu machen, muß es sich auf konzernrechtlichem Gebiet darauf beschränken, die Unternehmensverbindungen rechtlich zu erfassen, sie durch Publizitätsvorschriften durchsichtig zu machen und Schutzvorschriften für die außenstehenden Aktionäre und die Gläubiger der verbundenen Unternehmen zu treffen." ¹⁾

Damit hat der Gesetzgeber, der den Konzern "als eine gegebene Erscheinungsform unseres Wirtschaftslebens" ²⁾ hinnimmt, seine Erwartungen klargelegt: Die Gesellschaften sollen - entsprechend der gesetzlichen Vorschriften - ihre Unternehmensverbindungen im Geschäftsbericht offenlegen, um den Bilanzinteressenten bei der zunehmenden Verflechtung der Wirtschaft eine bessere Beurteilung der Bilanzinformationen zu ermöglichen. ³⁾ Denn nur dann, wenn der Leser eines Geschäftsberichts weiß, inwieweit die berichtende Gesellschaft mit anderen verflochten ist, kann

-
- 1) KROPFF, Bruno: Aktiengesetz, a.a.O., S. 16; die Beschränkung auf konzernrechtliches Gebiet betrifft nicht nur den Bereich des Konzerns i.S. des § 18, sondern alle in § 15 aufgezählten verbundenen Unternehmen und den Bereich der in §§ 20 f. geregelten Mitteilungspflichten.
 - 2) Ebenda, S. 16; damit wird deutlich, daß der Gesetzgeber mit seinen Vorschriften die Konzentration nicht verhindern will. Entgegengesetzte Erwartungen scheint MERTENS mit der Gesetzesreform verknüpft zu haben. Seine Auffassung - "Publizität ist ist das stärkste Mittel, um der Konzentration zu begegnen" - läßt dies vermuten; MERTENS, Paul: Konzentration, Konzernprobleme und Aktienreform, in: Betriebsgröße und Unternehmenskonzentration, a.a.O., S. 160; ähnlich POHMER, Dieter: Das Verhältnis der Wirtschaftswissenschaft zur Rechtswissenschaft dargestellt am Beispiel der Konzerngestaltungen, in: Das Verhältnis der Wirtschaftswissenschaft zur Rechtswissenschaft, Soziologie und Statistik, hrsg. v. RAISER, Ludwig u.a., Berlin 1964, S. 64 f.
 - 3) So auch KAPPLER, der außerdem drei weitere 'Attitüden des Gesetzgebers' nennt; vgl. KAPPLER, Ekkehard: a.a.O., S. 156

er ihre Verhältnisse, ihre Lage am Markt und den Grad ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit einschätzen. So ist es auch zu verstehen, daß nach dem Willen des Gesetzgebers die Rechnungslegungsvorschriften des Aktiengesetzes 1965 "nicht nur im Interesse der vorhandenen Aktionäre, sondern auch in dem künftiger Aktienerwerber und aller anderen an der Gesellschaft Beteiligten" ¹⁾ aussagefähige Jahresabschlüsse sicherstellen sollen.

Die Erwartungen des Gesetzgebers im Hinblick auf die Befolgung der Rechnungslegungsvorschriften werden durch eine Analyse des Charakters der Normen deutlich. Nach der Auffassung von v. WYSOCKI "sind die Rechtsnormen grundsätzlich absolut verbindlich: Jedes Überschreiten der durch die Rechtsnormen gezogenen Grenzen ist Fehler im engeren Sinne des Wortes und zieht unmittelbar Sanktionen in Form von Bestrafungen etc. nach sich". ²⁾ "Vorstellungen dieser Art sind weithin bedingt durch die Einschätzung des Gesetzes bzw. der einzelnen positiven Rechtsnorm als Willensäußerung, d.h. als Verkörperung eines verbindlich bleibenden historischen Ordnungsbefehls, der keine 'willkürliche' Umbesetzung, Umfunktionierung oder Neuorientierung in wie engem Rahmen auch immer erlaube". ³⁾ Der in den Rechtsnormen ausgedrückte Willen des Gesetzgebers ist also "auf ein bestimmtes Verhalten der Rechtsunterworfenen gerichtet, er fordert dieses Verhalten, um es zu bewirken. So-

-
- 1) Ausschlußbericht zur Nichtigkeit des festgestellten Jahresabschlusses und zur Sonderprüfung wegen unzulässiger Unterbewertung, abgedruckt bei: KROPFF, Bruno: Aktiengesetz, a.a.O., S. 343; im Anschluß an diese Feststellung heißt es: "Es handle sich also um Vorschriften im öffentlichen Interesse". Eine ausführliche Darstellung der Publizitätsinteressenten vgl. bei MOXTER, Adolf: Der Einfluß von Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten, Köln und Opladen 1962, S. 2 ff.
 - 2) v. WYSOCKI, Klaus: Das Wesen der Beurteilungsmaßstäbe bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen, in: ZfB 1963, S. 212 f.
 - 3) ESSER, Josef: Vorverständnis und Methodenwahl in der Rechtsfindung, durchgesehene und ergänzte Ausgabe, Frankfurt am Main 1972, S. 36

weit die rechtlichen Imperative in Geltung stehen, haben sie verpflichtende Kraft". ¹⁾ Nach WIETHÖLTER ist "jede einzelne Publizitätsnorm gleichsam eine rote Kontrolllampe. Rechtlich bedeutet diese Einordnung, daß es nicht um Ansprüche auf Publizität geht, sondern um Obliegenheiten, oder besser: um Publizitätsaufgaben". ²⁾

"Eine Kontrolllampe ist (jedoch) nicht eo ipso Kontrolle, sondern lediglich Aufruf; dabei muß der so zur Kontrolle Aufgerufene die Gewißheit haben können, daß sich nicht zwischen kontrollforderndes Ereignis und Aufleuchten der 'Lampe' manipulative Beeinflussung schiebt". ³⁾

II. Die Hypothese der restriktiven Informationsversorgung durch die Unternehmen

1. Ableitung der Hypothese der restriktiven Informationsversorgung aus den in der Literatur geäußerten Vermutungen zum Informationsverhalten der Unternehmen im Rahmen ihrer Rechnungslegung

Aktiengesellschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit und öffentlich-rechtliche Versicherungsvereine ⁴⁾ sind

- 1) ENGISCH, Karl: Einführung in das juristische Denken, 5. neu bearbeitete Aufl., Stuttgart 1971, S. 22; zu der Auffassung, daß die Rechtssätze Imperative sind, vgl. auch LAMPE, Ernst-Joachim: Juristische Semantik, Bad Homburg v.d. H.- Berlin - Zürich 1970, S. 51 und JELLINEK, Georg: Allgemeine Staatslehre, 7. Neudruck der 3. Aufl., Bad Homburg v.d.H. 1960, S. 333
- 2) WLETHÖLTER, Rudolf: Publizitätsinteressen der Anteilseigner, in: Das Frankfurter Publizitätsgespräch, Frankfurt am Main 1962, S. 48
- 3) SCHREDELSEKER, Klaus: Die Eigentümerkontrolle in der großen Aktiengesellschaft, Diss., München 1974, S. 208
- 4) Das Informationsverhalten dieser drei Rechtsformen wird in der anschließenden empirischen Untersuchung analysiert.

gesetzlich verpflichtet, für jedes Geschäftsjahr einen Jahresabschluß (Jahresbilanz und Gewinn- und Verlustrechnung) sowie einen Geschäftsbericht als Dokumentations- und Informationsinstrument ¹⁾ zu veröffentlichen. In der Literatur wird jedoch von verschiedenen Autoren die Vermutung eines informationsfeindlichen Verhaltens geäußert bzw. angedeutet, ohne daß sie diese durch eine empirische Untersuchung zu bestätigen versuchen. ²⁾

KAPPLER meint: "Die mitunter zu beobachtende Veröffentlichungsscheu zeigt, daß in Unternehmensleitungen ... eine Attitüde besteht, wonach bei weiter Publizität mit Nachteilen gerechnet wird." ³⁾ Auch die beim Frankfurter Publizitätsgespräch geäußerte Meinung eines Unternehmers, daß die Forderung nach verbesserter Publizität auf die Neugierde des Staatsbürgers zurückzuführen ist, ⁴⁾ läßt ebensowenig auf eine große Informationsbereitschaft der Gesellschaften schließen wie eine Äußerung

-
- 1) Die zentrale Aufgabe der Publizität ist in ihrer Informationsfunktion zu sehen, vgl. den Hinweis bei BRÜNING, Gert: Die Auswahl der Unternehmen bei der Erweiterung der Publizitätspflicht, in: Bfup 1969, S. 36; unter dem Begriff "Publizität" sei die Vielzahl von Informationen zusammengefaßt, die von den Unternehmen über ihre Lage und ihre Tätigkeit gegeben werden. Zum Begriff der Publizität vgl. KRONSTEIN, Heinrich/CLAUSSEN, Carsten P.: Publizität und Gewinnverteilung im neuen Aktienrecht, Frankfurt am Main 1960, S. 9; KÄFER, Gerd: Konzentration und Publizität, in: Die Konzentration in der Wirtschaft, hrsg. v. ARNDT, Helmut, Bd. 1, 2. Aufl., Berlin 1971, S. 679 ff. und WIEHÖLTER, Rudolf: a.a.O., S. 49 f.
 - 2) Die Abhandlungen enthalten jedoch oft an ihrem Ende die Forderung, daß die formulierten Hypothesen nun empirisch zu überprüfen seien, vgl. dazu die kritischen Bemerkungen bei KAPPLER, Ekkehard: a.a.O., S. 268
 - 3) KAPPLER, Ekkehard: a.a.O., S. 157
 - 4) Vgl. THOMÄ, Karl Eugen: Diskussionsbeitrag in: Das Frankfurter Publizitätsgespräch, a.a.O., S. 136; die Informationsreserviertheit der Wirtschaft zeigt sich auch in deren Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, z.B. am Widerstand gegen die Berichterstattung über wechselseitige Beteiligungen, vgl. Stellungnahme der Spitzenverbände der gewerblichen Wirtschaft, Gemeinsame Denkschrift zum Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, Bonn 1959, S. 41 ff.

von Volkmar MUTHESIUS, wonach "die Forderung nach Information meist der Vorläufer der Forderung nach Mitbestimmung ist. Ein anderes Motiv kann das Informationsbedürfnis eigentlich gar nicht haben ..." ¹⁾ Die Feststellung KOPPENSTEINERS, daß "die Publizität" "sicherlich ein Wettbewerbsfaktor" ²⁾ sei, läßt gleichfalls eine zurückhaltende Informationsversorgung durch die Gesellschaften vermuten.

Eine solche negative Einstellung zur Veröffentlichung von Informationen - RASCH ³⁾ und WYSS ⁴⁾ sprechen in diesem Zusammenhang von 'Geheimniskrämerei' - kann auf einer Geisteshaltung beruhen, die den Staat, die Arbeitnehmer, Aktionäre, Kreditgeber, Konkurrenz, Kunden und Lieferanten als Feinde der Untersuchung betrachtet. ⁵⁾ Eine ähnliche Erklärung für die in der

-
- 1) MUTHESIUS, Volkmar: Diskussionsbeitrag, in: Das Frankfurter Publizitätsgespräch, a.a.O., S. 134
 - 2) KOPPENSTEINER, Hans-Georg: Internationale Unternehmen im deutschen Gesellschaftsrecht, Frankfurt am Main 1971, S. 326; KOPPENSTEINER versucht mit dieser Feststellung die durch den Gesetzgeber in § 329 Abs. 2 Satz 1 gezogene Begrenzung des Konsolidierungskreises auf inländische Unternehmen zu begründen. REHBINDER weist jedoch u.E. zutreffend darauf hin, daß berechnigte Geheimhaltungsinteressen "den pauschalen Verzicht auf jede Konzernpublizität hinsichtlich von Auslandssachverhalten" nicht rechtfertigt. REHBINDER, Eckhard: Publizität und Auslandsbeziehungen, in: Das Unternehmen in der Rechtsordnung, Festgabe für Heinrich KRONSTEIN aus Anlaß seines 70. Geburtstages, hrsg. v. BIEDENKOPF, Kurt u.a., Karlsruhe 1967, S. 232
 - 3) Vgl. RASCH, Harold: Notwendigkeit einer verstärkten Publizität der Großunternehmen, in: ZfhF 1958, S. 473
 - 4) Vgl. WYSS, Heinz F.: Das Recht des Aktionärs auf Auskunftserteilung (Art. 697 OR) unter besonderer Berücksichtigung des Rechts der Unternehmenszusammenfassung, Diss., Zürich 1967, S. 101
 - 5) Vgl. v. WANGENHEIM, Hans Ulrich: Wirtschaftspresse und Publizität der Gesellschaften, in: ZfhF, S. 452; ähnlich KUPPER, Werner: Stille Reserven und Aktionärsinteressen, Diss., Zürich 1967, S. 29 ff.

Literatur vermutete Veröffentlichungsscheu der Unternehmen kann MOXTERS Untersuchung über den Einfluß von Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten entnommen werden: "Müssen Außenstehende über betriebliche Sachverhalte, namentlich über die 'wirtschaftliche Lage' informiert werden, so haben die Unternehmer gewisse Nachteile zu befürchten: ihre Entscheidungen können zuverlässiger kontrolliert und leichter kritisiert werden, ... Täuschungen, insbesondere über die eigene wirtschaftliche Stärke werden erschwert ..." ¹⁾

Wenn nun die Unternehmen Jahresabschluß und Geschäftsbericht nur deshalb veröffentlichen, " 'weil man muß' oder 'um einer lästigen gesetzlichen Formalität Genüge zu tun'," ²⁾ wird die Verhaltensweise verständlich, sogar die Mindestvorschriften des Gesetzgebers eng auszulegen. So kommt MOXTER bei der Betrachtung der Berichterstattung der Unternehmen im Geschäftsbericht zu dem Ergebnis, daß "die Grundsätze einer gewissenhaften und getreuen Rechenschaft oft sehr einseitig interpretiert" ³⁾ werden. Die Unternehmen versuchen demnach, die Leser von Geschäftsberichten, die an dessen Aussagekraft glauben, nicht nur wenig, sondern dabei auch so zu informieren, daß deren Verhalten der Gesellschaft nach den Vorstellungen der Verwaltung nützt. ⁴⁾

Auch HARDER versucht den "Hang zur Verschwiegenheit" ⁵⁾ - BLOHM spricht von einem "Hang zum Verschweigen" ⁶⁾ - mit der geschilder-

1) MOXTER, Adolf: Der Einfluß von Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten, a.a.O., S. 1

2) KUPPER, Werner: a.a.O., S. III

3) MOXTER, Adolf: Publizität und Rechnungswesen, in: Hdr, hrsg. v. KOSIOL, Erich, Stuttgart 1970, Sp. 1481

4) Vgl. KAPPLER, Ekkehard: a.a.O., S. 158; ähnlich HARTMANN, Hanno K: Die große Publikumsgesellschaft und ihre Investor Relations, Diss., München 1967, S. 88

5) HARDER, Ulrich: Bilanzpolitik. Wesen und Methoden der taktischen Beeinflussung von handels- und steuerrechtlichen Jahresabschlüssen, Wiesbaden 1962, S. 107

6) BLOHM, Hans: Der Geschäftsbericht als Mittel der Betriebspolitik, Baden-Baden 1962, S. 31

ten Einstellung der Unternehmen zur Informationsversorgung zu erklären. "Der Unternehmensleitung liegt daran, einmal eine ungünstige Meinungsbildung in der Öffentlichkeit über die Unternehmung oder auch über die Mitglieder der Unternehmensleitung selbst zu verhindern, die sich möglicherweise aus der Bekanntgabe gewisser Daten ergeben könnte. Zum anderen sucht man dadurch bestimmte Außenstehende von der Ergreifung von Maßnahmen abzuhalten, die zu einem Schaden für das Unternehmen oder ebenso für die Mitglieder der Unternehmensleitung führen könnten." ¹⁾

Die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz ²⁾ sieht in der Möglichkeit einer Interessenkollision eine wesentliche Ursache für das oft informationsfeindliche Verhalten der Verwaltungen der Gesellschaften. Danach bedeutet die aktienrechtliche Publizität aus der Sicht des Aktionärs, daß die Leitung der Kapitalgesellschaft ihm als Eigentümer Rechenschaft gibt. Sie ist jedoch nur dann genügend, wenn sie die für Kritik, Kontrolle ³⁾ und gegebenenfalls für Sanktionen erforderlichen Informationen liefert. Die Aktionäre sind demnach auf die Offenlegung der rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft durch die Personen angewiesen, die sie zu kontrollieren haben. Die Informationen für die Kontrolle soll demnach der zu Kontrollierende selbst zur Verfügung stellen, so daß eine Interessenkollision mit der Konsequenz einer geringen Informationsbereitschaft oft unvermeidbar ist.

1) HARDER, Ulrich: a.a.O., S. 107

2) Vgl. Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V.: Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, Düsseldorf 1959, S. 15

3) Auf die Funktion der Rechnungslegung, den Informationsinteressenten eine Kontrolle zu ermöglichen, weist auch WITTE hin, vgl. WITTE, Eberhard unter Mitwirkung von HAUSCHILDT, Jürgen: Die öffentliche Unternehmung im Interessenkonflikt, Berlin 1966, S. 117

Die in der Literatur geäußerten Vermutungen über das Informationsverhalten der rechnungslegenden Unternehmen veranlassen uns, die Hypothese der restriktiven Informationsversorgung durch die Unternehmen aufzustellen:

HYPOTHESE :

Die Unternehmen neigen dazu, im Rahmen ihrer Rechnungslegung Informationen zurückzuhalten.

Bevor wir zu der Frage Stellung nehmen, ob dieser Satz schon prüfbar ist, wollen wir feststellen, "ob und welche Untersuchungen zu dem Problem schon vorliegen, ob es Theorien oder Hypothesen gibt, die herangezogen werden können". ¹⁾ Bei den bisher vorliegenden empirischen Untersuchungen über die Informationsversorgung durch die Unternehmen im Rahmen der Rechnungslegung werden wir deshalb "den Informationsgehalt der Aussagen, die Adaequatheit von Methode und Stichprobe, die statistische Korrektheit (und) die Tendenz der Interpretation" ²⁾ analysieren.

2. Analyse von empirischen Untersuchungen über die Informationsversorgung durch die Unternehmen

Die Untersuchung von v. WYSOCKI ³⁾ der erstmals nach den Konzernrechnungslegungsvorschriften des Aktiengesetzes 1965 ver-

1) FRIEDRICHS, Jürgen: a.a.O., S. 53

2) Ebenda, S. 53

3) Vgl. v. WYSOCKI, Klaus: Konzernrechnungslegung in Deutschland, a.a.O.; ders.: Zwei Jahre Konzernrechnungslegung nach dem AktG 1965, a.a.O.

öffentlichen Konzernabschlüsse und Konzerngeschäftsberichte sollte feststellen, inwieweit die Konzernobergesellschaften die sie betreffenden aktienrechtlichen Vorschriften befolgen. Es sollte geklärt werden, "welche Informationen dem externen Leser der Konzernabschlüsse und der Konzerngeschäftsberichte tatsächlich zufließen". ¹⁾

In die Untersuchung wurden nur Obergesellschaften mit Sitz im Inland in der Rechtsform der AG und KGaA einbezogen, die zum 31.12.1967 einen Konzernabschluß und Konzerngeschäftsbericht aufstellten. Aufgrund dieser Abgrenzung des empirischen Feldes fehlten die ebenfalls zur Aufstellung von Konzernabschlüssen und Konzerngeschäftsberichten verpflichteten bergrechtlichen Gewerkschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Ein Vergleich der in die Stichprobe einbezogenen Obergesellschaften mit der Gesamtheit der im Bundesanzeiger veröffentlichten Konzernabschlüsse ²⁾ führte außerdem zu dem Ergebnis, daß mittlere und größere Konzerne ebenso wie Börsengesellschaften überrepräsentiert und bestimmte Branchen über- bzw. unterrepräsentiert waren. Sich aus diesen Feststellungen ergebende Bedenken gegen die Repräsentanz der Untersuchungsergebnisse konnten mit Hilfe eines weiteren Vergleichs zwischen den Stichprobenergebnissen und den Ergebnissen einer Vollerhebung weitgehend beseitigt werden. ³⁾

Die Analyse der auf der Basis aktienrechtlicher Normen erfolgenden Berichterstattung über den Konsolidierungskreis, die Kapital-, Schulden- und Zwischengewinneliminierung, die Konsolidierung der Beteiligungserträge und die Gliederung der Konzernbilanz und Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung führte zu Einzelergebnissen, die uns zur Aufstellung folgender Hypothesen veranlassen:

-
- 1) v. WYSOCKI, Klaus: Konzernrechnungslegung in Deutschland, a.a.O., S. 2
 - 2) Vgl. v. WYSOCKI, Klaus: Zwei Jahre Konzernrechnungslegung nach dem AktG 1965, a.a.O., S. 132
 - 3) Vgl. ebenda, S. 133

HYPOTHESE H I :

Die Unternehmen neigen dann dazu, Informationen zurück-zuhalten, wenn die Aufforderung zur Informationsversorgung durch den Gesetzgeber mit nicht-operationalen ¹⁾ Berichterstattungsnormen erfolgt.

HYPOTHESE H II:

Die Unternehmen neigen nicht dazu, Informationen zurück-zuhalten, wenn die Aufforderung zur Informationsversorgung durch den Gesetzgeber mit operationalen Berichterstattungsnormen erfolgt.

Zur Begründung der Hypothese H I seien zwei Untersuchungsergebnisse von v. WYSOCKI angeführt.

§ 334 Abs. 1 Satz 4 verlangt, daß die Nichteinbeziehung von Konzernunternehmen mit Sitz im Inland, deren Anteile zu mehr als der Hälfte Konzernunternehmen gehören, "näher zu begründen" ist. Wie diese nähere Begründung konkret zu erfolgen hat, ist im Gesetz nicht geregelt. Deshalb kann u.E. das Ergebnis nicht allzu sehr überraschen, wonach 59 % ²⁾ der Konzernobergesellschaften, die inländische Konzernunternehmen, an denen eine Mehrheitsbeteiligung besteht, wegen 'geringer Bedeutung' nicht in den Konzernabschluß einbezogen, die geforderte nähere Begründung der geringen Bedeutung unterlassen.

Nach § 334 Abs. 3 Nr. 1 sind "Angaben zu machen über die Ursachen und den bilanzmäßigen Charakter" des Unterschiedsbetrags aus der Kapitalkonsolidierung. Der Gesetzgeber legt demnach auch in diesem Fall lediglich die Berichtspflicht als solche fest, ohne anzugeben, wie ihr konkret zu entsprechen ist.

1) Zur Operationalität von Berichterstattungsnormen vgl. S. 65 der Arbeit.

2) Vgl. v. WYSOCKI, Klaus; Konzernrechnungslegung in Deutschland, a.a.O., Tab. 10, S. 21

Die empirische Untersuchung von v. WYSOCKI führte zu dem Ergebnis, daß 28 % ¹⁾ der einen Unterschiedsbetrag ausweisenden Obergesellschaften lediglich feststellen, daß sich dieser aus der Differenz zwischen den Beteiligungsbuchwerten und dem darauf entfallenden Kapital ergab, auf Ursache und bilanzmäßigen Charakter jedoch nicht eingingen. Die Konzernobergesellschaft wiederholten damit lediglich die Definition des Unterschiedsbetrags in § 331 Abs. 1 Nr. 3.

Die Hypothese H II basiert auf den Ergebnissen, die v. WYSOCKI bei der Untersuchung der Berichterstattung über die zum Konzern gehörenden bzw. in den Konzernabschluß einbezogenen Unternehmen mit Sitz im Inland ermittelte. Die konkreten Anforderungen zur Informationsversorgung in § 334 Abs. 1 Satz 1 und 2 - es wird verlangt, die zum Konzern gehörenden Unternehmen "einzeln aufzuführen" und die in den Konzernabschluß einbezogenen Unternehmen zu "bezeichnen" - könnte dazu geführt haben, daß alle Konzernobergesellschaften die vom Gesetzgeber geforderten Angaben machten. ²⁾

v. WYSOCKI, der die häufigkeitsbezogene Strukturierung der erhobenen Daten verbal interpretiert, kommt bei der zusammenfassenden Beurteilung der Informationsversorgung durch die Konzernobergesellschaften zu folgendem Ergebnis: "Bei Würdigung des Gesamtergebnisses der Untersuchungen über die ersten zwei Jahre der Konzernrechnungslegung nach dem AktG 1965 überwiegt der negative Eindruck: Es ist dem außenstehenden Beobachter, der nur auf die von den Obergesellschaften vorgelegten Druckberichte angewiesen ist, in vielen Fällen nicht möglich, sich ein so hinreichendes Bild über die Vermögens- und Ertragslage des Konzerns zu machen, wie es mit Hilfe des durch den Gesetzgeber zur Verfügung gestellten Instruments der Konzern-Rechnungslegung an sich möglich wäre". ³⁾

1) Vgl. v. WYSOCKI, Klaus: Konzernrechnungslegung in Deutschland, a.a.O., Tab. 17, S. 42; die Anzahl der einen Unterschiedsbetrag ausweisenden Obergesellschaften ist Tab. 16, S. 39 zu entnehmen.

2) Vgl. ebenda, Tab. 6, S. 14 und Tab. 7, S. 15

3) v. WYSOCKI, Klaus: Zwei Jahre Konzernrechnungslegung nach dem AktG 1965, a.a.O., S. 130

Der 'überwiegend negative Eindruck' von v. WYSOCKI interpretieren wir als ersten empirischen Hinweis für die Berechtigung der formulierten Hypothese der restriktiven Informationsversorgung durch die Unternehmen.

Die Erhebungen von CASTAN ¹⁾ und von v. WYSOCKI et al. ²⁾ sollten zeigen, in welchem Umfang die Aktiengesellschaften bei der Erläuterung ihrer Abschreibungs- und Bewertungsmethoden der Norm des § 160 Abs. 2 genügen. Die Verfasser beider Untersuchungen interpretierten ihre Ergebnisse verbal, eine Grenze, bei der noch von einer Gesetzesbefolgung gesprochen werden kann, wurde nicht festgelegt. Während CASTAN die Druckberichte für das Geschäftsjahr 1967 von 100 der größten deutschen Aktiengesellschaften - seine Ergebnisse sind deshalb u.E. nur begrenzt aussagefähig - analysierte, legten v. WYSOCKI et al. ihrer Untersuchung der Druckberichte für das Geschäftsjahr 1968 eine repräsentative Stichprobe aus der Gesamtheit der deutschen Aktiengesellschaften zugrunde. Wir wollen deshalb zur Beurteilung der Informationsversorgung durch die Unternehmen nur die Ergebnisse der Untersuchung von v. WYSOCKI et al. heranziehen.

Nach § 160 Abs. 2 sind im Geschäftsbericht "die Bewertungs- und Abschreibungsmethoden so vollständig anzugeben, wie es zur Vermittlung eines möglichst sicheren Einblicks in die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft erforderlich ist". Wie nun eine solche Berichterstattung konkret zu erfolgen hat,

1) Vgl. CASTAN, Edgar: a.a.O., S. 269 ff. und 315 ff.

2) Vgl. v. WYSOCKI, Klaus/ KEIFER, Rüdiger/ GROSS, Gerhard/ JÄGER, Werner/ HAAS, Helmut: a.a.O., S. 308 ff.

bleibt offen. ¹⁾ Der Untersuchungsgegenstand - die Befolgsprüfung einer nicht-operationalen Gesetzesvorschrift - läßt zwangsläufig die Frage entstehen, ob uns die Ergebnisse der Analyse weiter in der Aufstellung der Hypothese H I bestärken, wonach die Unternehmen dann dazu neigen, Informationen zurückzuhalten, wenn die Aufforderung zur Informationsversorgung durch den Gesetzgeber mit nicht-operationalen Publizierungsnormen erfolgt. Die aufgeworfene Frage kann positiv beantwortet werden, wie folgende zwei Einzelergebnisse zeigen: 19,6 % der untersuchten Gesellschaften verzichteten völlig auf die Berichterstattung über die angewandten Abschreibungsmethoden ²⁾ und 26,6 % machten keine Angaben über die Zusammensetzung der Herstellungskosten der fertigen und der unfertigen Erzeugnisse. ³⁾

Die Informationsneigung der Unternehmen wird abschließend von v. WYSOCKI et al. negativ beurteilt: "Die Untersuchung hat gezeigt, daß die Erläuterungen gem. § 160 Abs. 2 AktG recht häufig nicht mit jener Klarheit und Übersichtlichkeit erfolgen, die sich ein Außenstehender zur Gewinnung eines hinreichenden Einblicks in die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaften wünschen würde". ⁴⁾

1) Vgl. z. B. die Zusammenstellung der unterschiedlichen Auffassungen in der Literatur zur Frage, welchen Umfang eine dem Gesetz entsprechende Berichterstattung über die Abschreibungsmethoden haben sollte, bei CASTAN, Edgar: a.a.O., S. 270

2) Vgl. v. WYSOCKI, Klaus et al.: a.a.O., Tab. 2, S. 312

3) Vgl. ebenda, Tab. 8, S. 328

4) Ebenda, S. 334

SEEMANN ¹⁾ wollte mit seiner Untersuchung prüfen, ob einem der Hauptziele des Aktiengesetz 1965, die Vergleichbarkeit der Ergebnisse aufeinanderfolgender Geschäftsjahre zu verbessern, von den Unternehmen entsprochen wurde. Die Vergleichbarkeit ist im wesentlichen davon abhängig, ob die aperiodischen Einwirkungen auf das Jahresergebnis für einen Außenstehenden im Geschäftsbericht erkennbar sind. Um die Respektierung der gesetzgeberischen Intention einer verbesserten Berichterstattung der Unternehmen über aperiodische Einflüsse auf das Jahresergebnis zu überprüfen, zog SEEMANN eine repräsentative Stichprobe aus der Gesamtheit der deutschen Aktiengesellschaften und verglich die erstmals nach dem Aktiengesetz 1965 aufgestellten Geschäftsberichte mit den letztmals nach dem Aktiengesetz 1937 verfaßten Geschäftsberichte der ausgewählten Gesellschaften. Um über die Bewährung der Hypothese der Gesetzesbefolgung entscheiden zu können, wurde eine sog. Zurückweisungsregel festgelegt, wonach von einer Gesetzeseinhaltung nur dann gesprochen werden kann, wenn wenigstens 50 v. H. der untersuchten Gesellschaften der gesetzlichen Informationspflicht genügen. ²⁾

SEEMANN unterscheidet in seiner Untersuchung zwischen Rechnungslegungsvorschriften mit festgelegtem und solchen mit variablem Publizierungsinhalt. ³⁾ Eine Befolgungsprüfung von Gesetzes-

1) Vgl. SEEMANN, Hans-Jürgen: a.a.O.

2) Vgl. ebenda, S. 7

3) Wenn das Berichterstattungsobjekt durch die Normen des Gesetzes so eng reglementiert ist, daß den Unternehmen keine Wahlrechte zur Verfügung stehen, wird von festgelegtem Publizierungsinhalt gesprochen; der Inhalt einer Publizierung wird dann als variabel bezeichnet, wenn er aufgrund von im Gesetz enthaltenen Wahlrechten zustande gekommen ist; vgl. ebenda, S. 20 f.

neuerungen wird zwar für beide Veröffentlichungsinhalte für wertvoll angesehen, ¹⁾ wegen der vorhandenen Sanktionsmechanismen ²⁾ zur Sicherstellung der Zuverlässigkeit der Informationsversorgung durch die Unternehmen wird jedoch eine Befolgungsmessung bei festgelegtem Publizierungsinhalt nicht für nötig erachtet. ³⁾

Die Ergebnisse der bei Gesetzesnormen mit variablem Publizierungsinhalt durchgeführten Befolgungsmessung geben uns weitere Hinweise für die Berechtigung, die Hypothesen H I und H II aufzustellen. Die Analysen, bei denen der Ausweis aperiodischer Bestandteile der planmäßigen Abschreibung, ⁴⁾ der gewinnabhängigen Steuern ⁵⁾ und der Rückstellungen ⁶⁾ untersucht wurde, führte jeweils zu einer Ablehnung der von SEEMANN aufgestellten Hypothese, d.h. eine Befolgung der gesetzgeberischen Intention durch die Mehrheit der Unternehmen konnte nicht festgestellt werden. Wir vermuten, daß die zurückhaltende Informationsversorgung durch die Gesellschaften auf die mangelnde Konkretisierung der Generalklauseln des § 160 Abs. 2 Satz 1 und 2 zurückzuführen ist. Eine weitere Stütze unserer Hypothese H II sehen wir in dem Ergebnis, wonach 50,6 % der Gesellschaften, ⁷⁾ die außerplanmäßige Abschreibungen vornahmen, ihre Erläuterungen mit quantitativen

1) Vgl. SEEMANN, Hans-Jürgen: a.a.O., S. 22 ~

2) Vgl. ebenda, S. 30 f.

3) Vgl. ebenda, S. 36 f.; eine Beurteilung dieser Vorgehensweise SEEMANNs findet sich auf S. 45 ff. der Arbeit.

4) Vgl. ebenda, S. 90 ff.

5) Vgl. ebenda, S. 119 ff.

6) Vgl. ebenda, S. 128 ff.

7) Vgl. ebenda, S. 116

Angaben versehen. Eine Erklärung für diesen positiven Befund im Sinne der Zurückweisungsregel SEEMANNS kann in dem ausdrücklichen Hinweis des Gesetzgebers in § 160 Abs. 2 Satz 4 auf die Erläuterung außerplanmäßiger Abschreibungen gesehen werden. ¹⁾

Bei der abschließenden Beurteilung der Frage, ob das neue Aktiengesetz auf fruchtbaren Boden gefallen sei, kommt SEEMANN zu einem negativen Ergebnis: "Die Bereitschaft zur Informationsabgabe ist nicht genügend gestiegen." ²⁾

3. Die Bestimmung der zu prüfenden Hypothesen

Bevor wir mit Hilfe einer Betrachtung der in den bisherigen empirischen Untersuchungen einer Befolgsprüfung unterzogenen Publizierungsvorschriften versuchen, die Art der von uns zu untersuchenden Berichterstattungsanormen festzulegen, wollen wir eine Beurteilung des Informationsgehalts der Hypothese der restriktiven Informationsversorgung vornehmen, wonach die Unternehmen dazu neigen, im Rahmen ihrer Rechnungslegung Informationen zurückzuhalten.

Bei der Bestimmung des informativen Gehalts von Aussagen ist nach ALBERT davon auszugehen, "daß jede Information einen Ausschluß bestimmter logischer Möglichkeiten, eine Einschränkung des logischen S p i e l r a u m s, involviert". ³⁾ Diese Feststellung ALBERTS geht auf die Erkenntnis POPPERS zurück, wonach der Informationsgehalt einer Aussage mit ihrer Falsifizierbarkeit zunimmt ⁴⁾. "Mit dem Informationsgehalt einer

1) Auch SEEMANN führt dieses Ergebnis auf den expliziten Gesetzeshinweis zurück, vgl. SEEMANN, Hans-Jürgen, a.a.O., S. 114

2) Ebenda, S. 166

3) ALBERT, Hans: Probleme der Theoriebildung, a.a.O., S. 24

4) Vgl. POPPER, Karl, a.a.O., S. 83 f.

Aussage steigt auch ihre prinzipielle Prüfbarkeit und Bewährbarkeit, denn mit der Verringerung des Spielraums der Aussage erhöht sich die Möglichkeit ihrer Nachprüfung".¹⁾

Zur Beurteilung des Informationsgehalts der Hypothese der restriktiven Informationsversorgung durch die Unternehmen ist demnach die Angabe erforderlich, unter welchen Bedingungen sie Gültigkeit besitzen soll. Denn die Behauptung, daß die Unternehmen dazu neigen, den potentiellen Interessenten Informationen vorzuenthalten, erscheint einleuchtend, so lange die Gesellschaften nicht durch Vorschriften verpflichtet sind, die Interessenten mit Informationen bestimmten Inhalts zu versorgen. Der Hypothese ist demnach dann ein hoher Informationsgehalt beizumessen, wenn die Informationsversorgung durch die Unternehmen selbst dann restriktiv ist, wenn ihre Art und ihr Umfang durch Vorschriften des Gesetzgebers festgelegt sind. Da für Versicherungsaktiengesellschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit und öffentlich-rechtliche Versicherungsanstalten vom Gesetzgeber verbindliche Normen²⁾ erlassen worden sind, wonach diese Gesellschaften verpflichtet sind, die potentiellen Interessenten mit Informationen über ihre Unternehmensverbindungen zu versorgen, besitzt die Hypothese der restriktiven Informationsversorgung durch die Unternehmen für den von uns gewählten Untersuchungsbereich bei folgender Formulierung einen hohen Informationsgehalt:

Die Unternehmen neigen auch dann dazu, Informationen zurückzuhalten, wenn sie durch verbindliche Berichterstattungs-
normen zur Informationsversorgung aufgefordert werden.

1) ALBERT, Hans: Modell-Platonismus. Der neoklassische Stil des ökonomischen Denkens in kritischer Beleuchtung, in: Logik der Sozialwissenschaften, hrsg. v. TOPITSCH, Ernst, Köln - Berlin 1965, S. 409

2) Vgl. die Ausführungen auf S. 24 f. der Arbeit.

SEEMANN hält eine empirische Befolgungsmessung der Bericht-
erstattungsnormen mit festgelegtem Inhalt für wertvoll, ¹⁾
beschränkt sich dann aber auf die Prüfung der Einhaltung der
Normen mit variablem Inhalt. Eine Befolgungsprüfung des von
SEEMANN ausgeklammerten Bereichs des aufgrund strenger Nor-
mierung entstandenen Publizierungsinhalts erscheint uns je-
doch aus mehreren, im folgenden angeführten Gründen erfor-
derlich.

Schon GESSLER stellt fest: "Der zwingende Charakter der Publi-
zitätsvorschriften stellt ernstlich keine genügende Sicherung
(für ihre Einhaltung) dar." ²⁾ Die Vermutung, daß bei Vorschrif-
ten mit festgelegtem Veröffentlichungsinhalt die potentiellen
Interessenten 'automatisch' aufgeklärt werden, ³⁾ klingt zwar
plausibel, bedarf u. E. jedoch einer empirischen Überprüfung.
Dies besonders deshalb, weil darüber hinaus angenommen wird,
daß der genannte Publizierungsinhalt "Basis für partielle
und exceptionelle Nachforschungen zur Befriedigung von weite-
ren Informationswünschen" ⁴⁾ ist.

Ein weiterer Grund für unsere Entscheidung, den von SEEMANN
ausgeschlossenen Bereich einer Prüfung zu unterziehen, besteht
darin, daß uns seine Argumentation letztlich nicht überzeugen
kann. Die Sanktionsmechanismen zur Sicherstellung der Validi-
tät ⁵⁾ - die Nichtigkeit des Jahresabschlusses und Möglichkeit
einer Sonderprüfung, die zivil- und strafrechtliche Verant-

1) Vgl. SEEMANN, Hans-Jürgen: a.a.O., S. 22

2) GESSLER, Ernst: Die Wirtschaftsprüfer als Garanten aktien-
rechtlicher Publizität, in: WPg 1956, S. 463

3) Vgl. SEEMANN, Hans-Jürgen: a.a.O., S. 22

4) Ebenda, S. 22

5) Vgl. ebenda, S. 30 ff.

wortlichkeit der Unternehmensverwaltung und die Testaterteilung des Abschlußprüfers - die ihn zum Verzicht einer Befolgungsmessung bei Vorschriften mit festgelegtem Veröffentlichungsinhalt veranlaßt haben, scheinen vor allem für das Instrument des Abschlußprüfungstestats nicht die von SEEMANN vermutete Schärfe zu besitzen. Doch SEEMANN sieht "insbesondere die Testaterteilung als Validitätsnachweis des ohne Verhaltensvariabilität zustande gekommenen Publizitätsinhalts an." ¹⁾

Unsere Bedenken gegen die vermutete Schärfe des Instruments des Abschlußtestats basieren auf zwei Gründen: Erstens ist die Effektivität der Abschlußprüfung im Rahmen der Eigentümerkontrolle ²⁾ - wie SCHREDELSEKER überzeugend nachgewiesen hat - stark zu bezweifeln. "Der auf das Eigentum projizierte Zweck von Publizität", ³⁾ "dem Aktionär die Lage des Unternehmens, seine wirtschaftliche Tätigkeit und die wirtschaftlichen Interessen, in die es verflochten ist, (zu) zeigen", ⁴⁾ kann der mit dem Testat des Wirtschaftsprüfers versehene Jahresabschluß wohl kaum gewährleisten. "Gegen eine auch nur vorsichtige Bejahung " ⁵⁾ der Frage nach der Effektivität der Abschlußprüfung im Rahmen der Eigentümerkontrolle sprechen nach der Auffassung SCHREDELSEKERS u.a. "die Eigenschaft der Jahresabschlußprüfung als einer soll-fixen Kontrolle mit nur unscharf formulierten Sollbestimmungen (und)

1) SEEMANN, Hans-Jürgen: a.a.O., S. 35

2) Zur Legitimation der Aktionäre als Publizitätsadressaten vgl. WIETHÖLTER, Rudolf; a.a.O., S. 38 ff.

3) SCHREDELSEKER, Klaus: a.a.O., S. 212

4) KRONSTEIN, Heinrich/ CLAUSSEN, Carsten P.: a.a.O., S. 11, zitiert nach SCHREDELSEKER; Klaus, a.a.O., S. 212

5) SCHREDELSEKER, Klaus: a.a.O., S. 212

die keineswegs über alle Zweifel erhabene Unabhängigkeit des Abschlußprüfers". ¹⁾ Eine Begründung für die Bedenken bezüglich der Unabhängigkeit des Abschlußprüfers, die angesichts der beträchtlichen Anzahl von abhängigen Unternehmen in unserem empirischen Feld besonders bedeutsam sind, gibt GROSSFELD: " Der Abschlußprüfer ist zwar Sachwalter der Interessen der Minderheitsaktionäre, seiner Widerstandskraft gegenüber Verwaltung und Großaktionär wird jedoch viel zugemutet. Angesichts der Tatsache, daß er im allgemeinen von der Verwaltung im Einvernehmen mit dem Großaktionär vorge schlagen wird, dürfte er wohl nur e i n m a l Gelegenheit haben, sich den Wünschen der Verwaltung und des Großaktionärs zu widersetzen. " ²⁾ Zweitens hat eine in vier verschiedenen Untersuchungen ³⁾ durchgeführte Befolgungsmessung der Konzernrechnungslegungsvorschriften in Deutschland - also überwiegend von Normen mit festgelegtem Inhalt - Ergebnisse erbracht, die zeigen, daß die Gesetzeseinhaltung in diesem Bereich der Informationsversorgung durch die Unternehmen keineswegs als Regelfall angesehen werden kann.

Wir fassen zusammen: Aufgrund der u.E. nicht überzeugenden Argumentation SEEMANNS für den Verzicht einer Befolgungsmessung bei Vorschriften mit festgelegtem Veröffentlichungsinhalt werden wir für den Bereich der Berichterstattung der Ge-

-
- 1) SCHREDELSEKER, Klaus: a.a.O., S. 213; zur Unabhängigkeit des Abschlußprüfers vgl. auch S. 149 f. der Arbeit.
 - 2) GROSSFELD, Bernhard: a.a.O., S. 218 f.
 - 3) Neben den Untersuchungen von v. WYSOCKI vgl. auch JÄGER, Werner/ VOGELGESANG, Michael: Konzernrechnungslegung von Aktienbanken. Eine empirische Untersuchung von Geschäftsberichten der Jahre 1968, 1969 und 1970, in: WPg 1973, S. 389 ff. und 421 ff.; HAAS, Helmut/ OSTHOFF, Joachim: Konzernrechnungslegung in der Versicherungswirtschaft. Eine empirische Untersuchung von Geschäftsberichten der Jahre 1967 bis 1970, in: WPg 1973, S. 573 ff. und 597 ff.

sellschaften über ihre Unternehmenverbindungen die Gesetzes-
einhaltung bei Normen mit festgelegtem Inhalt untersuchen.

In den Hypothesen H I und H II¹⁾ haben wir unsere Vermutung
zum Ausdruck gebracht, daß die Unternehmen bei nicht-operationalen (operationalen) Berichterstattungsnormen dazu neigen
(nicht dazu neigen), Informationen zurückzuhalten. Nachdem
wir uns im vorangegangenen Abschnitt für die Untersuchung
der Gesetzeseinhaltung bei Normen mit festgelegtem Inhalt entschieden haben, können wir nun die folgenden Hypothesen formulieren.

HYPOTHESE H 1:

Die Unternehmen neigen dazu, Informationen zurückzuhalten, wenn die Aufforderung zur Informationsversorgung durch den Gesetzgeber mit nicht-operationalen Berichterstattungsnormen mit festgelegtem Inhalt erfolgt.

HYPOTHESE H 2:

Die Unternehmen neigen nicht dazu, Informationen zurückzuhalten, wenn die Aufforderung zur Informationsversorgung durch den Gesetzgeber mit operationalen Berichterstattungsnormen mit festgelegtem Inhalt erfolgt.

Um die beiden Hypothesen anhand von Berichtstatbeständen prüfen zu können, werden wir jeweils eine Subhypothese aufstellen.

1) Vgl. S. 37 der Arbeit.

D. UNTERSUCHUNGSOBJEKT UND UNTERSUCHUNGSMETHODEN

I. Untersuchungsobjekt

1. Auswahlmethode

Bei der Auswahl der in die Untersuchung einzubeziehenden Unternehmen standen wir vor der Entscheidung, eine repräsentative Stichprobe z.B. aus der Grundgesamtheit der deutschen Aktiengesellschaften zu ziehen oder aber einen Teilbereich der Wirtschaft herauszugreifen, in dem die Auswahl der zu beobachtenden Tatbestände - die Unternehmensverbindungen - besonders groß ist. ¹⁾ Als wichtige 'Nebenbedingung' war bei der Lösung dieses Problems die Art der zu prüfenden Fragestellungen zu beachten.

Einerseits hielten wir eine Untersuchung des Problems für erforderlich, ob eine Gesellschaft im Falle einer erkennbar vorliegenden Unternehmensverbindung auch in einer dem Gesetz entsprechenden Weise darüber berichtet. Als Beispiel sei folgende Fragestellung angeführt: Es ist zu prüfen, ob bei einem Ausweis von "Forderungen an verbundene Unternehmen" und/oder "Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen" in der Bilanz einer Gesellschaft - damit ist erkennbar, daß eine Unternehmensverbindung i.S. von § 15 vorliegt - auch die Art der Verbindung, z.B. 'Konzernunternehmen' oder "nur" 'in Mehrheitsbesitz stehendes Unternehmen', im Geschäftsbericht angegeben wird. Andererseits waren wir auch besonders an der Frage interessiert, ob z.B.

1) HAMPE nennt eine solche Vorgehensweise eine Auswahl nach dem Konzentrationsprinzip, vgl. HAMPE, Asta: a.a.O., S. 17; vgl. dazu auch MENGES, Günter - SKALA, Heinz, J.: Grundriß der Statistik, Teil 2: Daten - Ihre Gewinnung und Verarbeitung, Opladen 1973, S. 127

das Unternehmen B, von dem im Geschäftsbericht des Unternehmens A berichtet wird, daß es im Mehrheitsbesitz von A steht, in seinem eigenen Geschäftsbericht entsprechende Angaben macht. Diese Fragestellung können wir mit einer Methode, die wir "Querverbindungsuntersuchung" nennen wollen, überprüfen. Dabei wird - wenn z.B. das Unternehmen A über eine Mehrheitsbeteiligung an dem Unternehmen B berichtet - dies in einer Matrix eingetragen und geprüft, ob im Geschäftsbericht des Unternehmens B eine entsprechende Information enthalten ist.

Da diese "Querverbindungsuntersuchung" voraussetzt, daß zwischen den in die Untersuchung einbezogenen Gesellschaften Unternehmensverbindungen im nennenswerten Umfang bestehen und bei einer repräsentativen Stichprobe aus der Grundgesamtheit der deutschen Aktiengesellschaften die Gefahr bestanden hätte, daß zwischen den ausgewählten Gesellschaften kaum Unternehmensverbindungen existierten, entschieden wir uns für die Auswahl nach dem Konzentrationsprinzip.

Die Feststellung im "Bericht über das Ergebnis einer Untersuchung der Konzentration in der Wirtschaft", daß in der Versicherungswirtschaft "die Verflechtung u n t e r e i n a n d e r so stark (ist), daß sich im Einzelfall meist nicht sagen läßt, welches Unternehmen das andere beherrscht," ¹⁾ veranlaßte uns, diesen Teilbereich der Wirtschaft unserer Untersuchung der Berichterstattung der Unternehmen über ihre Unternehmensverbindungen zugrunde zu legen.

Die Versicherungsaktiengesellschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit und Versicherungsanstalten des öffentlichen Rechts unter Bundesaufsicht, die alle die aktienrechtlichen Berichterstattungspflichten über die Unternehmensverbindungen befolgen müssen, ²⁾ konnten den jährlich vom

1) Deutscher Bundestag: Bericht über das Ergebnis einer Untersuchung der Konzentration in der Wirtschaft, a.a.O., S. 63

2) Vgl. S. 25 der Arbeit.

Bundesaufsichtamt für das Versicherungs- und Bausparwesen veröffentlichten Geschäftsberichten, in denen die in den genannten drei Rechtsformen geführten Versicherungsunternehmen namentlich, unter Angabe der Geschäftsergebnisse aufgeführt werden, entnommen werden. Als Auswahlkriterium ^{1) 2)} wurde die Größe 'Marktanteil' deshalb gewählt, weil damit - bei Kenntnis der in der Versicherungswirtschaft bestehenden Unternehmensverbindungen - eine weitestgehende Erfassung der Verbindungen der einzelnen Versicherungsunternehmen und besonders der Querverbindungen innerhalb der Versicherungswirtschaft zu erwarten war.

In einem ersten Schritt wurden aus den Geschäftsberichten 1969 und 1970 ³⁾ des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungs- und Bausparwesen diejenigen unter Bundesaufsicht stehenden Versicherungsunternehmen ausgewählt, deren Bruttoprämieneinnahmen mindestens 0,5 % bezogen auf die Gesamtprämieneinnahmen der inländischen, unter Bundesaufsicht stehenden Versicherungsunternehmen der einzelnen Sparte betrugen. Die auf diese Weise getroffene Auswahl ergab 152 zu untersuchende Versicherungsunternehmen, hatte jedoch den Nachteil,

-
- 1) Das empirische Feld der Untersuchung wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Institut für Versicherungswissenschaft der Universität Mannheim bestimmt.
 - 2) Eine ähnliche Vorgehensweise bei der Bestimmung des empirischen Feldes wurde auch bei der von der Bundesregierung veranlaßten Konzentrationsuntersuchung gewählt, in deren Vordergrund neben der Feststellung des Standes der Konzentration auch die Unternehmensverbindungen und ihre Erscheinungsformen standen; in die Untersuchung wurden die unter Bundesaufsicht stehenden Lebens-, Kranken-, Sach- und Rückversicherungsunternehmen ausgewählt, deren Bruttoprämieneinnahmen jeweils 5 Millionen DM und mehr betrugen, vgl. Deutscher Bundestag: Anlagenband zum Bericht über das Ergebnis einer Untersuchung der Konzentration in der Wirtschaft, a.a.O., S. 356
 - 3) BAV: Geschäftsbericht 1969, Berlin, im Oktober 1970, Tabellenanhang, S. 55 ff.; 87 ff. und 129 ff.; Geschäftsbericht 1970, Berlin, im November 1971, Tabellenanhang, S. 273 ff.; der Geschäftsbericht 1970 mußte deshalb herangezogen werden, weil für die Rückversicherungsunternehmen erst in diesem Bericht die Geschäftsergebnisse aus dem Berichtsjahr 1969 bzw. 1969/70 veröffentlicht wurden.

daß zahlreiche Querverbindungen innerhalb der Versicherungswirtschaft nicht erfaßt werden konnten. Es wurde deshalb in einem zweiten Schritt die Anzahl der zu erhebenden Versicherungsunternehmen insoweit erweitert, als alle Gesellschaften in die Auswahl einbezogen wurden, deren Bruttoprämieeinnahmen mindestens 0,1 % bezogen auf die Gesamtpremieeinnahmen der inländischen, unter Bundesaufsicht stehenden Versicherungsunternehmen der einzelnen Sparte betrugen. Dadurch erhöhte sich die Gesamtzahl der Gesellschaften auf 210, ¹⁾ deren Berichterstattung über ihre am Ende des Geschäftsjahres 1969 bzw. 1969/70 bestehenden Unternehmensverbindungen zu untersuchen war.

2. Das empirische Feld

a) Struktur der in die Untersuchung einbezogenen Versicherungsunternehmen

Das im vorigen Abschnitt beschriebene Auswahlkriterium führt zu der in Tabelle 1 dargestellten Struktur des empirischen Feldes. Sie zeigt, in welchem Umfang die einzelnen Rechtsformen und Versicherungssparten unter den zu untersuchenden Gesellschaften vertreten sind.

1) Die Druckberichte wurden zunächst von dem Institut für Versicherungswissenschaft und dem Bilanzarchiv des Betriebswirtschaftlichen Instituts der Universität Mannheim, dem Institut für Versicherungswissenschaft der Universität München und den Gesellschaften direkt beschafft. Die in den genannten Instituten nicht vorhandenen und auch von den Gesellschaften - trotz mehrerer Schreiben mit der Bitte um Zusendung - nicht beschaffbaren Druckberichte wurden dem Verfasser von der Pressestelle des BAV zur Verfügung gestellt.

Tabelle 1

Struktur der in die Untersuchung einbezogenen Versicherungsunternehmen

Rechtsform Sparte	AG	VVaG	öRA	Gesamt
Lebensversicherung	35	23	5	63
Krankenversicherung	7 ¹⁾	29	-	36
Schaden- u. Unfallversicherung	67	20	3	90
Rückversicherung	20	-	1	21
Gesamt	129	72	9	210

1) Die Gilde Versicherung AG ist als Lebens-VU erfaßt.

b) Repräsentationsgrad der in die Untersuchung einbezogenen Versicherungsunternehmen

Der in Tabelle 2 dargestellten Repräsentationsgrad der in die Untersuchung einbezogenen Versicherungssparten wurden nach folgender Vorgehensweise ermittelt: Anzahl und Bruttoprämien-erträge der im Geschäftsbericht 1969 des Bundesaufsichtsamts für das Versicherungs- und Bausparwesen - für die Rückversicherungsunternehmen wurden sie dem Geschäftsbericht 1970 entnommen - aufgeführten, unter Bundesaufsicht stehenden Ver-

Tabelle 2

Repräsentationsgrad der in die Untersuchung einbezogenen
Versicherungssparten

Versicherungs- sparten	Unter Bundes- aufsicht stehende VU		Einbezogene VU		Repräsentanz in v.H.	
	Anzahl	Prämien (Mio. DM)	An- zahl	Prämien (Mio. DM)	Anzahl	Prämien
Lebensver- sicherung	84	8542	63	8464	75,0	99,1
Krankenver- sicherung	38	3589	36	3586	94,7	99,9
Schaden- u. Un- fallversicherung	138	10834	90	10644	65,2	98,3
Rückver- sicherung	27	4939	21	4933	77,8	99,8

sicherungsunternehmen wurden - jeweils für die vier Sparten ge-
trennt - der Anzahl und den Bruttoprämieneträgen der Versiche-
rungsunternehmen, die in unsere Untersuchung einbezogen worden
sind, gegenübergestellt.

Tabelle 2 zeigt deutlich, daß die einzelnen Versicherungssparten
bezüglich ihrer Bruttoprämieneträge so stark repräsentiert sind,
daß wir fast von einer Vollerhebung sprechen können.

Ein Vergleich der Anteile der Bruttoprämieneträge der in die
Untersuchung einbezogenen Unternehmen in den drei verschiedenen
Rechtsformen an den gesamten Bruttoprämieneträgen - für die vier
Sparten jeweils gesondert berechnet - mit den entsprechenden An-
teilen der Bruttoprämieneträge der im Geschäftsbericht des Bun-
desaufsichtsamts für das Versicherungs- und Bausparwesen auf-
geführten Versicherungsunternehmen unter Bundesaufsicht und der

analoge Vergleich im Hinblick auf den Anteil an der Gesamtzahl der Gesellschaften (vgl. Tabelle 3) läßt klar erkennen, daß sowohl unter dem Aspekt des Prämienanteils als auch unter dem Aspekt der Gesamtzahl eine weitgehende gleiche Verteilung der drei Rechtsformen innerhalb der einzelnen Versicherungssparten in unserer Erhebung und der 'Grundgesamtheit' vorliegt. Damit ist nachgewiesen, daß in unserer Erhebung keine der drei Rechtsformen innerhalb der vier Versicherungssparten über- bzw. unterrepräsentiert ist.

Tabelle 3

Repräsentationsgrad der in die Untersuchung einbezogenen Rechtsformen innerhalb der einzelnen Versicherungssparten

Rechtsform	Prämienanteil (in Mio. DM)				Anteil an der Gesamtzahl			
	Erhebung		Grundgesamtheit		Erhebung		Grundgesamtheit	
	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.
Lebensversicherung								
AG	5622	66,4	5990	70,1	33	52,4	42	50,0
VVaG	2329	27,5	2032	23,8	25	39,7	36	42,9
öRA	513	6,1	520	6,1	5	7,9	6	7,1
	<u>8464</u>	<u>100,0</u>	<u>8542</u>	<u>100,0</u>	<u>63</u>	<u>100,0</u>	<u>84</u>	<u>100,0</u>
Krankenversicherung								
AG	1382	38,5	1382	38,5	7	19,4	7	18,4
VVaG	2204	61,5	2207	61,5	29	80,6	31	81,6
öRA	-	-	-	-	-	-	-	-
	<u>3586</u>	<u>100,0</u>	<u>3589</u>	<u>100,0</u>	<u>36</u>	<u>100,0</u>	<u>38</u>	<u>100,0</u>
Schaden- u. Unfallversicherung								
AG	8840	83,1	8965	82,7	67	74,5	91	66,0
VVaG	1499	14,1	1558	14,4	20	22,2	42	30,4
öRA	395	2,8	311	2,9	3	3,3	5	3,6
	<u>10734</u>	<u>100,0</u>	<u>10834</u>	<u>100,0</u>	<u>90</u>	<u>100,0</u>	<u>138</u>	<u>100,0</u>
Rückversicherung								
AG	4875	98,8	4879	93,8	20	95,2	24	88,9
VVaG	-	-	1	-	-	-	1	3,7
öRA	58	1,2	58	1,2	1	4,8	1	3,7
GmbH	-	-	1	-	-	-	1	3,7
	<u>4933</u>	<u>100,0</u>	<u>4939</u>	<u>100,0</u>	<u>21</u>	<u>100,0</u>	<u>27</u>	<u>100,0</u>

II. Untersuchungsmethoden

1. Prüfung der Hypothesen der restriktiven Informationsversorgung durch die Unternehmen

Zur Prüfung der Hypothesen H 1 und H 2 ¹⁾ werden zunächst im Rahmen des Beurteilungsprozesses die konkreten Ausprägungen der Berichterstattung über die Unternehmensverbindungen (Ist-Objekt) den entsprechenden - aufgrund der gegebenen Rechtsnormen entwickelten - Soll-Objekten gegenübergestellt. Eine Diskussion über die Zulässigkeit von Abweichungen zwischen Ist- und Soll-Objekten ist jedoch wegen der absoluten Verbindlichkeit der Rechtsnormen "grundsätzlich nicht möglich." ²⁾

Die genannten Hypothesen haben monovariablen Charakter; ³⁾ sie behaupten lediglich eine relative Häufigkeit der Erscheinungen. Die Bewertung der Befunde erfolgt mit Hilfe einer Zurückweisungsregel, nach der eine Hypothese dann als widerlegt gilt, "wenn ein festgesetzter Grenzwert der relativen Häufigkeit nicht erreicht wird." ⁴⁾

Die Hypothese H 1, welche die Vermutung beinhaltet, daß die Unternehmen bei nicht-operationalen Berichterstattungsnormen das Gesetz nicht einhalten werden, könnten wir schon dann für

1) Vgl. S. 48 der Arbeit.

2) v. WYSOCKI, Klaus: Grundlagen des betriebswirtschaftlichen Prüfungswesens, Berlin und Frankfurt a. M. 1967, S. 211

3) Vgl. CLAUSS, Günter - Ebner, Heinz: Grundlagen der Statistik für Psychologen, Pädagogen und Soziologen, Frankfurt am Main und Zürich 1972, S. 40

4) HAUSCHILD, Jürgen: Organisation der finanziellen Unternehmensführung, a.a.O., S. 41

bestätigt halten, wenn nur e i n e Gesellschaft die vom Gesetzgeber normierte Verpflichtung nicht befolgen würde. Bei einer solchen Vorgehensweise würde dem Empiriker der berechnete Einwand entgegengehalten werden, er versuche seine Hypothese auf jeden Fall zu bestätigen. Wir müssen deshalb die Zurückweisungsregel so festlegen, daß die Gefahr, aufgrund eines Zufallsereignisses eine durch eine empirische Untersuchung erhärtete Behauptung aufzustellen, möglichst gering ist.

Die für die Prüfung der Hypothesenbewährung erforderliche Zurückweisungsregel muß bei unserer Untersuchung noch einer weiteren Anforderung genügen: Sie ist so festzulegen, daß von einer Befolgung der vom Gesetzgeber bestimmten Informationspflichten noch gesprochen werden kann.

SEEMANN glaubt beiden erwähnten Anforderungen zu entsprechen, wenn er festsetzt, "daß wenigstens von der Mehrheit derjenigen, für die ein bestimmtes Gesetz gilt, eine Respektierung zu erwarten ist." ¹⁾ Eine Gesetzesbefolgung nimmt er dann an, wenn über 50 % der Unternehmen der vom Gesetzgeber fixierten Informationspflicht genügen. Bei dieser Grenze noch von der Respektierung des Legitimitätszwanges zu sprechen, mag zunächst großzügig erscheinen. Sie wird jedoch durch den Gegenstand der Untersuchung plausibel. SEEMANN prüft mit Hilfe einer Erhebung, die den letzten Geschäftsbericht nach dem Aktiengesetz 1937 und den ersten Geschäftsbericht nach dem Aktiengesetz 1965 einbezieht, ob der Intention des Gesetzgebers einer verstärkten Publizität hinsichtlich aperiodischer Einwirkungen auf das Jahresergebnis entsprochen wird. Bei der Festlegung der Zurückweisungsregel war demnach der Anpassungsprozeß zu berücksichtigen, der durch das Aktiengesetz 1965 hervorgerufen wurde.

1) SEEMANN, Hans-Jürgen: a.a.O., S. 7

Da das dieser Untersuchung zugrundeliegende empirische Material eine Berücksichtigung des erwähnten Anpassungsprozesses an das neue Recht nicht mehr erfordern dürfte, erscheint es uns zulässig, die Zurückweisungsregel im Vergleich zu SEEMANN zu verschärfen. Wir sehen deshalb die Hypothese H 1 dann als bestätigt an, wenn weniger als 75 % der untersuchten Gesellschaften der vom Gesetzgeber festgelegten Informationspflicht entsprechen. Analog dazu gilt die Hypothese H 2 dann als bestätigt, wenn mehr als 75 % der Unternehmen die gesetzlich fixierte Berichterstattungspflicht befolgen.

2. Prüfung der freiwilligen Informationsversorgung durch die Unternehmen

Eine Beurteilung der Informationsversorgung durch die Unternehmen nur anhand einer Befolgungsprüfung von Berichterstattungstatbeständen, für die der Gesetzgeber eine Pflicht fixiert, erscheint uns nicht ganz vollständig zu sein. Auch wenn diese Informationen, zu deren Abgabe die Unternehmen durch den Gesetzgeber gezwungen sind, für den Publizitätsinteressenten die größte Bedeutung besitzen, so ist es doch auch möglich, daß die Gesellschaften - über das vom Gesetzgeber verlangte Maß hinaus - weitere "wichtige" Informationen in ihrem Geschäftsbericht veröffentlichen. Nur in diesem Bereich der freiwilligen Informationsversorgung kann eine Publizitätsfreudigkeit ¹⁾ zum Ausdruck kommen. Dabei ist jedoch zu deren Beurteilung von Bedeutung, in welchen Angaben sie sich niederschlägt; man wird zwischen mehr oder weniger "wichtigen" Informationen unterscheiden müssen. Dabei vermuten wir, daß die freiwillige Informationsversorgung durch die Unternehmen - in Anlehnung an die Hypothese der restriktiven Informationsversorgung - ²⁾ besonders im Bereich der weniger bedeutenden Tatbestände erfolgen wird.

1) Die Publizitätsfreudigkeit kann u.E. nicht im Bereich der gesetzlichen Publizität erkennbar werden. So auch HAVERMANN, Hans: Zur Publizitätsfreudigkeit deutscher Aktiengesellschaften, in: WPg 1963, S. 190

2) Vgl. S. 35 der Arbeit.

Die Publizitätsfreudigkeit kann in unserem Untersuchungs-
bereich der Berichterstattung über die Unternehmensverbindungen
darin zum Ausdruck kommen, daß die Beteiligungen haltenden
Gesellschaften in ihrem Geschäftsbericht - obwohl von Gesetz-
geber nicht verlangt - die genaue Höhe des Anteilsbesitzes an-
geben. Dieser Berichtstatbestand bietet sich dazu an, die oben
formulierte Vermutung hinsichtlich einer differenzierenden
freiwilligen Informationsversorgung durch die Unternehmen zu
überprüfen. Wir nehmen nämlich an, daß der Anteil der Minder-
heitsbeteiligungen haltenden Gesellschaften, die den genauen
Beteiligungsprozentsatz angeben, geringer ist als der Anteil
der mit Mehrheit beteiligten Gesellschaften, welche die gleiche
Angabe machen. Diese Vermutung hat ihren Grund darin, daß die
mit Mehrheit beteiligte Gesellschaft ihr Ziel, die Willensbil-
dung des in Mehrheitsbesitz stehenden Unternehmens maßgeblich
zu beeinflussen, schon erreicht hat, ¹⁾ während die Gesell-
schaft, die in ihrem Geschäftsbericht z.B. darauf hinweist,
daß sie eine 48 %ige Beteiligung hält, sich dadurch den Auf-
kauf der restlichen Aktien erschweren könnte. ²⁾

Kann die empirische Untersuchung unsere Vermutung bestäti-
gen - eine Bestätigung wollen wir dann annehmen, wenn der An-
teil der Unternehmen, die den genauen Prozentsatz ihrer Mehr-
heitsbeteiligung(en) angeben, doppelt so groß ist wie der An-
teil der Gesellschaften, die den Prozentsatz ihrer Minderheits-

-
- 1) Der wesentliche Schritt auf dem Weg zum Aufbau einer ein-
heitlichen Leitung ist damit getan; die Publizitätsinte-
ressenten sehen sich vor vollendete Tatsachen gestellt.
 - 2) Ähnliche Argumente wurden von der Wirtschaft nahestehenden
Sachverständigen gegen die Einführung der Mitteilungs-
pflichten gem. §§ 20, 21 vor dem Wirtschaftsausschuß des
Deutschen Bundestages angeführt, vgl. KROPFF, Bruno: Aktien-
gesetz, a.a.O., S. 40

beteiligung(en) nennen - werden wir dies als ein Indiz dafür betrachten, daß die freiwillige Informationsversorgung durch die Unternehmen lediglich im Bereich "weniger wichtiger" Tatbestände erfolgt.

3. Analyse der Informationsversorgung durch die Unternehmen mit Hilfe einer "Querverbindungsuntersuchung"

Die Querverbindungsuntersuchung, die feststellen soll, ob einerseits über zwischen den in die Untersuchung einbezogenen Gesellschaften bestehende Unternehmensverbindungen berichtet wird und ob andererseits auch kongruente Angaben gemacht werden, wird mit Hilfe von Matrizen durchgeführt. Dabei wird z.B. erhoben, ob die Gesellschaft B, die nach dem Geschäftsbericht der Gesellschaft A mit diesem wechselseitig beteiligt (§ 19) ist, diese Verbindung in ihrem Geschäftsbericht ebenfalls angibt. Außerdem wird untersucht, ob das Unternehmen C, das im Geschäftsbericht des Unternehmens D als beherrschend (§ 17) bezeichnet wird, in seinem Geschäftsbericht die gleichen Angaben macht oder ob es eventuell nur berichtet, daß es an D eine Mehrheitsbeteiligung hält (Untersuchung hinsichtlich der Kongruenz der Berichterstattung).

Eine Gesetzesbefolgung wollen wir dann annehmen, wenn wenigstens 75 % der Gesellschaften den gesetzlichen Vorschriften entsprechende Angaben machen.

4. Ableitung und Prüfung von Hypothesen über Einflußfaktoren der Informationsversorgung durch die Unternehmen

Die Erkenntnisse, die aus der Analyse der Praxis der Berichterstattung der Gesellschaften über ihre Unternehmensverbindungen gewonnen werden, können im Rahmen der empirischen Forschung nur die Grundlage für die Erfüllung einer zweiten Aufgabe darstellen. ¹⁾ Außerdem sollte nämlich auch festgestellt werden, welche Faktoren die Struktur des empirischen Feldes beeinflussen. Mit einer solchen Vorgehensweise - Ableitung und Prüfung von Hypothesen über Einflußgrößen der Informationsversorgung durch die Unternehmen - soll ein Beitrag zu einer Theorie der Berichterstattung geleistet werden.

Da es bisher keine Theorie der Berichterstattung gibt, sind in der Literatur geäußerte Vermutungen über die Publizität beeinflussende Faktoren aufzugreifen und in Hypothesenform zu kleiden.

Die so entstehenden Hypothesen, daß die Informationsversorgung durch die Gesellschaften z.B. durch die Größe oder die Rechtsform beeinflusst wird, lassen ein Operationalisierungsproblem ²⁾ entstehen. Während wir bei der Analyse der Informationsversorgung durch die Unternehmen auf die Befolgung von Einzelaspekten der Publizität durch die betroffenen Gesellschaften abstellen, ist hier zunächst festzustellen, wie gut eine bestimmte Gesellschaft die Gesamtheit der Vorschriften zur Berichterstattung über die Unternehmensverbindungen einhält. Es ist also zu versuchen, eine Zusammenfassung von Einzelurteilen zu einem Gesamturteil ³⁾ vorzunehmen.

-
- 1) Vgl. ALBACH, Horst: Ansätze zu einer empirischen Theorie der Unternehmung, in: Wissenschaftsprogramm und Ausbildungsziele der Betriebswirtschaftslehre, hrsg. v. v. KORTZFLEISCH, Gert, Berlin 1971, S. 140
 - 2) Zur Operationalisierbarkeit von Hypothesen vgl. FRIEDRICHS, Jürgen: a.a.O., S. 76 ff. und WITTE, Eberhard: Das Informationsverhalten in Entscheidungsprozessen, a.a.O., S. 6
 - 3) Zu dieser Problematik bei komplexen Prüfungen vgl. v. WYSOCKI, Klaus: Grundlagen des betriebswirtschaftlichen Prüfungswesens, a.a.O., S. 237 ff.

Die problematische Auswahl der einzelnen Berichtstatbestände zur Einbeziehung in das Gesamturteil versuchen wir dadurch zu lösen, daß wir drei von uns als besonders wesentlich betrachtete Einzelaspekte der Berichterstattung der Gesellschaften über ihre Unternehmensverbindungen gleichwichtig zu einem Gesamturteil zusammenfassen.

In das Gesamturteil werden die folgenden drei Berichtstatbestände einbezogen:

1. Angabe einer der nach § 15 AktG möglichen Verbindungen
2. Berichterstattung von abhängigen Unternehmen über die Konzernvermutung
3. Berichterstattung über mitgeteilte Beteiligungen.

Durch die Zusammenfassung der bei diesen Berichtstatbeständen festgestellten nominalen ¹⁾ Einzelurteile zu einem Gesamturteil entstehen die vier Güteklassen 3 : 0, 2 : 1, 1 : 2 und 0 : 3. Die Zuordnung einer Gesellschaft zur Güteklasse 3 : 0 bedeutet, daß sie bei allen drei Berichtstatbeständen die gesetzlichen Vorschriften befolgt; zur Güteklasse 2 : 1 wird ein Unternehmen dann zugeordnet, wenn sie bei zwei Berichtstatbeständen die Normen befolgt und bei einem Berichtstatbestand die Gesetzesvorschrift nicht eingehalten hat usw. Die vier Güteklassen stellen rangformierte, gruppierte Meßwerte ²⁾ dar.

Die Kenntnis des zugrundeliegenden Meßniveaus ist deshalb von Bedeutung, weil davon die Wahl der zur Hypothesenprüfung erforderlichen statistischen Tests abhängt. ³⁾ Die statisti-

1) Zu den verschiedenen Meßniveaus vgl. MAYNTZ, Renate - HOLM, Kurt - HÜBNER, Peter: Einführung in die Methoden der empirischen Soziologie, 3. Aufl., Opladen 1972, S. 38 f.

2) Vgl. LIENERT, G.A.: Verteilungsfreie Methoden in der Biostatistik, Bd. 1, 2. Aufl., Meisenheim am Glan 1973, S. 212

3) Vgl. ebenda: a.a.O., S. 100 f. und MAYNTZ, Renate - HOLM, Kurt - HÜBNER, Peter: a.a.O., S. 191

schen Signifikanztests ¹⁾ ermöglichen eine Aussage darüber, mit welcher Wahrscheinlichkeit behauptet werden kann, daß ein vermuteter Zusammenhang nicht zufällig zustande gekommen ist. ²⁾

"Der Signifikanztest gibt an, wie sicher der Sozialforscher sein kann, daß überhaupt ein Zusammenhang besteht - ohne etwas über die Stärke des Zusammenhangs zu sagen." ³⁾ Deshalb wird für die Fälle, in denen ein signifikanter Zusammenhang nachgewiesen werden kann, ⁴⁾ noch ein Korrelationskoeffizient ⁵⁾ berechnet.

-
- 1) Da rangformierte, gruppierte Meßwerte vorliegen, werden zur Hypothesenprüfung - wenn die unabhängige Variable in mehr als zwei Klassen vorliegt - der

H-Test von KRUSKAL und WALLIS
und - wenn die unabhängige Variable in zwei Klassen vorliegt - der

RAATZSCHE Rangsummentest
angewandt. Es handelt sich um Verfahren der parameterfreien Varianzanalyse. Zu diesen Verfahren und zur Berechnung der Prüfgrößen vgl. LIENERT, G.A.: a.a.O., S. 264 f., 269 f. und 233 f.

- 2) Als Signifikanzniveau akzeptieren wir das in der Sozialforschung gebräuchliche 5 % - Niveau als Grenzwert.
- 3) MAYNTZ, Renate - HOLM, Kurt - HÜBNER, Peter: a.a.O., S. 196
- 4) Vgl. SCHRADER, Achim: Einführung in die empirische Sozialforschung, Stuttgart 1971, S. 172
- 5) Als Korrelationskoeffizient wird der Kontingenzkoeffizient C berechnet. Zum Verfahren und zur Berechnung vgl. CLAUSS, Günter - EBNER, Heinz: a.a.O., S. 260 ff.

E. EMPIRISCHE UNTERSUCHUNG DER INFORMATIONSVERSORGUNG
DURCH DIE UNTERNEHMEN ÜBER IHRE UNTERNEHMENSVERBINDUNGEN

I. Prüfung der Hypothesen der restriktiven Informationsver-
sorgung durch die Unternehmen

1. Prüfung der Hypothese der restriktiven Informationsver-
sorgung bei nicht-operationalen Berichterstattungsnor-
men mit festgelegtem Inhalt

Die Hypothese H 1 behauptet, daß die Unternehmen dazu neigen, Informationen zurückzuhalten, wenn die Aufforderung zur Informationsversorgung durch den Gesetzgeber mit nicht-operationalen Berichterstattungsnormen mit festgelegtem Inhalt erfolgt. Unter Verwendung der zuvor von uns festgelegten Zurückweisungsregel läßt sie sich wie folgt operationalisieren:

Die Aufforderung zur Informationsversorgung durch den Gesetzgeber mit nicht-operationalen Berichterstattungsnormen mit festgelegtem Inhalt wird von weniger als 75 % der Unternehmen befolgt.

Bevor wir diese 'Generalhypothese' mit Hilfe von Subhypothesen prüfen, sind die folgenden beiden Fragen zu beantworten: Wann sind Berichterstattungsnormen operational und wie ist das Soll-Objekt zur Beurteilung der tatsächlichen Informationsversorgung bei nicht-operationalen Berichterstattungsnormen zu ermitteln?

a) Notwendigkeit einer Gesetzesauslegung bei nicht-operationalen Normen zur Beurteilung der Ist-Berichterstattung

Zunächst wollen wir die Frage beantworten, wie operationale Normen zu charakterisieren sind. Operational bedeutet, daß "beobachtbare Ereignisse g e n a u spezifiziert werden müssen, d. h. es muß möglich sein, die Designata intersubjektiv einheitlich festzustellen, anders gesagt: jede Person muß in gleicher Weise ein Wort irgendwelchen Objekten oder Merkmalen zuschreiben oder nicht zuschreiben."¹⁾ Die Operationalität von Begriffen ist demnach dann gegeben, wenn die "Feststellungsoperationen zur sinnlichen Wahrnehmung der Begriffsgegenstände bzw. ihrer Attribute definiert sind."²⁾

Operationale Berichterstattungsnormen liegen demnach dann vor, wenn der Gesetzgeber die darin verwendeten Begriffe so gewählt hat, daß Art und Umfang der durch die Unternehmen zu erfolgenden Informationsversorgung eindeutig bestimmt ist. Ermessensspielräume, wie oder ob überhaupt eine Berichterstattung zu erfolgen hat, dürfen nicht bestehen. Operationalität ist dann gegeben, wenn eine aktienrechtliche Norm z.B. folgenden Wortlaut hätte: Im Konzerngeschäftsbericht hat die Konzernobergesellschaft für den Fall von Beteiligungen über 25 % an den Konzernunternehmen den Beteiligungsprozentsatz anzugeben.³⁾

-
- 1) OPP, Karl-Dieter: Methodologie der Sozialwissenschaften. Einführung in Probleme ihrer Theoriebildung, Reinbek bei Hamburg 1970, S. 132. Das zur Kennzeichnung bestimmter Phänomene der Realität gewählte Wort wird als "Zeichen" bezeichnet, die ihm zugeordneten Objekte oder Merkmale als "Designata". Die Zuordnung von "Designata" zu einem "Zeichen" ergibt ein "Begriff"; vgl. ebenda, S. 89 f.
 - 2) WILD, Jürgen: Grundlagen und Probleme der betriebswirtschaftlichen Organisationslehre. Entwurf eines Wissenschaftsprogramms, Berlin 1966, S. 47
 - 3) Die Norm ist im Hinblick auf die Angabe des Beteiligungsprozentsatzes natürlich nur dann operational, wenn auch die Begriffe Konzernobergesellschaft und Konzernunternehmen eindeutig sind.

Wenn wir nun die wesentliche Vorschrift zur Berichterstattung über die Unternehmensverbindungen - § 160 Abs. 3 Nr. 10 - betrachten, wonach Angaben über "die rechtlichen und geschäftlichen Beziehungen zu verbundenen Unternehmen mit Sitz im Inland" zu machen sind, wird erkennbar, daß die Norm nicht operational ist, da der Begriff "rechtliche und geschäftliche Beziehungen" für sich genommen nicht eindeutig ist. § 160 Abs. 3 Nr. 10 hat Generalnormcharakter und ist deshalb auslegungsbedürftig.

Unter Auslegung versteht man "die Sinndeutung einer inhaltlich unklaren oder mehrdeutigen Bestimmung." ¹⁾ Die Rechtswissenschaft verwendet dazu folgende Methoden: Die Auslegung nach dem Wortlaut, insbesondere nach dem Sprachsinn (die grammatische Auslegung), die Auslegung aus dem logischen Zusammenhang, die sich nach der Stellung einer Bestimmung im Gesetz und nach ihrem Zusammenhang mit anderen Bestimmungen im Gesetz orientiert (die systematische Auslegung) und die Auslegung aus der ratio, dem Zweck des Gesetzes (die teleologische Auslegung). ²⁾

Für den Fall der Generalklausel des § 160 Abs. 3 Nr. 10 ist die Anwendung der teleologischen Auslegungsmethode erforderlich. BARTHOLOMEYCZIK gibt uns dazu folgenden Hinweis: "Einen besonderen stetigen Rückgriff auf den rechtspolitischen Zweck einer gesetzlichen Vorschrift, meist sogar eines ganzen Rechtsinstituts oder einer gesetzlichen Gesamtregelung erfordern die

1) SCHUMANN, Hans: a.a.O., S. 107 (im Original gesperrt gedruckt)

2) Zur Auslegungsmethodik vgl. ebenda, S. 107 ff.; BARTHOLOMEYCZIK, Horst: Die Kunst der Gesetzesauslegung, 4. Aufl., Frankfurt am Main 1967, S. 18 ff.; HECK, Philipp: Gesetzesauslegung und Interessenjurisprudenz, in: Studien und Texte zur Theorie und Methodologie des Rechts, hrsg. v. ESSER, Josef, Bad Homburg vor der Höhe - Berlin - Zürich 1968, S. 46 ff.; LARENZ, Karl: Methodenlehre der Rechtswissenschaft, 2. völlig neu bearbeitete Aufl., Berlin - Heidelberg - New York 1969, S. 291 ff. Die oft auch genannte historische Auslegung verbindet sich weitgehend mit der teleologischen Methode, vgl. ENGISCH, Karl: a.a.O., S. 81

sogenannten Generalklauseln." ¹⁾ CAPELLE betont die grundsätzliche Eignung der teleologischen Interpretation mit folgender Feststellung: "Schließlich ist der Sinn und Zweck der Norm ins Auge zu fassen, nur eine teleologische Auslegung kann zum Ziele führen." ²⁾

Als "Erkenntnisquellen rechtspolitischer Zielsetzung" ³⁾ kommen insbesondere die Gesetzesmaterialien in Betracht, wobei diese umso wertvoller sind, je jünger das Gesetz ist. ⁴⁾ Den Zweck des Aktiengesetzes 1965 können wir der allgemeinen Begründung des Regierungsentwurfs entnehmen, wo es heißt:

"Entsprechend der allgemeinen Aufgabe des Aktienrechts, die Aktionäre und Gläubiger der einzelnen Gesellschaft angemessen zu schützen und die Verhältnisse der Gesellschaft durch Publizitätsvorschriften erkennbar zu machen, muß es sich auf konzernrechtlichem Gebiet darauf beschränken, die Unternehmensverbindungen rechtlich zu erfassen, sie durch Publizitätsvorschriften durchsichtig zu machen und Schutzvorschriften für die außenstehenden Aktionäre und Gläubiger der verbundenen Unternehmen zu treffen." ⁵⁾

An einer anderen Stelle heißt es, daß "die Aktionäre, die Gläubiger und die Öffentlichkeit über geplante und bestehende

1) BARTHOLOMEYCIK, Horst: a.a.O., S. 69; auch SEEMANN entscheidet sich bei der Auslegung der Generalklausel des § 160 Abs. 2 für die teleologische Interpretation, vgl. SEEMANN, Hans-Jürgen: a.a.O., S. 55

2) CAPELLE, Karl-Herrmann: Zum Verhältnis von Gesetz und Rechtswirklichkeit in der Wirtschaft, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 5. Jahr, hrsg. v. ORTLIEB, Heinz-Dietrich, Tübingen 1960, S. 46; ähnlich LARENZ, Karl: a.a.O., S. 321

3) BARTHOLOMEYCIK, Horst, a.a.O., S. 52

4) Vgl. ebenda, S. 53

5) Begründung des Regierungsentwurfs, abgedruckt bei: KROFFT, Bruno: Aktiengesetz, a.a.O., S. 16

Konzernverbindungen besser zu unterrichten und die vielfach auch für die Unternehmensleitung selbst nicht erkennbaren wahren Machtverhältnisse in der Gesellschaft deutlicher" ¹⁾ hervorzuheben sind.

Die Zwecksetzung des Gesetzes ist damit in der O f f e n - l e g u n g der Unternehmensverbindungen zum Schutz der Aktionäre, Gläubiger und zur Unterrichtung der Öffentlichkeit ²⁾ zu sehen. Die Informationen sollen demnach so umfassend sein, daß sich die Adressaten ein Bild über die Beeinflussung der rechtlichen und wirtschaftlichen Lage durch die Beziehung zu einem verbundenen Unternehmen machen können.

Der Prüfung der Hypothese H 1 anhand mehrerer Berichtsbestände werden im folgenden jeweils Ausführungen vorangestellt, die den Umfang der Soll-Informationsversorgung durch die Unternehmen mit Hilfe der teleologischen Auslegungsmethode aus der Generalklausel des § 160 Abs. 3 Nr. 10 festlegen sollen.

b) Die Befunde

ba) Berichterstattung über die Art der Verbindung

baa) Angabe einer der nach § 15 AktG möglichen Verbindungen

§ 160 Abs. 3 Nr. 10 verlangt u.a. Angaben über die "rechtlichen Beziehungen" zu verbundenen Unternehmen mit Sitz im Inland. Der Begriff "rechtliche Beziehungen" ist für sich genommen nicht operational, d.h. der Umfang der Soll-Informationsversorgung ist durch eine teleologische Gesetzesauslegung zu ermitteln.

1) KROPFF, Bruno: Aktiengesetz, a.a.O., S. 38

2) Zur Öffentlichkeit als Publizitätsadressat vgl. HOFSTÄTTER, Peter R.: Die Öffentlichkeit als Adressat der Publizität, in: Das Frankfurter Publizitätsgespräch, Frankfurt am Main 1962, S. 74 ff.

Zunächst ist folgendes Problem im Bereich der Berichterstattung über die rechtlichen Beziehungen zu lösen: Entspricht eine Informationsversorgung in der Form "wir sind ein im Verhältnis zu den Unternehmen A, B und C verbundenes Unternehmen i.S. des § 15 AktG" der ratio des Gesetzes oder ist die Angabe erforderlich, welcher der in § 15 aufgezählten Tatbestände im Verhältnis zu den verbundenen Unternehmen vorliegt?

Die Intention des Gesetzgebers, die Unternehmensverbindungen durch Publizierungsvorschriften transparent zu machen, verlangt u.E. unzweifelhaft eine Informationsversorgung, die über die Art der Verbindung Auskunft gibt. Die Beurteilung der Beeinflussung der wirtschaftlichen Stellung seiner Gesellschaft durch die Beziehung zu einem verbundenen Unternehmen wird einem Aktionär nur dann möglich sein, wenn er weiß, ob seine Gesellschaft z.B. abhängig oder herrschendes Unternehmen ist.

Das Ergebnis unserer teleologischen Interpretation wird durch einen Blick in die Gesetzesmaterialien bzw. Fachliteratur bestätigt. In der Begründung zum Regierungsentwurf heißt es: "Über die rechtlichen Beziehungen zu verbundenen Unternehmen zu berichten, bedeutet vor allem, daß die rechtliche Grundlage der Verbundenheit mit dem anderen Unternehmen anzugeben ist ..." ¹⁾ Damit wird deutlich, daß mit einer bloßen Aufzählung der Gesellschaften, mit denen das Unternehmen verbunden ist, das Gesetz nicht befolgt wird. MELLEROWICZ verlangt "einen Bericht über die rechtlichen Grundlagen des gegenwärtigen Verhältnisses zwischen Aktiengesellschaft und verbundenem Unternehmen, insbesondere welcher der Tatbestände der §§ 16 - 19 gegeben ist." ²⁾ Der Sonderausschuß Neues Aktien-

1) KROPFF, Bruno: Aktiengesetz, a.a.O., S. 261

2) MELLEROWICZ, Konrad: Aktiengesetz, Großkommentar, 2. Bd., 3. Aufl., Berlin 1970, § 160 Anm. 44; ähnlich ERTNER, Ulrich: Der Geschäftsbericht als Instrument erweiterter aktienrechtlicher Rechnungslegung, Berlin 1960, S. 86

recht des Instituts der Wirtschaftsprüfer, das die Meinung vertritt, bei der Berichterstattung über die rechtlichen Beziehungen "muß die jeweils wichtigste Form der Unternehmensverbindung ... erkennbar gemacht werden, " ¹⁾ ist genauso zu interpretieren.

Die Befolgungsprüfung hat damit folgende Soll-Informationsversorgung zugrundelegen: Die Berichterstattung über die rechtlichen Beziehungen zu verbundenen Unternehmen muß die Art der Verbindung, d.h. einen der in § 15 aufgezählten Tatbestände erwähnen.

Die nicht-operationale Gesetzesregelung veranlaßt uns jedoch, die folgende Hypothese zu formulieren:

SUBHYPOTHESE H 1.1.:

Die Art der Verbindung wird von weniger als 75 % der Unternehmen angegeben.

Tabelle 4

Berichterstattung über die Art der Verbindung *

Erhebungsmerkmale	Häufigkeit der Merkmale	
	abs.	in v.H.
A Die Art der Verbindung wird in allen Fällen angegeben	119	70,8
B Die Art der Verbindung wird nicht in allen Fällen angegeben, und zwar:	29	17,3
1. zu ausländischen Unternehmen	(2)	(1,2)
2. zu inländischen Unternehmen	(27)	(16,1)
C Die Art der Verbindung wird nicht angegeben	<u>20</u> <u>168</u>	<u>11,9</u> <u>100,0</u>
Unternehmen ohne Verbindung i.S. des § 15	<u>42</u> <u>210</u>	

* In die Untersuchung sind die Gesellschaften einbezogen, die in ihrer Bilanz "Forderungen an verbundene Unternehmen" und/oder "Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen" ausweisen.

1) IdW: Sonderausschuß Neues Aktienrecht: Stellungnahme NA 2/1968 - Zum Inhalt des Geschäftsberichts nach § 160 Abs. 3 und 4 AktG 1965, abgedruckt in: WPg 1968, S. 22; ähnlich ADLER - DÜRING - SCHMALTZ: a.a.O., Bd. 1, § 160 Tz. 200

Der Befund zeigt, daß 1,2 % der Gesellschaften die Art der Verbindung mit ausländischen Unternehmen nicht angeben; diese Berichterstattung ist durch das Gesetz gedeckt, das nur Angaben über rechtliche Beziehungen zu Unternehmen mit Sitz im Inland verlangt.

Die Informationsversorgung der 28,0 % der Gesellschaften, welche die Art der Verbindung mit inländischen Unternehmen nicht bzw. nicht in allen Fällen ¹⁾ angeben, entspricht nach unseren bisherigen Ausführungen nicht den gesetzlichen Anforderungen. Gegenüber dieser Beurteilung erscheinen jedoch Bedenken aufgrund der Schutzklausel des § 160 Abs. 4 Satz 3 gerechtfertigt. Bei der Berichterstattung über die rechtlichen und geschäftlichen Beziehungen zu verbundenen Unternehmen brauchen nach dieser Vorschrift "Einzelheiten insoweit nicht angegeben zu werden, als nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung damit gerechnet werden kann, daß durch die Angaben der Gesellschaft oder einem verbundenen Unternehmen erhebliche Nachteile entstehen." Wenn auch an die Voraussetzungen für die Anwendung der Schutzklausel ²⁾ scharfe Anforderungen zu stellen sind, ³⁾ so ist es ohne weiteres denkbar, daß das Bekanntwerden der Art der Verbindung mit dem verbundenen Unternehmen für die berichtende Gesellschaft von erheblichem Nachteil wäre. ⁴⁾

1) Diese Unternehmen geben nur bei einem Teil der Unternehmen, die sie als verbunden i.S. von § 15 bezeichnen, die Art der Verbindung an.

2) Aufschlußreich ist die Tatsache, daß die Schutzklausel des § 128 Abs. 3 AktG 1937 sowohl im Referentenentwurf als auch im Regierungsentwurf zum Aktiengesetz ersatzlos gestrichen war. Die Begründung zum Regierungsentwurf stellt fest: "Mit der Aufgabe des Geschäftsberichts wäre es unvereinbar, wenn die Verwaltung im Geschäftsbericht Tatsachen, deren Angabe in § 160 gefordert wird, unter Berufung auf überwiegende Belange der Gesellschaft oder eines verbundenen Unternehmens ... verschweigen könnte." KROPFF, Bruno: Aktiengesetz, a.a.O., S. 262. Erst in der zweiten Lesung des Gesetzes im Bundestag wurde die Schutzklausel in der jetzigen Fassung in das Gesetz aufgenommen.

3) Vgl. ADLER - DÜRING - SCHMALTZ: a.a.O., Bd. 1, § 160 Tz. 10

4) Vgl. ebenda, § 160 Tz. 206

Als außenstehender Leser des Geschäftsberichts können wir i.d.R. nicht feststellen, ob die 28,0 % der Gesellschaften, welche die Art der Verbindung nicht bzw. nicht in allen Fällen angeben, sich auf die Schutzklausel berufen haben. Die Entscheidung über die Hypothesenbewährung in diesem Bereich erscheint deshalb zunächst nicht möglich zu sein.

§ 160 Abs. 4 Satz 4 hilft uns jedoch weiter. Danach ist im Geschäftsbericht anzugeben, daß z.B. für Angaben über die rechtlichen Beziehungen zu verbundenen Unternehmen von der Schutzklausel nach Satz 3 der Vorschrift Gebrauch gemacht worden ist. Bei der Anwendung der Schutzklausel wird der Leser des Geschäftsberichts also darauf hingewiesen, daß ihm etwas verschwiegen worden ist. Damit ermöglicht uns die angeführte Vorschrift zu entscheiden, ob sich unsere Hypothese bewährt hat.

Eine Überprüfung der oben angeführten 28 % der Gesellschaften hat zu dem Ergebnis geführt, daß keines dieser Unternehmen in seinem Geschäftsbericht auf den Gebrauch der Schutzklausel hingewiesen hat. Damit kann unsere Subhypothese H 1.1. nicht falsifiziert werden, da weniger als 75 % der untersuchten Gesellschaften das Gesetz befolgen.

bab) Berichterstattung über die Abhängigkeitsvermutung des
§ 17 Abs. 2 AktG

Die Abhängigkeit, ¹⁾ die gemäß § 17 Abs. 1 dann gegeben ist, wenn auf rechtlich selbständige Unternehmen "ein anderes Unter-

1) Zum Begriff der Abhängigkeit vgl. PRÜHS, Hagen: Grundprobleme der aktienrechtlichen Abhängigkeit im Spiegel der neuen Literatur, in: AG 1972, S. 308 ff. Auf die Schwierigkeit, "Herrschermacht" und "Abhängigkeit" zu konkretisieren, weist KELLMANN hin, vgl. KELLMANN, Christof: Zum "faktischen Konzern" - Auslegungsfragen und Reformüberlegungen, in: ZGR 1974, S. 227

nehmen (beherrschendes Unternehmen) unmittelbar oder mittelbar einen beherrschenden Einfluß ausüben kann," kann auf verschiedenen Tatbeständen beruhen. Die Möglichkeit der Beherrschung besteht besonders beim Vorliegen einer Mehrheitsbeteiligung.

Der Gesetzgeber stellt deshalb auch bei einem in Mehrheitsbesitz stehenden Unternehmen die widerlegbare ^{1) 2)} Vermutung auf, daß es von dem mit Mehrheit beteiligten Unternehmen abhängig ist (§ 17 Abs. 2). "Grundgedanke dieser Regelung ist die Erwägung, daß ein mit Mehrheit beteiligtes Unternehmen im allgemeinen in der Lage ist, auf das in Mehrheitsbesitz stehende Unternehmen beherrschenden Einfluß auszuüben, sei es durch entsprechende Besetzung des Aufsichtsrats und damit mittelbar auch des Vorstands, sei es auf andere Weise außerhalb der gesellschaftsrechtlichen Zuständigkeitsordnung (z.B. durch direkte Einflußnahme auf die Entscheidungen des Vorstands)." ³⁾

1) Der Regierungsentwurf hatte zunächst im Falle einer Mehrheitsbeteiligung eine unwiderlegbare Abhängigkeitsvermutung vorgesehen; der Gesetzgeber hat sich später jedoch für die widerlegbare Vermutung entschieden, weil sich insbesondere bei internationalen Gemeinschaftsgründungen und bei der Beteiligung familienfremder Unternehmen an Familiengesellschaften vertragliche Verpflichtungen finden, die Verwaltungsrechte nur aus einem Teil der Aktien auszuüben, vgl. KROPFF, Bruno: Aktiengesetz, a.a.O., S. 28

2) Neben dieser widerlegbaren Vermutung wird im Konzernrecht der Societas Europaea nach Art. 6 eine Abhängigkeit u n w i d e r l e g l i c h vermutet bei der Möglichkeit des herrschenden Unternehmens

- a) "über mehr als die Hälfte der Stimmrechte in dem anderen Unternehmen zu verfügen;
- b) mehr als die Hälfte der Mitglieder des Geschäftsführungs- oder Kontrollorgans des anderen Unternehmens zu bestellen;
- c) aufgrund von Verträgen einen überwiegenden Einfluß auf die Geschäftsführung des anderen Unternehmens auszuüben".

Zum Vergleich dieser Regelung mit § 17 Abs. 2 vgl. v. BURCHARD, Fridemann und HÜPPE, Ulrich: Das Konzernrecht der Europäischen Aktiengesellschaft - Vergleich und Auswirkungen auf deutsches Aktienrecht, in: Freundesgabe für Hans HENGELER zum 70. Geburtstag, hrsg. v. BERNHARDT, Wolfgang u.a., Berlin - Heidelberg - New York 1972, S. 50 ff.

3) IdW: Wirtschaftsprüfer-Handbuch 1973, Düsseldorf 1973, S. 1365

Die Abhängigkeitsvermutung kann nach h.M. nicht allein durch den Nachweis widerlegt werden, daß das mit Mehrheit beteiligte Unternehmen tatsächlich keinen beherrschenden Einfluß auf das in Mehrheitsbesitz stehende Unternehmen ausübt. Dies ergibt sich schon aus dem Abhängigkeitsbegriff, der lediglich die Möglichkeit der Ausübung beherrschenden Einflusses voraussetzt. ¹⁾

Die Widerlegung der Abhängigkeitsvermutung kann vor allem durch die Ausschaltung der mit einer Mehrheitsbeteiligung verbundenen Möglichkeit, aufgrund der gesellschaftsrechtlichen Bestimmungen den Aufsichtsrat und damit mittelbar den Vorstand zu besetzen, erfolgen. Die einflußsichernden Mehrheitsrechte können in erster Linie durch Satzungsbestimmungen und durch Verträge ausgeschaltet werden. ²⁾

Zur Widerlegung der Abhängigkeitsvermutung muß die Satzung Bestimmungen enthalten, nach denen eine betragsmäßige Stimmrechtsbeschränkung eingreift (§ 134) oder die Mehrheitsbeteiligung teilweise aus Vorzugsaktien ohne Stimmrecht besteht (§ 12 Abs. 1) oder die Aktien anderer Aktionäre mit Mehrstimmrechten ausgestattet sind (§ 12 Abs. 2). Die Abhängigkeitsvermutung kann auch durch eine Satzungsbestimmung widerlegt werden, wonach der Aufsichtsrat mit einer qualifizierten Mehrheit zu wählen ist, die das mit Mehrheit beteiligte Unternehmen nicht erreicht.

1) Vgl. IdW: Wirtschaftsprüfer-Handbuch 1973, a.a.O., S. 1366 und die dort angegebene Literatur; ausnahmsweise können die rein tatsächlichen Verhältnisse zur Widerlegung ausreichen, wenn z.B. die Ausübung beherrschenden Einflusses auf eine ausländische Tochter aufgrund von Maßnahmen des Sitzstaates unmöglich ist, vgl. ADLER - DÜRING - SCHMALTZ: a.a.O., Bd. 1, Vorbem. zu §§ 311 - 313 Tz. 47

2) Vgl. IdW: Wirtschaftsprüfer-Handbuch 1973, a.a.O., S. 1366 ff. BIEDENKOPF, Kurt H. / KOPPENSTEINER, Hans-Georg: Kölner Kommentar zum Aktiengesetz, 1. Lieferung, Köln - Berlin - Bonn - München 1970, § 17 Anm. 24; ADLER - DÜRING - SCHMALTZ: a.a.O., Bd. 1, Vorbem. zu §§ 311 - 313 Tz 48 ff.

Vertragliche Bestimmungen sind dann eine geeignete Grundlage für die Widerlegung der Abhängigkeitsvermutung, wenn der Mehrheitsaktionär dadurch gehindert wird, die Aufsichtsratsmitglieder nach eigenem Willen zu bestimmen. Dies kann in erster Linie durch die Vereinbarung von Zustimmungserfordernissen oder durch den vertraglichen Verzicht auf die Ausübung des Stimmrechts aus einem Teil der Aktien geschehen.

Es kann jedoch nicht allein vom Vorhandensein vertraglicher Vereinbarungen und Satzungsbestimmungen, welche die Rechte des Mehrheitsaktionärs beschränken, "sondern nur von dem Gesamtbild der Beziehungen zwischen den Unternehmen abhängen, ob eine Mehrheitsbeteiligung ausnahmsweise in Tat und Wahrheit keinen beherrschenden Einfluß gewährt." ¹⁾ Dies bedeutet, daß die Einhaltung der Satzungsbestimmungen oder bestehende Verträge nach Wortlaut und Zweck überprüft werden müssen. Außerdem ist festzustellen, ob sonstige Beherrschungsmittel dem mit Mehrheit beteiligten Unternehmen zur Verfügung stehen. ^{2) 3)}

1) KROPFF, Bruno: Aktiengesetz, a.a.O., S. 29

2) Vgl. ADLER - DÜRING - SCHMALTZ: a.a.O., Bd. 1, Vorbem. zu §§ 311 - 313 Tz. 56; der Auffassung von BIEDENKOPF / KOPPENSTEINER, wonach die Feststellung, ob dem mit Mehrheit beteiligten Unternehmen nicht sonstige Beherrschungsmittel zur Verfügung stehen, zur Widerlegung der Abhängigkeitsvermutung des § 17 Abs. 2 nicht erforderlich ist (vgl. BIEDENKOPF, Kurt H. / KOPPENSTEINER, Hans-Georg: a.a.O., § 17 Anm. 23), kann u.E. nicht zugestimmt werden. Dies ergibt sich aus dem Bericht des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages zu § 16, der auf die Maßgeblichkeit des Gesamtbildes der Beziehungen ausdrücklich hinweist, vgl. KROPFF, Bruno: Aktiengesetz, a.a.O., S. 29

3) Zum Nachweis, daß die tatsächliche Abhängigkeit unter den aktienrechtlichen Abhängigkeitsbegriff fällt, vgl. PRÜHS, Hagen: Die tatsächliche Abhängigkeit aus aktienrechtlicher Sicht, in: DB 1972, S. 2001 ff.

Nach der Erläuterung der Tatbestände, die eine Widerlegung der Abhängigkeitsvermutung ermöglichen können, ist zu untersuchen, wie die Unternehmen den gesetzlichen Anforderungen entsprechend über die Abhängigkeitsvermutung des § 17 Abs. 2 zu berichten haben, d.h. wie die Soll-Informationsversorgung aussehen sollte. Dem Gesetzestext selbst ist kein Hinweis zu entnehmen, so daß wir auch in diesem Fall auf eine Auslegung des § 160 Abs. 3 Nr. 10 angewiesen sind.

Es ist zunächst die Frage zu prüfen, ob die Berichterstattung eines Unternehmens im Geschäftsbericht, es stehe im Mehrheitsbesitz einer anderen Gesellschaft, ausreicht, wenn darüber hinaus keine Informationen gegeben werden, ob es aufgrund der Abhängigkeitsvermutung zugleich abhängig ist oder nicht.¹⁾ Bei der Beantwortung dieser Frage ist zu beachten, daß die Unternehmen "alles zu vermeiden (haben), was eine Verschleierung der rechtlichen Beziehungen bedeuten könnte."²⁾

Da die Berichterstattung über die Abhängigkeitsvermutung nicht operational geregelt ist, bleibt der Leser des Geschäftsberichts bei dieser Art der Informationsversorgung im unklaren darüber, welche Art der Unternehmensverbindung eigentlich gegeben ist. Der Informationsempfänger kann einerseits die Überlegung anstellen, daß das berichtende Unternehmen nur in Mehrheitsbesitz steht, d.h. nicht abhängig ist, da jeweils die wichtigste Form der Unternehmensverbindung erkennbar gemacht

1) Analoge Überlegungen sind zur Berichterstattung des Unternehmens anzustellen, das lediglich darauf hinweist, daß es an einer anderen Gesellschaft mit Mehrheit beteiligt ist, ohne darüber zu informieren, ob es zugleich herrschend ist.

2) MELLEROWICZ, Konrad: a.a.O., § 160 Anm. 45

werden soll, ¹⁾ andererseits kann er zu der Überzeugung gelangen, daß die Gesellschaft abhängig ist, da eine Widerlegung der Vermutung nicht angegeben wird. ²⁾

Dem Zweck des Gesetzes, der Offenlegung der Unternehmensverbindungen kann diese Ungewißheit keinesfalls entsprechen. Der Unklarheit steht die Forderung entgegen, daß die Berichterstattung durch die Unternehmen für die Informationsempfänger eindeutig sein soll. "Adequate disclosure demands that the information be presented in a form which fosters understandability." ³⁾ Die vom Gesetzgeber beabsichtigte Transparenz erfordert erstens, daß der Geschäftsbericht des in Mehrheitsbesitz stehenden Unternehmens seinen Leser darüber informiert, ob zugleich eine Abhängigkeit besteht. ⁴⁾ Eine Informationsversorgung in der Form, daß lediglich angegeben wird, das Unternehmen stehe in Mehrheitsbesitz, ohne auf die Vermutung des § 17 Abs. 2 einzugehen, entspricht nicht den gesetzlichen Anforderungen. Zweitens wird der geforderten Offenlegung der rechtlichen Beziehungen im Falle der Widerlegung der Vermutung nur dann entsprochen, wenn einer der oben angeführten Tatbestände zur Widerlegung, also z.B. die vertraglichen Vereinbarungen oder Satzungsbestimmungen, im Geschäftsbericht angegeben werden. ⁵⁾ Eine Widerlegung der Vermutung ohne Angabe der Begründung im Geschäftsbericht kann demnach nicht i.S. des Gesetzgebers sein.

- 1) Vgl. IdW; Stellungnahme NA 2/1968, a.a.O., S. 22
- 2) Diese Überlegung könnte an die nicht ganz eindeutigen Ausführungen von ADLER - DÜRING - SCHMALTZ anschließen, die eine Berichterstattung über die Vermutung des § 17 Abs. 2 anscheinend nur für den Fall der Widerlegung für "zweckmäßig" erachten, vgl. ADLER - DÜRING - SCHMALTZ: a.a.O., Bd. 1, § 160 Tz. 199
- 3) BUZBY, Stephan L.: The nature of adequate disclosure, in: JoA, April 1974, S. 45
- 4) Die Bedeutung der Information, ob eine Abhängigkeit vorliegt oder nicht, wird insbesondere durch die Betrachtung der Pflichten erkennbar, die für abhängige, jedoch nicht für in Mehrheitsbesitz stehende Unternehmen gelten, vgl. dazu HAVERMANN, Hans: Die verbundenen Unternehmen, a.a.O., S. 38 ff.
- 5) So auch Institut der Wirtschaftsprüfer e.V. - Sonderausschuß Neues Aktienrecht: Stellungnahme NA 4/1968 - Zur Widerlegung der Abhängigkeitsvermutung nach § 17 Abs. 2 AktG, abgedruckt in: WPg 1968, S. 43

Die empirische Analyse der Berichterstattung über die Vermutung des § 17 Abs. 2 betrachtet sowohl die Gesellschaften, welche in ihrem Geschäftsbericht auf eine Mehrheitsbeteiligung hingewiesen haben als auch die Unternehmen, die erkennbar gemacht haben, daß sie eine in Mehrheitsbesitz stehende Gesellschaft sind. Wir vermuten jedoch, daß sich unsere Hypothese H 1 nur bei den Gesellschaften bestätigen wird, die eine Mehrheitsbeteiligung halten.

Unsere Vermutung beruht darauf, daß für die in Mehrheitsbesitz stehenden Unternehmen, die tatsächlich abhängig sind, eine operationale Vorschrift besteht, auf das Abhängigkeitsverhältnis hinzuweisen. Diese Gesellschaften werden nämlich durch § 312 Abs. 3 Satz 3, falls kein Beherrschungsvertrag ¹⁾ besteht, verpflichtet, in den Geschäftsbericht die Schlußerklärung des Berichts des Vorstands über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen (Abhängigkeitsbericht) aufzunehmen. Sie werden es demnach nicht bei einem Hinweis bewenden lassen können, daß sie in Mehrheitsbesitz stehen. Damit wird die nicht-operational geregelte Berichterstattung über die Vermutung des § 17 Abs. 2 durch die operationale Vorschrift des § 312 Abs. 3 Satz 3 für die genannten Gesellschaften "korrigiert".

Die nicht-operational geregelte Berichterstattung der mit Mehrheit beteiligten Unternehmen veranlaßt uns, folgende Hypothese aufzustellen:

SUBHYPOTHESE H 1.2.:

Über die Vermutung des § 17 Abs. 2 wird von weniger als 75 % der mit Mehrheit beteiligten Unternehmen berichtet.

1) Der Vorstand einer abhängigen Gesellschaft hat gem. § 312 Abs. 1 Satz 1 nur dann einen Abhängigkeitsbericht aufzustellen, wenn kein Beherrschungsvertrag besteht.

Wir wollen dennoch auch die Informationsversorgung durch die in Mehrheitsbesitz stehenden Unternehmen über die Abhängigkeitsvermutung in diesem Teil der Arbeit analysieren, um im direkten Vergleich feststellen zu können, ob sich unsere Vermutung der unterschiedlichen Intensität der Gesetzesbefolgung bei operationalen bzw. nicht-operationalen Berichterstattungsnormen bestätigt.

Der Befund zeigt, daß sich bei der Berichterstattung über die Abhängigkeitsvermutung des § 17 Abs. 2 bei den mit Mehrheit beteiligten Unternehmen die Subhypothese H 1.2. bewährt hat. Nur 52,2 % ¹⁾ der Gesellschaften, die den Besitz einer Mehrheitsbeteiligung im Geschäftsbericht angeben - damit werden die von uns für eine Gesetzesbefolgung verlangten 75 % bei weitem nicht erreicht - entsprechen den gesetzlichen Anforderungen. Die 47,8 % ²⁾ der Unternehmen, die auf die Abhängigkeitsvermutung im Geschäftsbericht nicht eingehen, lassen den Informationsempfänger - unter Nichtbeachtung des Gesetzeszwecks - darüber im unklaren, ob die Gesellschaft herrschend ist oder nicht. ³⁾

Die Analyse der Geschäftsberichte der in Mehrheitsbesitz stehenden Unternehmen zeigt deutlich den Einfluß einer operationalen Berichterstattungsnorm auf die Intensität der Gesetzesbefolgung; bei 95,3 % der Gesellschaften (Tabelle 5, B 1. und 2.) ist eindeutig erkennbar, ob sie abhängig sind oder lediglich in Mehrheitsbesitz stehen. Unsere Vermutung, daß die operationale Vorschrift des § 312 Abs. 3 Satz 3 eine restriktive Informationsversorgung durch die Unternehmen verhindern wird, hat sich als richtig erwiesen: bei 62,8 % der in Mehrheitsbesitz stehenden Gesellschaften, welche die Vermutung des § 17 Abs. 2 bestätigen, ist lediglich aufgrund der Schlußerklärung des Abhängigkeitsberichts erkennbar, daß sie abhängig sind.

1) Vgl. Tabelle 5, Fußn. 4)

2) Vgl. ebenda; alle diese Gesellschaften berichten über Mehrheitsbeteiligungen an inländischen Unternehmen.

3) Vgl. dazu auch das Ergebnis der Querverbindungsuntersuchung, Tabelle 20, A 2. (S. 135 der Arbeit)

Tabelle 5

Berichterstattung über die Abhängigkeitsvermutung des § 17 Abs. 2 AktG

Erhebungsmerkmale	Häufigkeit der Merkmale	
	abs.	in v.H.
A BERICHTERSTATTUNG DER MIT MEHRHEIT BETEILIGTEN UNTERNEHMEN		
1. Die Vermutung des § 17 Abs. 2 AktG wird bestätigt, und zwar durch:	37 ¹⁾	53,6
a) speziellen Hinweis auf die Vermutung	(6) ¹⁾	(16,2)
b) Hinweis auf Konzernunternehmen	(26) ¹⁾	(70,3)
c) sonstige Begründung ²⁾	(7) ¹⁾	(18,9)
2. Die Vermutung des § 17 Abs. 2 AktG wird widerlegt (mit Begründung ³⁾)	2 ¹⁾	2,9
3. Die Vermutung des § 17 Abs. 2 AktG wird widerlegt (ohne Begründung)	-	-
4. Auf die Vermutung des § 17 Abs. 2 AktG wird nicht eingegangen	34 ¹⁾	49,3
	<u>69</u>	<u>100,0</u>
	=====	=====
Unternehmen ohne Mehrheitsbeteiligung	141	
	<u>210</u>	
B BERICHTERSTATTUNG DER IN MEHRHEITSBESITZ STEHENDEN UNTERNEHMEN		
1. Die Vermutung des § 17 Abs. 2 AktG wird bestätigt, und zwar durch:	78	90,6
a) die Schlußerklärung des Abhängigkeitsberichtes	(49)	(62,8)
b) speziellen Hinweis auf die Vermutung	(3)	(3,9)
c) Hinweis auf Konzernunternehmen	(24)	(30,8)
d) sonstige Begründung ²⁾	(2)	(2,5)
2. Die Vermutung des § 17 Abs. 2 AktG wird widerlegt (mit Begründung ³⁾)	4	4,7
3. Die Vermutung des § 17 Abs. 2 AktG wird widerlegt (ohne Begründung)	-	-
4. Auf die Vermutung des § 17 Abs. 2 AktG wird nicht eingegangen	4	4,7
	<u>86</u>	<u>100,0</u>
	=====	=====
Unternehmen, die nicht in Mehrheitsbesitz stehen	124	
	<u>210</u>	

1) Die Erhebung führte zu Doppelzählungen.

2) Hier wurden Hinweise auf Beherrschungs-, Gewinnabführungs- und Organschaftsverträge erfaßt.

3) Die Gesellschaften wiesen auf vertragliche Stimmrechtsbeschränkung hin.

4) Hier wurde auch eine Mehrheitsbeteiligung an einem ausländischen Versicherungsunternehmen erfaßt. Wegen der sich nur auf die Beziehungen zu Unternehmen mit Sitz im Inland erstreckenden Berichterstattungspflicht ist eine Nicht-Gesetzesbefolgung lediglich in 33 Fällen (47,8 %) festzustellen.

Bemerkenswert erscheint uns das Ergebnis, daß die in den Beratungen des Aktiengesetzes sehr umstrittene Möglichkeit der Widerlegung der Abhängigkeitsvermutung ¹⁾ - der Regierungsentwurf sah eine unwiderlegbare Vermutung vor - in der Praxis fast überhaupt nicht genutzt wird. Damit können wir feststellen, daß die Widerlegung der Vermutung in der Realität nur geringe Bedeutung besitzt.

Die Berechtigung zu dieser Aussage leiten wir besonders ²⁾ von der Berichterstattung der in Mehrheitsbesitz stehenden Unternehmen ab; nur 4,7 % dieser Gesellschaften widerlegen die Vermutung des § 17 Abs. 2. Auch wenn die 4,7 % der Unternehmen, welche auf die Vermutung in ihrem Geschäftsbericht nicht eingehen, die Vermutung widerlegt haben sollten, ohne dies dem Leser des Geschäftsberichts mitzuteilen, läßt sich die oben angeführte Aussage u.E. aufrecht erhalten.

bac) Berichterstattung über die Konzernvermutung des § 18
Abs. 1 Satz 3 AktG

Das Aktiengesetz 1965 hat die Regelung des § 15 Abs. 2 AktG 1937 aufgegeben, wonach in Fällen der Abhängigkeit unwiderlegbar die Existenz eines Konzerns angenommen wurde, "weil es Abhängigkeitsverhältnisse gibt, die wegen Fehlens einer einheitlichen Leitung keinen Konzern darstellen." ³⁾

Herrschende Unternehmen werden jedoch, wie sich im Wirtschaftsleben zeigt, in aller Regel ihren Einfluß zur Konzernbildung ausnutzen. ⁴⁾ Daher wird im geltenden Recht gem. § 18 Abs. 1

1) Vgl. KROPFF, Bruno: Aktiengesetz, a.a.O., S. 29

2) Die Berichterstattung der mit Mehrheit beteiligten Unternehmen über die Abhängigkeitsvermutung läßt keine abschließende Beurteilung der Bedeutung der Widerlegung zu. Die 2,9 % der Unternehmen, die über eine Widerlegung der Vermutung berichten, lassen zwar den vorsichtigen Schluß auf deren geringe praktische Relevanz zu, doch die 47,3 % der Gesellschaften, die auf die Vermutung nicht eingehen, könnten bei dem Gesetzeszweck entsprechender Berichterstattung dieses Urteil korrigieren.

3) ADLER - DÜRING - SCHMALTZ: a.a.O., Bd. 7, Vorbem. zu §§ 311 - 313 Tz. 28

4) KROPFF, Bruno: Aktiengesetz, a.a.O., S. 33

Satz 3 von einem abhängigen Unternehmen - "gleichviel, worauf die Abhängigkeit beruht" ¹⁾ - vermutet, daß es mit dem herrschenden Unternehmen einen Konzern bildet. Die Konzernvermutung "gilt nur für den Unterordnungskonzern (§ 18 Abs. 1 AktG) und führt, wenn sie nicht widerlegt wird, immer zu einem faktischen Konzern." ²⁾

Da das konstitutive Merkmal des Konzerns die e i n h e i t l i c h e L e i t u n g ³⁾ bildet, ist es Aufgabe der Konzernleitung, "nachzuweisen, daß die Mittel, welche die Ausübung einer einheitlichen Leitung möglich machen, nicht dazu verwendet werden, und daß die Bereiche, in denen die einheitliche Leitung normalerweise sichtbar wird, ausschließlich und nachhaltig von dem uneingeschränkten Eigeninteresse des abhängigen Unternehmens gesteuert werden." ⁴⁾

Zur Lösung der vom Gesetzgeber nicht beantworteten Frage, welche Einzelnachweise für die Widerlegung der Konzernvermutung erforderlich sind, können der Literatur fast überhaupt keine Hinweise entnommen werden, da der Gesetzgeber - von wenigen Andeutungen in der Begründung des Regierungsentwurfs abgesehen - die an die einheitliche Leitung zu stellenden Anforderungen bewußt offengelassen hat. ⁵⁾ Lediglich BIEDENKOPF / KOPPENSTEINER führen als Beweismittel den Abhängigkeitsbericht einer Tochtergesellschaft auf, wenn dieser, "lediglich aus einem Negativattest,

1) ADLER - DÜRING - SCHMALTZ: a.a.O., Bd. 3 § 329 Tz. 33

2) Ebenda, Bd. 3, § 329 Tz. 33

3) Nach der Begründung des Regierungsentwurfs muß es als Zusammenfassung unter einheitlicher Leitung bereits angesehen werden, "wenn die Konzernleitung die Geschäftspolitik der Konzerngesellschaften und sonstige grundsätzliche Fragen ihrer Geschäftsführung aufeinander abstimmt." KROPFF, Bruno: Aktiengesetz, a.a.O., S. 33. Zum Wesen der einheitlichen Leitung vgl. auch die Ausführungen auf S. 118 f. der Arbeit.

4) ADLER - DÜRING - SCHMALTZ: a.a.O., Bd. 3, § 329 Tz. 34

5) Zum Versuch einer Präzisierung des Begriffs der einheitlichen Leitung unter betriebswirtschaftlichen Aspekten vgl. ALBACH, Horst: Die Organisation des Entscheidungsprozesses nach dem Aktiengesetz 1965, in: NB 1966, S. 33 f.; MEIER, Albert: Einheitliche Leitung im Konzern aus betriebswirtschaftlicher Sicht, in: WPg 1966, S. 570 ff. und GIESE, Rolf: Die Widerlegung der aktienrechtlichen Konzernvermutung, in: WPg 1974, S. 466 f.

d.h. der Erklärung besteht, daß keine berichtspflichtigen Rechtsgeschäfte oder Maßnahmen vorgelegen haben." ¹⁾

Aufgrund der vom Gesetzgeber absichtlich nicht vorgenommenen Konkretisierung des Begriffs der einheitlichen Leitung erscheint es nicht möglich zu sein, eine Kasuistik von Einzelstatbeständen aufzustellen, die eine Widerlegung der Konzernvermutung zulassen. Deshalb soll lediglich eine allgemeine Darstellung der Voraussetzungen gegeben werden, die für eine Widerlegung vorliegen müssen.

Im Gegensatz zu der Beherrschung nach § 17 ist es für das Vorliegen einer einheitlichen Leitung nicht entscheidend, ob die Konzernspitze die Möglichkeit der einheitlichen Leitung besitzt, sondern es kommt allein darauf an, ob sie tatsächlich ausgeübt wird. Deshalb ist eine Widerlegung der Konzernvermutung auch nur dann möglich, wenn der Nachweis geführt werden kann, daß eine "auf den Konzerngesamtzweck ausgerichtete Willensbildung und Willensdurchsetzung" ²⁾ tatsächlich nicht erfolgt ist. So können Verträge, welche die Ausübung der einheitlichen Leitung verhindern sollen, für sich allein nicht als Nachweis für die Nichtausübung anerkannt werden, denn damit hat sich das herrschende Unternehmen lediglich verpflichtet, seine Beherrschungsmöglichkeiten nicht zu gebrauchen. Die Konzernvermutung kann jedoch auch in diesen Fällen nur dann als widerlegt angesehen werden, wenn vertragskonformes Verhalten nachgewiesen wird. ³⁾

1) BIEDENKOPF, Kurt H. / KOPPENSTEINER, Hans-Georg: a.a.O., § 18 Anm. 13; der Beweiswert eines solchen Negativattests ist jedoch sehr gering einzustufen, vgl. GIESE, Rolf: a.a.O., S. 469

2) GIESE, Rolf: a.a.O., S. 467

3) Vgl. ADLER - DÜRING - SCHMALTZ: a.a.O., Bd. 3, § 329 Tz. 34; MEIER verlangt deshalb auch eine Darlegung der laufenden Beziehungen zwischen den beteiligten Unternehmen, vgl. MEIER, Albert: a.a.O., S. 570

Dies zeigt, daß die Schwierigkeiten der Widerlegung der Konzernvermutung "weniger rechtlicher als vielmehr tatsächlicher Natur" ¹⁾ sind. Der Nachweis der fehlenden einheitlichen Leitung dürfte deshalb in der Praxis "nur schwer und mit erheblichem Aufwand geführt werden können." ²⁾

Zur Frage, wie die Berichterstattung der herrschenden bzw. abhängigen Unternehmen über die Konzernvermutung im Geschäftsbericht aussehen soll, gibt das Gesetz keine Antwort. Es ist deshalb zu prüfen, ob die Information des berichtenden Unternehmens, es sei abhängig, ohne daß auf die Konzernvermutung eingegangen wird, ³⁾ so eindeutig ist, daß Überlegungen, welche Unternehmensverbindung eigentlich vorliegt, völlig ausschließen sind. ⁴⁾

Aufgrund der fehlenden operationalen Regelung der Berichterstattung über die Konzernvermutung besteht für den Leser des Geschäftsberichts bei dieser Art der Informationsversorgung Ungewißheit darüber, ob ein Abhängigkeits- oder ein Konzern-

1) ADLER - DÜRING - SCHMALTZ: a.a.O., Bd. 3, § 329 Tz. 34

2) MEYER-LANDRUT, Joachim / MILLER, Fritz Georg: Faktischer Zwang zur Konsolidierung von Unternehmen in Mehrheitsbesitz ohne einheitliche Leitung?, in: BB 1969, S. 937

3) Bei dieser Betrachtung ist der Fall ausgeklammert, daß ein Beherrschungsvertrag besteht, da bei diesem Tatbestand gem. § 18 Abs. 1 Satz 2 unwiderlegbar ein Konzernverhältnis vermutet wird.

4) Analoge Überlegungen sind zur Berichterstattung eines herrschenden Unternehmens anzustellen, das nicht angibt, ob es zugleich Konzernobergesellschaft ist.

verhältnis besteht.^{1) 2)} Dieser Zustand kann der vom Gesetzgeber beabsichtigten Verbesserung der Publizität über die Unternehmensverbindungen nicht entsprechen. Die Offenlegung der Unternehmensverbindungen als Zweck des Gesetzes wird nur dann erreicht, wenn das abhängige Unternehmen angibt, ob zugleich ein Konzernverhältnis besteht.³⁾ Falls die Konzernvermutung widerlegt worden ist, ist die nähere Begründung der Widerlegung in Form eines Hinweises, daß z.B. von der Beherrschungsmöglichkeit tatsächlich kein Gebrauch gemacht wurde, im Geschäftsbericht anzuführen.⁴⁾

Die empirische Untersuchung der Informationsversorgung über die Konzernvermutung des § 18 Abs. 1 Satz 3 betrachtet sowohl die Unternehmen, die in ihrem Geschäftsbericht auf ihre

-
- 1) Dieses Ergebnis basiert auf den Überlegungen, die wir schon bei der Analyse der Berichterstattung des in Mehrheitsbesitz stehenden Unternehmens angestellt haben, das im Geschäftsbericht nicht auf die Abhängigkeitsvermutung des § 17 Abs. 2 eingeht; vgl. dazu S. 76 f. der Arbeit.
 - 2) Um die Informationsversorgung der außenstehenden Interessenten sicherzustellen, schlägt GLEICHMANN vor, "daß die betroffenen Unternehmen bei Eintritt der Abhängigkeit die Konzernvermutung von vornherein durch öffentliche Erklärung ausräumen könnten. Sie müßten zum Register der abhängigen Gesellschaft mitteilen, daß ein Konzernverband nicht vorliegt, eine Einbeziehung in die Unternehmensplanung also nicht beabsichtigt und nicht bewirkt wird. Diese Mitteilung würde veröffentlicht." GLEICHMANN, Karl: Überlegungen zur Gestaltung eines Konzernrechts in den Europäischen Gemeinschaften, in: Quo Vadis, Ius Societatum? Liber Amicorum Pieter SANDERS, 21 september 1912 - 1972, Rédaction ZONDERLAND, Pieter, Deventer - s'Gravenhage 1972, S. 56
 - 3) Die Bedeutung dieser Information wird durch die Betrachtung der Pflichten erkennbar, die ausschließlich für Konzernunternehmen gelten, vgl. dazu HAVERMANN, Hans: Die verbundenen Unternehmen: a.a.O., S. 68 f.
 - 4) So verlangt MELLEROWICZ, daß "die Tatsachen zur Widerlegung der Vermutung im Geschäftsbericht dargetan und erläutert werden". MELLEROWICZ, Konrad: a.a.O., § 160 Anm. 45

Abhängigkeit hingewiesen als auch die, welche sich als herrschend i.S. des § 17 bezeichnet haben. Von diesen herrschenden bzw. abhängigen Unternehmen werden diejenigen, welche das Bestehen eines Beherrschungsvertrages angegeben haben, nicht in die Untersuchung einbezogen, ¹⁾ weil wir nur die Berichterstattung der Unternehmen über die widerlegbare Konzernvermutung des § 18 Abs. 1 Satz 3 prüfen wollen.

Wir vermuten, daß sich unsere Hypothese H 1 nur bei den Gesellschaften bestätigen wird, die sich als abhängig i.S. des § 17 bezeichnet haben. Diese Vermutung basiert darauf, daß für die herrschenden Unternehmen, die gleichzeitig Konzernobergesellschaft sind, eine operationale Vorschrift besteht, dies anzugeben. § 329 Abs. 1 Satz 1 verpflichtet nämlich Konzernobergesellschaften, einen Konzernabschluß sowie einen Konzerngeschäftsbericht aufzustellen. Damit wird die nicht-operational geregelte Berichterstattung über die Konzernvermutung - für den Bereich der herrschenden Unternehmen - durch die operationale Vorschrift des § 329 Abs. 1 Satz 1 "korrigiert."

Wir wollen dennoch auch die Berichterstattung der herrschenden Unternehmen über die Konzernvermutung in diesem Teil der Arbeit untersuchen, um festzustellen, ob sich der von uns vermutete Unterschied in der Intensität der Gesetzesbefolgung durch die Unternehmen bei operationalen bzw. nicht-operationalen Berichterstattungsnormen auch hier bestätigen läßt.

Die nicht-operational geregelte Berichterstattung der abhängigen Unternehmen veranlaßt uns, folgende Hypothese aufzustellen:

SUBHYPOTHESE H 1.3.:

Über die Vermutung des § 18 Abs. 1 Satz 3 wird von weniger als 75 % der abhängigen Unternehmen berichtet.

1) Nach § 18 Abs. 2 liegt damit unwiderlegbar ein Konzern vor.

Tabelle 6

Berichterstattung über die Konzernvermutung des § 18 Abs. 1 Satz 3 AktG

Erhebungsmerkmale	Häufigkeit der Merkmale	
	abs.	in v.H.
A BERICHTERSTATTUNG DER HERRSCHENDEN UNTERNEHMEN ¹⁾		
1. Die Vermutung des § 18 Abs. 1 Satz 3 wird bestätigt	27 ⁴⁾	87,1
2. Die Vermutung des § 18 Abs. ³⁾ 1 Satz 3 wird widerlegt (mit Begründung)	2 ⁴⁾	6,5
3. Die Vermutung des § 18 Abs. 1 Satz 3 wird widerlegt (ohne Begründung)	-	-
4. Auf die Vermutung des § 18 Abs. 1 Satz 3 wird nicht eingegangen	-	-
a) bei Beziehungen zu Unternehmen mit Sitz im Ausland	-	-
b) bei Beziehungen zu Unternehmen mit Sitz im Inland	4	12,9
	<u>31</u>	<u>100,0</u>
Unternehmen, die nicht herrschend sind ¹⁾	179	
	<u>210</u>	
B BERICHTERSTATTUNG DER ABHÄNGIGEN UNTERNEHMEN ¹⁾		
1. Die Vermutung des § 18 Abs. 1 Satz 3 wird bestätigt	14	21,6
2. Die Vermutung des § 18 Abs. ³⁾ 1 Satz 3 wird widerlegt (mit Begründung)	3	4,6
3. Die Vermutung des § 18 Abs. 1 Satz 3 wird widerlegt (ohne Begründung)	-	-
4. Auf die Vermutung des § 18 Abs. 1 Satz 3 wird nicht eingegangen	-	-
a) bei Beziehungen zu Unternehmen mit Sitz im Ausland	9	13,8
b) bei Beziehungen zu Unternehmen mit Sitz im Inland	39	60,0
	<u>65</u>	<u>100,0</u>
Unternehmen, die nicht abhängig sind ¹⁾	145	
	<u>210</u>	

- 1) In diese Untersuchung sind nur Unternehmen einbezogen, die über die widerlegbare Vermutung des § 18 Abs. 1 Satz 3 zu berichten haben; Unternehmen, bei denen aufgrund eines Beherrschungsvertrages oder einer Eingliederung eine einheitliche Leitung unwiderlegbar angenommen wird (§ 18 Abs. 1 Satz 2), sind hier nicht erfaßt.
- 2) 14 Unternehmen erstellen einen Konzernabschluß, 13 Unternehmen verzichten begründet auf eine Aufstellung.
- 3) Als Begründung wurde der Hinweis akzeptiert, daß von den gegebenen Herrschaftsmöglichkeiten kein Gebrauch gemacht wurde.
- 4) Die Erhebung führte zu Doppelzählungen.

Die in der Tabelle 6 festgehaltenen Ergebnisse der empirischen Untersuchung bestätigen unsere Vermutung: Bei den abhängigen Unternehmen - dagegen nicht bei den herrschenden ist die Informationsversorgung über die Konzernvermutung des § 18 Abs. 1 Satz 3 restriktiv. Nur 40 % (Tabelle 6, B 1. + 2. + 4. a) der abhängigen Gesellschaften, d.h. weit weniger als die von uns bei 75 % festgelegte Zurückweisungsregel akzeptiert, berichten entsprechend der ermittelten Soll-Informationsversorgung.¹⁾ Die in diesen 40 % enthaltenen 13,8 % der abhängigen Gesellschaften, die bei der Erläuterung der rechtlichen Beziehungen zu ausländischen Unternehmen auf die Konzernvermutung nicht eingehen, verstoßen nicht gegen gesetzliche Vorschriften, da diese nur Angaben über die Beziehungen zu Unternehmen mit Sitz im Inland verlangen.

Eine Erklärung für die beobachtete unterschiedliche Intensität der Gesetzesbefolgung von herrschenden und abhängigen Unternehmen gibt uns die Analyse der Berichterstattung: Bei 87,1 % der herrschenden Gesellschaften ist aufgrund der operationalen Vorschriften der §§ 329 Abs. 1 Satz 1 und 334 Abs. 1 Satz 1 zu erkennen, ob gleichzeitig ein Konzernverhältnis gegeben ist.

Unsere Feststellung, daß die Widerlegung der Abhängigkeitsvermutung des § 17 Abs. 2 in der Praxis eine nur sehr geringe Bedeutung besitzt,²⁾ trifft auch für den Bereich der Widerlegung der Konzernvermutung zu. Zu dieser Aussage sehen wir uns besonders³⁾ durch die Berichterstattung der herrschenden Unternehmen veranlaßt. Lediglich 6,5 % dieser Gesellschaften

1) Vgl. dazu auch das Ergebnis der Querverbindungsuntersuchung, Tabelle 21, B 2. (S. 137 der Arbeit)

2) Vgl. S. 81 der Arbeit.

3) Die Informationsversorgung durch die abhängigen Unternehmen über die Konzernvermutung läßt kein abschließendes Urteil über die Bedeutung der Widerlegung in der Praxis zu. Die 4,6 % der Gesellschaften, die auf eine Widerlegung der Vermutung in ihrem Geschäftsbericht hinweisen, lassen zwar den vorsichtigen Schluß auf deren geringe praktische Relevanz zu. Bei einer der Intention des Gesetzgebers entsprechenden Berichterstattung durch die 60 % der inländischen Unternehmen, die auf die Vermutung nicht eingehen, könnte diese Aussage jedoch korrigiert werden müssen.

weisen in ihrem Geschäftsbericht auf eine Widerlegung der Vermutung hin. Auch wenn die 12,9 % der Unternehmen, welche auf die Vermutung des § 18 Abs. 1 Satz 3 nicht eingehen, diese tatsächlich widerlegt haben sollten, ohne den Leser des Geschäftsberichtes davon zu unterrichten, kann unsere Aussage - wenn auch mit einer gewissen Vorsicht - aufrecht-
erhalten werden.

bad) Angabe des Vertragstyps bei Unternehmensverträgen
gem. § 291 f. AktG

Unter dem neu geschaffenen Sammelbegriff "Unternehmens-
verträge" führt das Aktiengesetz in den §§ 291 und 292 Verträge auf, deren Partner verbundene Unternehmen i.S. des § 15 sind. Der Gesetzgeber hat sechs Arten von Rechtsbeziehungen zwischen einer AG oder KGaA und einem anderen Unternehmen normiert und für sie folgende Kurzbezeichnungen geprägt:

- Beherrschungsvertrag (§ 291)
- Gewinnabführungsvertrag (§ 291)
- Gewinngemeinschaftsvertrag (§ 292)
- Teilgewinnabführungsvertrag (§ 292)
- Betriebspachtvertrag (§ 292)
- Betriebsüberlassungsvertrag (§ 292).

Die Aufteilung der Unternehmensverträge ¹⁾ in zwei Gruppen wird in der Literatur damit begründet, daß es sich bei den in § 291 genannten Verträgen um Organisationsverträge, bei den in § 292 aufgeführten Vertragstypen dagegen um schuldrechtliche Vereinbarungen mit Austausch von Leistung und

1) Zu den Voraussetzungen und Rechtsfolgen der einzelnen Vertragstypen vgl. die ausführlichen Darstellungen in den Dissertationen von von STARCK und IHL; vgl. von STARCK, Wulf: Betriebswirtschaftliche und gesellschaftsrechtliche Probleme der einheitlichen Leitung im Konzern, Diss., München 1970, S. 239 ff.; IHL, Günter: Der Vertragskonzern - Seine Stellung im Rahmen der aktienrechtlichen Gestaltungsformen für Großunternehmen sowie die Sicherstellung seiner Minderheitsaktionäre, Diss., München 1969, S. 31

Gegenleistung handle. ¹⁾ Da jedoch der Gesetzgeber die Frage der Rechtsnatur der beiden Vertragsgruppen bewußt offen läßt, ²⁾ erscheint es zumindest fraglich, ob eine so eindeutige Abgrenzung möglich ist. Die Begründung des Regierungsentwurfs - Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag werden dort als die "beiden einschneidendsten Vertragstypen" ³⁾ bezeichnet - weist eher darauf hin, daß die Zweiteilung die unterschiedliche Bedeutung der Vertragsgruppen zum Ausdruck bringen sollte.

Charakteristisch ist für alle im Gesetz unter dem Sammelbegriff Unternehmensverträge aufgeführten Verträge, daß sie "die Struktur des Unternehmens ändern." ⁴⁾ "Sie tun dies aber in sehr verschiedenem Maße, und es ist unterschiedlich, inwieweit der strukturändernde Charakter oder die schuldrechtlichen Bestimmungen im Vordergrund stehen und welche den Ausschlag geben." ⁵⁾

Der Nachweis des unterschiedlichen strukturändernden Charakters läßt sich z.B. mit Hilfe der Analyse führen, welche der einzelnen Vertragstypen zu einem Unterordnungskonzern (Vertragskonzern) führen. Ein Beherrschungsvertrag, ⁶⁾ durch den eine AG

1) Vgl. IdW: Wirtschaftsprüfer-Handbuch 1973: a.a.O., S. 1390 und die dort angegebene Literatur.

2) Vgl. KROPPF, Bruno: Aktiengesetz: a.a.O., S. 376

3) Ebenda, S. 376

4) Ebenda, S. 376

5) GODIN / WILHELM: Aktiengesetz, Kommentar, 3. Aufl., Bd. 2, Berlin 1967, Vorbem. §§ 291 - 328 Anm. 7

6) Zur Problematik der Zulässigkeit von Beherrschungsverträgen zwischen Versicherungsunternehmen vgl. PRÖLSS - SCHMIDT - SASSE: a.a.O., § 8 Anm. 12; PRÖLSS, Erich: Aktuelle Fragen des Versicherungsaufsichtsrechts, in VW 1966, S. 461 f.; NOWAK, Erich: a.a.O., S. 1360 ff. PRÖLSS und NOWAK nehmen zu der Frage Stellung, ob Beherrschungsverträge gegen das Spartentrennungsprinzip verstoßen.

oder eine KGaA die Leitung ihrer Gesellschaft einem anderen Unternehmen unterstellt, begründet aufgrund der unwiderlegbaren Vermutung des § 18 Abs. 1 Satz 2 stets einen Vertragskonzern. Ein Gewinnabführungsvertrag dagegen kann für sich allein kein vertragliches Konzernverhältnis schaffen.^{1) 2)} Ebenso kann durch den Abschluß der sog. "anderen Unternehmensverträge" des § 292 kein Vertragskonzern entstehen.³⁾

Zum Umfang der Berichterstattung über die Unternehmensverträge gem. § 291 f. gibt das Gesetz keine operationalen Anweisungen. Die dargestellten unterschiedlichen Konsequenzen der einzelnen Vertragstypen für die beteiligten Gesellschaften lassen jedoch keinen Zweifel daran entstehen, daß der Gesetzeszweck - die Offenlegung der Unternehmensverbindungen - nur dann erreicht wird, wenn im Geschäftsbericht eine der in § 291 f. aufgeführten Vertragsarten genannt wird.⁴⁾ Formulierungen in den Geschäftsberichten, wie z.B. "es besteht ein Unternehmensvertrag gem. § 291" oder "wir haben einen Unternehmensvertrag gem. § 291 ff. abgeschlossen", sind somit keines-

1) Vgl. IdW: Wirtschaftsprüfer-Handbuch 1973, a.a.O., S. 1393; ADLER - DÜRING - SCHMALTZ: a.a.O., Bd. 3, § 329 Tz. 30

2) Ein Gewinnabführungsvertrag kann nur dann einen Unterordnungskonzern begründen, wenn durch eine wirtschaftliche, finanzielle und organisatorische Eingliederung nach Art einer Betriebsabteilung in die Muttergesellschaft die Voraussetzungen für eine steuerliche Anerkennung gegeben sind, vgl. IdW: Wirtschaftsprüfer-Handbuch 1973, a.a.O., S. 1375 f.

3) Vgl. ADLER - DÜRING - SCHMALTZ: a.a.O., Bd. 3, § 329 Tz. 31

4) So auch MELLEROWICZ, der darüber hinaus eine Stellungnahme zu den tatsächlichen Auswirkungen des Vertrags im Geschäftsbericht für notwendig erachtet, vgl. MELLEROWICZ, Konrad: a.a.O., § 160 Anm. 45. Die Angabe der Art des Unternehmensvertrags verlangen auch ADLER - DÜRING - SCHMALTZ: a.a.O., Bd. 1, § 160 Tz. 199 und ERTNER, Ulrich: a.a.O., S. 87

wegs eindeutig ¹⁾ und entsprechen somit nicht dem Gesetzeszweck, da der Informationsadressat über den Typ des bestehenden Vertrags im ungewissen gehalten wird. Die Information, ob der abgeschlossene Unternehmensvertrag z.B. ein Beherrschungsvertrag ist, hat nicht nur wegen der unwiderlegbaren Konzernvermutung des § 18 Abs. 1 Satz 2 Bedeutung, sondern auch wegen der Vorschrift des § 312 Abs. 1, wonach nur bei Fehlen eines Beherrschungsvertrages der Vorstand einer abhängigen Gesellschaft in den ersten drei Monaten des Geschäftsjahres einen Bericht über die Beziehungen der Gesellschaft zu verbundenen Unternehmen aufzustellen hat.

Die empirische Untersuchung der Berichterstattung über die Unternehmensverträge hat sich also darauf zu konzentrieren, ob die Gesellschaften, die in ihrem Geschäftsbericht über das Vorliegen eines Unternehmensvertrags berichten, nicht bzw. nicht in allen Fällen den genauen Vertragstyp angeben.

Die nicht-operational geregelte Berichterstattung veranlaßt uns jedoch, die folgende Hypothese aufzustellen:

SUBHYPOTHESE H 1.4.:

Weniger als 75 % der Gesellschaften mit Unternehmensverträgen gem. § 291 f. geben den genauen Vertragstyp an.

Der Befund zeigt, daß sich unsere Subhypothese H 1.4. nicht falsifizieren läßt. 68,2 % - also weniger als die von uns bei 75 % festgelegte Zurückweisungsregel - der Gesellschaften, die in ihrem Geschäftsbericht auf das Bestehen eines Unternehmensvertrages gem. § 291 f. mit einer inländischen Gesellschaft hinweisen, geben nicht bzw. nicht bei allen Verträgen den genauen Vertragstyp an. Hinweise auf einen abgeschlossenen Unternehmensvertrag "gem. § 291" oder "gem. § 291 (1)" oder "gem. §§ 291 ff." können nicht als ausreichende Berichterstattung akzeptiert werden. Die angeführten Formulierungen lassen den Leser des Geschäftsberichts im ungewissen darüber, welcher

1) Eindeutig ist die Vertragsbezeichnung nur dann, wenn der Leser des Geschäftsberichts erkennen kann, "in welcher spezifischen Rechtslage sich das betreffende Unternehmen gegenüber einer anderen Gesellschaft befindet." von STARCK Mulf: a.a.O., S. 249

Tabelle 7

Angabe des Vertragstyps bei Unternehmensverträgen gem. § 291 f. AktG ¹⁾

Erhebungsmerkmale	Häufigkeit der Merkmale	
	abs.	in v.H.
A Der genaue Vertragstyp wird in allen Fällen angegeben	30	68,2
B Der genaue Vertragstyp wird nicht in allen Fällen angegeben	3	6,8
C Der genaue Vertragstyp wird nicht angegeben	<u>11</u> <u>44</u>	<u>25,0</u> <u>100,0</u>
Gesellschaften ohne Hinweis auf einen Unternehmensvertrag gem. § 291 f.	166 <u>210</u>	

- 1) In die Erhebung sind alle Gesellschaften einbezogen, die in ihren Geschäftsbericht über das Vorliegen eines Unternehmensvertrags gem. § 291 f. berichten.

der in § 291 f. genannten Vertragstypen, welche die Struktur der Gesellschaft in unterschiedlichem Maße verändern, in der Realität vorliegt.

- bb) Angabe der näheren Begründung bei Nichteinbeziehung von Konzernunternehmen in den Konzernabschluß wegen geringer Bedeutung

Gemäß § 329 Abs. 2 Satz 2 kann von der Einbeziehung nach § 329 Abs. 2 Satz 1 grundsätzlich konsolidierungspflichtiger Konzernunternehmen abgesehen werden, "wenn die Darstellung der Vermögens- und Ertragslage des Konzerns wegen der geringen Bedeutung des Konzernunternehmens dadurch nicht beeinträchtigt wird." Zur Frage, wann ein Konzernunternehmen von so geringer Bedeutung ist, daß ein Einbeziehungswahlrecht besteht, finden sich in der Literatur unterschiedliche Auffassungen.

SEMLER ist der Ansicht, daß ein Konzernunternehmen dann als unbedeutend anzusehen ist, "wenn gemessen an dem ohne Einbeziehung des fraglichen Unternehmens erstellten Konzernabschluß

- aa) das Vermögen der Gesellschaft weniger als 5 % der Bilanzsumme
und
- bb) die Umsätze der Gesellschaft weniger als 5 % der Gesamtumsätze ausmachen." ¹⁾

Überwiegend wird in der Literatur jedoch die Meinung vertreten, daß sich die Bedeutung eines Konzernunternehmens kaum zuverlässig mit Hilfe von Verhältniszahlen messen läßt. ²⁾ Dabei wird hinzugefügt, daß die Frage der geringen Bedeutung nicht für jedes einzelne Konzernunternehmen isoliert, sondern nur für alle fraglichen Unternehmen gemeinsam beantwortet werden könne.

In der Diskussion über die Aussagekraft von Verhältniszahlen für die Bedeutung von Konzernunternehmen schlägt BÜRGER einen u.E. vertretbaren Kompromiß vor: Neben Verhältniszahlen, die aus Bilanzsumme, Umsatzerlös, Jahresüberschuß u.ä. der Unter- gesellschaft und des Konzerns gebildet werden, sollen als weitere Entscheidungshilfen vor allem Vorkommen und Umfang von Konzernzwischen- gewinnen, eines Konsolidierungsausgleichs- postens und der Schuldenkonsolidierung herangezogen werden. ³⁾

-
- 1) SEMLER jr., Johannes: Die Aufgaben des Wirtschaftsprüfers nach dem Entwurf eines Konzernrechts, in: Unternehmer und Wirtschaftsprüfer mit dem Blick in die Zukunft, Düsseldorf 1960, S. 74
 - 2) Vgl. HAVERMANN, Hans: Zweifelsfragen der Rechnungslegung im Konzern, in: Wirtschaftsprüfung im neuen Aktienrecht. Bericht über die Fachtagung des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf 1966, S. 76; Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. - Sonderauschuß Neues Aktienrecht: Stellungnahme NA 2/1967 - Zur Rechnungslegung im Konzern, abgedruckt in: WPg 1967, S. 489; v. WYSOCKI, Klaus: Konzernrechnungslegung in Deutschland, a.a.O., S. 18 ff.
 - 3) Vgl. BÜRGER, Rudolf: Der Ausnahmefall des § 329 Abs. 2 Satz 2 AktG und seine Kriterien, in: DB 1969, S. 628

Nach der Begründung des Regierungsentwurfs hat der Gesetzgeber bei der Formulierung des § 329 Abs. 2 Satz 2 vor allem an soziale Hilfsgesellschaften gedacht.¹⁾ Ohne Bedenken kann diese Vorschrift nach BUSSE VON COLBE auch dann angewendet werden, "wenn keine nennenswerte oder überhaupt keine Aufwendungen und Erträge (Firmenmäntel) anfallen."²⁾

Ein Konsolidierungswahlrecht wegen geringer Bedeutung des Konzernunternehmens könnte in der Versicherungswirtschaft vor allem bei Vermögensverwaltungsgesellschaften und bei Versicherungsvermittlungsgesellschaften gegeben sein. Ein grundsätzlicher Ausschluß von konzern eigenen Versicherungsvermittlungsgesellschaften, der von WEIHMÜLLER empfohlen wird,³⁾ erscheint u.E. nicht gerechtfertigt. Die an die Vermittlungsgesellschaften gezahlten Provisionen können nämlich in der Konzernerfolgsrechnung ein sehr starkes Gewicht haben.⁴⁾ "Da Vermögensgesellschaften zum Teil erhebliche Kapitalien für die Muttergesellschaft anlegen und halten, sollte man sie wegen ihrer Bedeutung für die Vermögenslage des Konzerns stets einbeziehen, es sei denn, sie betrieben nur eine beratende Tätigkeit."⁵⁾

Die Nichteinbeziehung wegen geringer Bedeutung der Konzernunternehmen mit Sitz im Inland, an denen eine Mehrheitsbeteiligung besteht, ist gem. § 334 Abs. 1 Satz 4 "näher zu begründen". Der Gesetzgeber läßt also "die Frage offen, in welcher Weise die Nichteinbeziehung ... im Konzerngeschäftsbericht zu begründen ist."⁶⁾ Er regelt nicht operational, welche einzelnen Angaben

1) Vgl. KROPFF, Bruno: Aktiengesetz, a.a.O. S. 439

2) BUSSE VON COLBE, Walther: Der Konzernabschluß nach neuem Aktienrecht, in: AG 1966, S. 274. Zu den berechtigten Bedenken gegen diesen Vorschlag vgl. v. WYSOCKI, Klaus: Konzernrechnungslegung in Deutschland, a.a.O., S. 20

3) Vgl. WEIHMÜLLER, Hermann: Der Konzernabschluß in der Versicherungswirtschaft, in: WPg 1967, S. 29

4) Vgl. FINKE, Gerd: a.a.O., S. 46

5) Ebenda, S. 46

6) v. WYSOCKI, Klaus: Konzernrechnungslegung in Deutschland, a.a.O., S. 20

die betroffenen Unternehmen machen müssen, um eine nähere Begründung in seinem Sinne zu geben. Trotz der beschriebenen Schwierigkeit, allgemein gültige Kriterien für die Bedeutung eines Konzernunternehmens anzugeben, wäre u.E. eine Konkretisierung der gesetzgeberischen Forderung möglich gewesen. Ein Hinweis im Gesetzestext, wonach für eine nähere Begründung zumindest die Angabe der von SEMLER vorgeschlagenen Verhältniszahlen im Konzerngeschäftsbericht erforderlich ist, hätte die Interpretationsschwierigkeiten der an der Rechnungslegung beteiligten und interessierten Personen entscheidend verringern können. ¹⁾

Unsere empirische Untersuchung hat sich auf die Feststellung zu konzentrieren, ob die Berichterstattung der Unternehmen trotz der nicht-operationalen Vorschrift des § 334 Abs. 1 Satz 4 den Motiven des Gesetzgebers entspricht, die in der Begründung des Regierungsentwurfs festgehalten sind. Danach soll die nähere Begründung bei einer Nichteinbeziehung von Konzernunternehmen wegen geringer Bedeutung dem Leser des Konzerngeschäftsberichts eine Nachprüfung ermöglichen. ²⁾ Eine Berichterstattung der Konzernobergesellschaften, welche die Nichteinbeziehung von Konzernunternehmen wegen geringer Bedeutung lediglich feststellt, verstößt damit gegen die Vorschrift des § 334 Abs. 1 Satz 4. ³⁾ Die vom Gesetzgeber verlangte nähere Begründung der Nichteinbeziehung von Konzernunternehmen ist nur dann abgegeben, wenn dargelegt wird, "w a r u m wegen ihrer geringen Bedeutung die Darstellung der Vermögens- und Ertragslage des Konzerns ... nicht beeinträchtigt wird." ⁴⁾

-
- 1) Zu der positiven Wirkung von speziellen Hinweisen im Gesetzestext auf die Intensität der Berichterstattung der Unternehmen, vgl. SEEMANN, Hans-Jürgen: a.a.O., S. 106 ff.
 - 2) Vgl. KROPFF, Bruno: Aktiengesetz, a.a.O., S. 450
 - 3) So auch v. WYSOCKI, Klaus: Konzernrechnungslegung in Deutschland, a.a.O., S. 20. Die Auffassung von ADLER - DÜRING - SCHMALTZ (a.a.O., Bd. 3, § 334 Tz. 15), daß ein Hinweis auf die geringe Bedeutung des Konzernunternehmens zur Erfüllung der Berichtspflicht gem. § 334 Abs. 1 Satz 4 genügt, ist nicht mit den Motiven des Gesetzgebers in Übereinstimmung zu bringen.
 - 4) SCHERPF, Peter: Rechnungslegung und Prüfung, in: Handbuch der Aktiengesellschaft, Bd. 2, Köln - Marienburg 1967, Rz. 570; ähnlich FINKE, Gerd: a.a.O., S. 95

Die nicht-operationale Vorschrift des § 334 Abs. 1 Satz 4 veranlaßt uns, folgende Hypothese aufzustellen:

SUBHYPOTHESE H 1.5.:

Weniger als 75 % der Obergesellschaften, die ein Konzernunternehmen wegen geringer Bedeutung nicht in den Konzernabschluß einbezogen haben, geben eine Begründung.

Der Befund (vgl. Tabelle 8) zeigt, daß wir die Subhypothese H 1.5. nicht falsifizieren können. 62,5 % der Konzernobergesellschaften verstoßen gegen die nicht-operationale Berichtspflicht des § 334 Abs. 1 Satz 4, indem sie die geringe Bedeutung der nicht in den Konzernabschluß einbezogenen Konzernunternehmen im Konzerngeschäftsbericht lediglich feststellen. Das vom Gesetzgeber angestrebte Ziel, dem Leser des Konzerngeschäftsberichts die Nachprüfung der von der Konzernleitung getroffenen Entscheidung zu ermöglichen, wird durch eine solche Art der Berichterstattung nicht erreicht.

Bemerkenswert erscheint uns die Feststellung, daß nähere Begründungen lediglich bei der Nichteinbeziehung von Versicherungsvermittlungsgesellschaften erfolgen, bei der Nichteinbeziehung von Vermögensverwaltungsgesellschaften, die erhebliche Kapitalien für die Muttergesellschaft halten können, beschränken sich die Obergesellschaften dagegen auf den nicht ausreichenden Hinweis der geringen Bedeutung.

Tabelle 8

Angabe der näheren Begründung bei Nichteinbeziehung von Konzernunternehmen in den Konzernabschluß wegen geringer Bedeutung ¹⁾

Erhebungsmerkmale	Häufigkeit der Merkmale	
	abs.	in v.H.
Anzahl der Obergesellschaften, die Konzernunternehmen mit Sitz im Inland, an denen eine Mehrheitsbeteiligung besteht, wegen geringer Bedeutung nicht in den Konzernabschluß einbezogen haben	8	100,0
A Die geringe Bedeutung wird im Konzerngeschäftsbericht näher erläutert ²⁾	3	37,5
B Die geringe Bedeutung wird im Konzerngeschäftsbericht lediglich festgestellt	5	62,5
	8	100,0
	==	=====
Unternehmen ohne das Untersuchungsmerkmal	<u>202</u>	
	210	

- 1) Es sind alle Versicherungsaktiengesellschaften - Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit und öffentlich rechtliche Anstalten waren zum Zeitpunkt der Erhebung noch nicht zur Konzernrechnungslegung verpflichtet - die für das Geschäftsjahr 1969 im Bundesanzeiger einen Konzern- bzw. Teilkonzernabschluß veröffentlichten, in die Untersuchung einbezogen worden, vgl. HAAS, Helmut / OSTHOFF, Joachim: a.a.O., S. 573. Die aus dem Bundesanzeiger entnommenen Gesellschaften befanden sich alle in unserem empirischen Feld.
- 2) Es wird ein Vergleich zwischen der Bilanzsumme des Konzerns und des nicht einbezogenen Konzernunternehmens angestellt.

cc) Angabe des Zwecks bzw. Bereichs von Organisations-
verträgen zwischen verbundenen Unternehmen

Gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 10 sind neben den Angaben über die rechtlichen auch solche über die geschäftlichen Beziehungen zu verbundenen Unternehmen zu machen. Während bei der Festlegung der Soll-Berichterstattung über die rechtlichen Beziehungen relativ geringe Probleme auftauchen, "treten bei der Angabe der geschäftlichen Beziehungen Abgrenzungsschwierigkeiten auf." ¹⁾

Nach der Begründung des Regierungsentwurfs sollten bei der Berichterstattung über die geschäftlichen Beziehungen "die wirtschaftlichen Auswirkungen des Geschäftsverkehrs mit den verbundenen Unternehmen auf die berichtende Gesellschaft" ²⁾ angegeben werden. Obwohl im Zweifelsfall alle Geschäftsvorfälle zwischen der berichtenden und der mit ihm verbundenen Gesellschaft wirtschaftliche Auswirkungen haben, ist es fraglich, ob es der Wille des Gesetzgebers ist, eine Berichterstattungspflicht für den gesamten Geschäftsverkehr festzulegen. ³⁾ Die nicht-operationale Vorschrift des § 160 Abs. 3 Nr. 10 macht es demnach den Unternehmen nicht einfach, den richtigen Umfang der Berichterstattung über die geschäftlichen Beziehungen zu verbundenen Unternehmen zu bestimmen.

In einem Bereich der geschäftlichen Beziehungen, der sich - wie anschließend gezeigt wird - besonders zur Prüfung der Gesetzes Einhaltung durch Versicherungsunternehmen eignet, sind sich Fachliteratur und Kommentare über die erforderliche Intensität der Berichterstattung jedoch einig. Es handelt sich dabei um Verträge, die für die Geschäftsbeziehungen der be-

1) ERTNER, Ulrich: a.a.O., S. 87

2) KROPPF, Bruno: Aktiengesetz, a.a.O., S. 261

3) So auch ERTNER, Ulrich: a.a.O., S. 87

richtenden Unternehmen von wesentlicher Bedeutung sind. Nach herrschender Meinung verlangt es der Zweck des Gesetzes, bei Vorliegen solcher Verträge deren Art und Umfang anzugeben.¹⁾ Demnach ist für den Fall, daß aus der bloßen Bezeichnung des Vertrages dessen Zweck für den Leser des Geschäftsberichts nicht eindeutig erkennbar wird, dieser gesondert anzugeben.

In der Versicherungswirtschaft basieren die geschäftlichen Beziehungen weitgehend auf den sog. Organisationsverträgen.²⁾ Der Zweck bzw. der Bereich derartiger Verträge kann dabei sehr verschieden sein. Sie können Vereinbarungen enthalten über Konsultationen, Austausch von Schadensstatistiken, gegenseitige Unterstützung und Förderung von Interessen, Angleichung von Provisionssätzen, gemeinsame Werbung, Übernahme des Inkassos, ein- oder gegenseitige Versicherungsvermittlung, Unterhaltung eines gemeinsamen Außen- und/oder Innendienstes. Die Auswirkungen auf den Geschäftsverkehr zwischen den verbundenen Unternehmen hängt demnach entscheidend von dem vereinbarten Inhalt des abgeschlossenen Organisationsvertrags ab. Die bloße Mitteilung im Geschäftsbericht, zwischen der berichtenden Gesellschaft und einem anderen Versicherungsunternehmen bestehe ein Organisationsvertrag, kann deshalb nicht den Motiven des Gesetzgebers entsprechen. Erst die Angabe des Bereichs des Vertrags, z.B. die Unterhaltung eines gemeinsamen Außendienstes, informiert den Leser des Geschäftsberichts darüber, daß die beiden Vertragspartner "die werblichen Vorteile der Sortimentsergänzung ... zu nutzen wissen. Vor allem werden dadurch Doppelaufwendungen für die Einrichtung und Unterhaltung von Agenturen

1) Vgl. Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. - Sonderausschuß Neues Aktienrecht - Stellungnahme N A 2/1968; a.a.O., S. 132; MELLEROWICZ, Konrad: a.a.O., § 160 Anm. 46, IdW: Wirtschaftsprüfer-Handbuch 1973: a.a.O., S. 530 f.; CLAUSSEN, Carsten P.: Kölner Kommentar zum Aktiengesetz, Bd. 2, 1. Lieferung, Köln - Berlin - Bonn - München 1971, § 160 Anm. 71; STEICHELE, Adalbert: Die Einzelangaben nach § 160 Abs. 3 AktG 1965 im Geschäftsbericht, in: Wirtschaftsprüfung im neuen Aktienrecht, Bericht über die 12. Fachtagung des IdW, Düsseldorf 1966, S. 60 f.; ADLER - DÜRING - SCHMALTZ: a.a.O., Bd. 1, § 160 Tz. 202

2) In der Literatur wird auch von Zusammenarbeitsverträgen gesprochen, vgl. ARNOLD, Hans: a.a.O., S. 544 ff.

vermieden, was sich positiv auf den Gewinn auswirken kann." ¹⁾
Genauso informativ wie die Angabe des Bereichs (Außendienst),
auf den sich der Vertrag erstreckt, ist der Hinweis auf den
Vertragszweck, wonach z.B. die Vertragspartner eine gegen-
seitige Versicherungsvermittlung vereinbart haben.

Die empirische Analyse der Berichterstattung über die Organisa-
tionsverträge zwischen Versicherungsunternehmen, die sich als ver-
bunden im Sinne des § 15 bezeichnen, ²⁾ richtet sich demnach dar-
auf, ob dem Leser des Geschäftsberichts der Zweck bzw. der Bereich
des Vertrags angegeben wird. Die nicht-operationale Regelung der
Berichterstattung über die geschäftlichen Beziehungen veranlaßt
uns jedoch, folgende Hypothese aufzustellen:

SUBHYPOTHESE H 1.6.:

Der Zweck bzw. Bereich von Organisationsver-
trägen wird von weniger als 75 % der Gesell-
schaften angegeben.

Ähnliche Erwartungen äußert HINTNER, denn die Formulierung des
§ 160 Abs. 3 Nr. 10 "läßt dem Ermessen, was und worüber zu be-
richten ist, recht weiten Spielraum, und man kann annehmen, daß
die Praxis sich bemühen wird, eine enge Auslegung zu finden." ³⁾

Der Befund zeigt, daß 45,7 % (vgl. Tabelle 9, B + C) der Gesell-
schaften, die in ihrem Geschäftsbericht über einen oder mehrere
Organisationsverträge mit verbundenen inländischen Unternehmen
i.S. des § 15 berichten, nicht oder nicht in allen Fällen Zweck
bzw. Bereich der abgeschlossenen Verträge angeben. Damit hat sich
unsere Subhypothese H 1.6. bewährt.

1) FINKE, Gerd: a.a.O., S. 121

2) Durch diese Abgrenzung der zu analysierenden Gesellschaften ist
die Anwendbarkeit des § 160 Abs. 3 Nr. 10 zweifelsfrei gegeben.

3) HINTNER, Otto: Der Geschäftsbericht nach dem Aktiengesetz von
1965 und seine Bedeutung für Rechnungswesen und Rechenschafts-
legung der Aktiengesellschaft, in: BP 1966, S. 201 (zitiert
nach ERTNER, Ulrich: a.a.O., S. 90)

Tabelle 9

Angabe des Zwecks bzw. Bereichs von Organisationsverträgen ¹⁾

Erhebungsmerkmale	Häufigkeit der Merkmale	
	abs.	in v.H.
Anzahl der Gesellschaften, die über Organisationsverträge mit verbundenen Unternehmen i.S. des § 15 berichten	105	100,0
A Der Zweck bzw. Bereich des Vertrags wird in allen Fällen angegeben	57	54,3
B Der Zweck bzw. Bereich des Vertrags wird nicht in allen Fällen angegeben	10	9,5
C Der Zweck bzw. Bereich des Vertrags wird nicht angegeben	38	36,2
	<u>105</u>	<u>100,0</u>
Unternehmen ohne das Untersuchungsmerkmal	<u>105</u> 210	

1) In die Erhebung wurden alle Gesellschaften einbezogen, die über einen Organisationsvertrag (Organisationsabkommen, Interessengemeinschaftsvertrag, Organisationsgemeinschaftsvertrag, Arbeitsgemeinschaft, Organisationsgemeinschaft) mit einem i.S. von § 15 verbundenen Unternehmen berichten.

c) Zusammenfassende Betrachtung der Einzelbefunde

Nachdem wir im letzten Teil der Arbeit die Hypothese H 1, wonach die Unternehmen dazu neigen, Informationen zurückzuhalten, wenn die Aufforderung zur Informationsversorgung durch den Gesetzgeber mit nicht-operationalen Berichterstattungsnormen mit festgelegtem Inhalt erfolgt, anhand mehrerer Subhypothesen geprüft haben, wollen wir die Einzelbefunde zusammengefaßt in einer Tabelle darstellen.

Tabelle 10

Informationsversorgung durch die Unternehmen bei nicht-operationalen Berichterstattungsnormen - Zusammenfassende Darstellung der Einzelbefunde

Erhebungsmerkmale	Gesetzes- befol- gung	Nicht-Geset- zesbefol- gung	Hypothesen- bewährung
	in v.H.	in v.H.	
1. Angabe einer der nach § 15 AktG möglichen Verbindungen	72,0	28,0	ja
2. Berichterstattung der mit einer Mehrheit beteiligten Unternehmen über die Vermutung des § 17 Abs. 2 AktG	52,2	47,8	ja
3. Berichterstattung der abhängigen Unternehmen über die Vermutung des § 18 Abs. 1 Satz 3 AktG	40,0	60,0	ja
4. Angabe des Vertragstyps bei Unternehmensverträgen gem. § 291 f. AktG	68,2	31,2	ja
5. Angabe der näheren Begründung bei Nichteinbeziehung von Konzernunternehmen in der Konzernabschluß wegen geringer Bedeutung	62,5	37,5	ja
6. Angabe des Zwecks bzw. Bereichs von Organisationsverträgen zwischen verbundenen Unternehmen	54,3	45,7	ja

Tabelle 10 zeigt, daß bei allen untersuchten Berichtstatbeständen weniger als 75 % (unsere Zurückweisungsregel) der erhobenen Unternehmen das Gesetz befolgt haben. Die von uns aufgestellten Subhypothesen haben sich also bewährt.¹⁾

2. Prüfung der Hypothese der nicht-restriktiven Informationsversorgung bei operationalen Berichterstattungsnormen mit festgelegtem Inhalt

Die Hypothese H 2, welche die Vermutung beinhaltet, daß die Unternehmen nicht dazu neigen, Informationen zurückzuhalten, wenn die Aufforderung zur Informationsversorgung durch den Gesetzgeber mit operationalen Berichterstattungsnormen mit festgelegtem Inhalt erfolgt, läßt sich unter Verwendung der von uns festgelegten Zurückweisungsregel wie folgt operationalisieren:

Die Aufforderung zur Informationsversorgung durch den Gesetzgeber mit operationalen Berichterstattungsnormen mit festgelegtem Inhalt wird von mindestens 75 % der Unternehmen befolgt.

a) Die Befunde

aa) Berichterstattung über mitgeteilte Beteiligungen

Die Einführung der Mitteilungspflichten gemäß § 20 und § 21 AktG gehörte zu den umstrittensten Fragen der Aktienrechtsreform von 1965.²⁾ Die Mitteilungspflicht des § 20 Abs. 1³⁾

1) Zu den Konsequenzen, die sich aus diesem Ergebnis für die Praxis ergeben, vgl. S. 159 der Arbeit.

2) Vgl. FLUME, Werner: Der Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, Düsseldorf 1958, S. 35 f.; Spitzenverbände der gewerblichen Wirtschaft e.V.: a.a.O., Bonn 1959, S. 41 ff.; v. CAEMMERER, Ernst: Publizitätsinteressen der Öffentlichkeit und Gesellschaftsrecht, in: Das Frankfurter Publizitätsgespräch, a.a.O., S. 179 ff.; Studienkommission des Deutschen Juristentages: Untersuchungen zur Reform des Konzernrechts, Tübingen 1967, Tz. 220 ff.

3) § 20 Abs. 1: Sobald einem Unternehmen mehr als der vierte Teil der Aktien einer Aktiengesellschaft mit Sitz im Inland gehört, hat es dies der Gesellschaft unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

knüpft an das Überschreiten der Beteiligungsquote von 25 % an; sie setzt also in einem Augenblick ein, in dem noch kein konzernrechtlicher Tatbestand gegeben ist.

Die genannte Vorschrift hat dennoch eine große konzernpolitische Bedeutung, da die Adressaten der Rechnungslegung auf die Bildung von Aktienpaketen und damit auf den Aufbau von Konzernbindungen hingewiesen werden. Nach der Begründung des Regierungsentwurfs haben die Pflichten zur Mitteilung von Aktienpaketen den Zweck, "die Aktionäre, die Gläubiger und die Öffentlichkeit über geplante und bestehende Konzernverbindungen besser zu unterrichten und die vielfach auch für die Unternehmensleitungen selbst nicht erkennbaren Machtverhältnisse in der Gesellschaft deutlicher hervortreten zu lassen." ¹⁾

Wegen dieser Aufgabe sind die Mitteilungspflichten gem. § 20 Abs. 1 und 4, ²⁾ die richtigerweise auch als "Sonderbereich der Konzernpublizität" ³⁾ bezeichnet werden, von der Wirtschaft heftig bekämpft worden. ⁴⁾ So wurde eingewendet, die Mitteilungspflicht sei mit der Anonymität der Aktie nicht vereinbar und behindere erwünschte und wirtschaftlich gerechtfertigte Beteiligungserwerbe, sie sei also konzentrationsfeindlich. ⁵⁾ Wenig überraschend ist in diesem Zusammenhang die Tat-

1) KROPFF, Bruno: Aktiengesetz, a.a.O., S. 38; ähnlich SCHMIDT, Dirk: Zur aktienrechtlichen Mitteilungspflicht für Beteiligungen, in: ZfgK 1966, S. 1047. Nach von CAEMMERER hat die erstmalige Anzeige von Beteiligungen zugleich eine Warnfunktion für sich evtl. anbahnende Machtverschiebungen in der Gesellschaft, vgl. v. CAEMMERER, Ernst: a.a.O., S. 180

2) Die Mitteilungspflicht des § 20 Abs. 4 knüpft an das Überschreiten der Beteiligungsquote von 50 % an.

3) REHBINDER, Eckard: a.a.O., S. 222

4) Vgl. ENMERICH, Volker - SONNENSCHNIG, Jürgen: Konzernrecht, München 1973, S. 45

5) Vgl. zum Pro und Contra die Begründung zum Regierungsentwurf und den Ausschlußbericht zu den §§ 20 und 21; KROPFF, Bruno: Aktiengesetz, a.a.O., S. 38 ff.

sache, daß sich der Widerstand der Wirtschaft weitgehend nur gegen die Mitteilungspflicht von Minderheitsbeteiligungen ab 25 % gerichtet hat, obwohl § 20 auch die Mitteilung von Mehrheitsbeteiligungen verlangt. Eine Begründung für dieses Verhalten der Wirtschaft könnte darin gesehen werden, daß beim Vorliegen einer Mehrheitsbeteiligung i.d.R. die Möglichkeit, beherrschenden Einfluß auszuüben, schon geschaffen ist.

Mitteilungspflichtig sind nach § 20 nur Unternehmen, also nicht Privataktionäre, wobei es ohne Bedeutung ist, ob das beteiligte Unternehmen im In- oder Ausland ¹⁾ seinen Sitz hat. Die ratio legis von § 20 Abs. 1 und 4, die Machtverhältnisse inländischer Aktiengesellschaften offenzulegen, läßt keine Differenzierung zwischen Beteiligungen von in- und ausländischen Unternehmen zu. ²⁾

Um "eine möglichst große Publizität der Beteiligungen" ³⁾ zu erreichen, hat der Gesetzgeber in § 160 Abs. 3 Nr. 11 festgelegt, daß - neben der Verpflichtung zu unverzüglichen Bekanntmachung in den Gesellschaftsblättern (§ 20 Abs. 6) - im Geschäftsbericht Angaben zu machen sind "über das Bestehen einer Beteiligung an der Gesellschaft, die ihr nach § 20 Abs. 1 oder 4 mitgeteilt worden ist; dabei ist anzugeben, wem die Beteiligung gehört und ob sie den vierten Teil aller Aktien der Gesellschaft übersteigt oder eine Mehrheitsbeteiligung (§ 16 Abs. 1) ist." Damit ist operational bestimmt, daß der Geschäftsbericht folgende Informationen enthalten muß:

1. den Namen der beteiligten Gesellschaft
2. eine Angabe über die Beteiligungsquote von
 - a) über 25 % des Aktienkapitals oder
 - b) über 50 % des Aktienkapitals.

1) Vgl. KROPFF, Bruno: Aktiengesetz, a.a.O., S. 39; BAUMBACH-HUECK: a.a.O., § 20 Anm. 4; BIEDENKOPF, Kurt H. / KOPPENSTEINER, Hans-Jürgen: a.a.O., § 20 Anm. 17; KOPPENSTEINER, Hans-Georg: a.a.O., S. 285 ff.

2) Vgl. REHBINDER, Eckard: a.a.O., S. 222

3) EMMERICH, Volker - SONNENSCHNITZ, Jürgen: a.a.O., S. 47

Wir stellen deshalb folgende Hypothese auf:

SUBHYPOTHESE H 2.1.:

Der Namen der beteiligten Gesellschaft und die Beteiligungsquote werden von mindestens 75 % der Gesellschaften angegeben.

Tabelle 11

Berichterstattung über mitgeteilte Beteiligungen ¹⁾

Erhebungsmerkmale	Häufigkeit der Merkmale	
	abs.	in v.H.
A Angabe des Namens der beteiligten Gesellschaft(en)		
1. in allen Fällen	111	100,0
2. nicht bzw. nicht in allen Fällen	-	-
	<u>111</u>	<u>100,0</u>
B Angabe der Beteiligungshöhe (über 50 % bzw. über 25 % des Aktienkapitals)		
1. in allen Fällen	109	98,2
2. nicht bzw. nicht in allen Fällen	2	1,8
	<u>111</u>	<u>100,0</u>
Unternehmen ohne das Untersuchungsmerkmal	<u>99</u>	<u>210</u>

- 1) In die Erhebung sind die Gesellschaften einbezogen worden, die angegeben haben, daß an ihnen eine Beteiligung (ohne Hinweis auf den Beteiligungsprozentsatz oder mit Hinweis auf einen Prozentsatz von über 25 %) gehalten wird.

Die Befunde lassen erkennen, daß die Informationsversorgung über die mitgeteilten Beteiligungen unsere Erwartungen weit übertrifft. 100 bzw. 98,2 % der in die Erhebung einbezogenen 111 Gesellschaften - also weit mehr als der von uns auf 75 % festgelegte Grenzwert - befolgen die operationale Berichterstattungspflicht des § 160 Abs. 3 Nr. 11.

Die beiden Gesellschaften, die in Tabelle 11, B 2 erfaßt sind, geben an, daß sie in Mehrheitsbesitz stehen und weisen darauf hin, daß "außerdem die X-Aktiengesellschaft an unserer Gesellschaft beteiligt" bzw. als "weiterer Aktionär" die X-Aktiengesellschaft hinzugekommen sei. Es wird also in beiden Fällen nicht darüber berichtet, ob die Beteiligung den vierten Teil der Aktien der Gesellschaft übertrifft. ¹⁾

bb) Angabe der Schlußerklärung des Abhängigkeitsberichts

Das Aktiengesetz 1965 versucht den Interessengegenstz ²⁾ zwischen möglichst umfassender Leitungsmacht des herrschenden Unternehmens und wirksamer Sicherung der Aktionäre und Gläubiger des abhängigen Unternehmens dadurch zu lösen, daß dem herrschenden Unternehmen - in Abhängigkeit von der Intensität des möglichen Einflusses auf das beherrschte Unternehmen - unterschiedliche Herrschaftsrechte unter Festlegung bestimmter Kautelen eingeräumt werden. Mit dem Willen "Grundzüge einer Konzernverfassung" ³⁾ zu schaffen, unterscheidet der Gesetzgeber - wenn auch nicht expressis verbis - zwischen Vertragskonzernen und faktischen Konzernen. ⁴⁾

1) Die als "weiterer Aktionär" bezeichnete Gesellschaft, die sich im empirischen Feld dieser Untersuchung befindet, gibt als Beteiligungsquote 40 % an. Im zweiten Fall konnte die Höhe der Beteiligung nicht festgestellt werden, da es sich bei der angegebenen Gesellschaft um ein ausländisches Unternehmen handelte.

2) Vgl. die Darstellung dieses Interessengegensatzes bei KRÖPF, Bruno: Aktiengesetz, a.a.O., S. 407 f.

3) Ebenda, S. 374

4) Das Aktiengesetz 1965 hat nach überwiegender Auffassung durch die Vorschriften der §§ 311 ff. faktische Konzernverhältnisse rechtlich anerkannt. Vgl. ADLER - DÜRING - SCHMALTZ; a.a.O., Bd. 1, Vorbem. zu §§ 311 - 313, Tz. 62; GESSLER, Ernst: Faktische Konzerne?, In: Recht und Rechtsleben in der sozialen Demokratie, Festgabe für Otto KUNZE zum 65. Geburtstag, hrsg. v. BALLERSTEDT, Kurt u.a., Berlin 1969, S. 159 ff., insbes. S. 175; KIEHNE, Hans-Erich: Konzernwirkungen und aktienrechtlicher Minderheitenschutz im faktischen Konzern, in: DB 1974, S. 321; a.A. MESTMÄCKER, Ernst-Joachim: Zur Systematik des Rechts der verbundenen Unternehmen im neuen Aktiengesetz, in: Das Unternehmen in der Rechtsordnung, Festgabe für Heinrich KRONSTEIN aus Anlaß seines 70. Geburtstages, hrsg. v. BIEDENKOPF, Kurt u.a., Karlsruhe 1967, S. 129 ff., insb. S. 147

Während im Vertragskonzern die Konzernspitze gem. § 308 zu dem Konzern dienlichen Weisungen befugt ist, welche das abhängige Unternehmen schädigen, verbietet § 311 Abs. 1 für den faktischen, d.h. nicht auf Beherrschungs- oder Eingliederungsvertrag basierenden Konzern ¹⁾ im Grundsatz die Ausübung von Leitungsmacht, räumt diese jedoch dann unter der Bedingung ein, daß das herrschende Unternehmen Nachteile, die dem abhängigen Unternehmen durch die Ausnutzung der Leitungsmacht entstehen, ausgleicht. Mit einer weiteren Schutzvorschrift wird das abhängige Unternehmen durch § 312 zu einem jährlichen "Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen" (Abhängigkeitsbericht) ²⁾ verpflichtet.

Der Vorstand einer abhängigen Aktiengesellschaft ist danach verpflichtet, ³⁾ in diesem nicht-öffentlichen Bericht alle Rechtsgeschäfte - also z.B. Kauf-, Liefer- oder Lizenzver-

-
- 1) Die Vorschriften der §§ 311 - 318, die im Aktiengesetz unter der Überschrift "Verantwortlichkeit bei Fehlen eines Beherrschungsvertrags" in einem Abschnitt zusammengefaßt sind, bilden das Kernstück der Regelung des sog. faktischen Konzerns. Diese dem allgemeinen Sprachgebrauch entsprechende Bezeichnung ist irreführend, da die §§ 311 ff. das Vorliegen von Konzernbeziehungen nicht verlangen. Wesentliche Voraussetzung für die Anwendbarkeit der genannten Vorschriften ist lediglich, daß eine inländische AG oder KGaA in einem Abhängigkeitsverhältnis zu einem anderen Unternehmen steht. So auch HAVERMANN, Hans: Die verbundenen Unternehmen, a.a.O., S. 39 und ADLER - DÜRING - SCHMALTZ: a.a.O., Bd. 1, Vorbem. zu §§ 311 - 313 Tz. 63
 - 2) Die im Regierungsentwurf gewählte Bezeichnung "Abhängigkeitsbericht" wurde auf Veranlassung des Rechts- und Wirtschaftsausschusses wegen der darin angeblich zum Ausdruck kommenden Diskriminierung der abhängigen Gesellschaften in "Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen" abgeändert, vgl. KROPFF, Bruno: Aktiengesetz, a.a.O., S. 412
 - 3) Aus der sehr umfangreichen Literatur zum Abhängigkeitsbericht sei verwiesen auf SCHUBERT, Werner: Zur Berichtspflicht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen nach dem neuen Aktienrecht, in: BFuP 1966, S. 165 ff., S. 223 ff.; ALBACH, Horst: Die Rechtsverhältnisse verbundener Unternehmen, in: NB 1966, S. 203 ff. und die drei Dissertationen von PÖPPL, Franz: Aktienrechtlicher Minderheitenschutz durch den "Abhängigkeitsbericht". Ein betriebswirtschaftlicher Beitrag zum Aktiengesetz von 1965, Stuttgart 1972; UECKER, Peter: Der Vorteils-Nachteils-Ausgleich beim Abhängigkeitsbericht. Kriterien der verdeckten Gewinnausschüttung als Lösungsweg, Düsseldorf 1972 und RICHARDT, Harald: Der aktienrechtliche Abhängigkeitsbericht unter ökonomischen Aspekten, Wiesbaden 1974

verträge - welche die Gesellschaft im vergangenen Geschäftsjahr mit dem herrschenden Unternehmen oder einem mit diesem verbundenen Unternehmen oder auf Veranlassung oder im Interesse dieser Unternehmen vorgenommen hat, und alle Maßnahmen - z.B. die Einstellung einer Produktion - die sie auf Veranlassung oder im Interesse dieser Unternehmen im vergangenen Geschäftsjahr getroffen oder unterlassen hat, darzulegen.¹⁾ Am Schluß des Berichts muß er gem. § 312 Abs. 3 erklären, ob die Gesellschaft nach den zum Zeitpunkt der Vornahme des Rechtsgeschäfts bzw. der Maßnahmen bekannten Informationen jeweils eine angemessene Gegenleistung erhalten hat bzw. die ihr entstandenen Nachteile ausgeglichen worden sind.

Der Bericht, welcher der Nachprüfung des Aufsichtsrats (§ 314) und des Abschlußprüfers (§ 313) unterliegt, "dient der Beweiserleichterung und Anspruchssicherung für die außenstehenden Aktionäre und Gläubiger im Falle der Schädigung der abhängigen Gesellschaft durch das herrschende Unternehmen."²⁾

"Damit die Berichterstattung des Vorstands und deren Prüfung durch den Abschlußprüfer und dem Aufsichtsrat gegebenenfalls auch Konsequenzen bezüglich der Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen durch Aktionäre oder Gläubiger haben kann, ist es notwendig, daß die Genannten über die Ergebnisse des Abhängigkeitsberichts und dessen Prüfung auch informiert werden."³⁾ Eine vollständige Veröffentlichung von Abhängigkeits- und Prüfungsbericht ist jedoch nach der Begründung des Regierungsentwurfs deshalb nicht möglich, "weil sonst nicht mit der erforderlichen Offenheit über Geschäfte berichtet würde, deren Bekanntwerden geeignet ist, der Gesellschaft einen Nachteil zuzufügen."⁴⁾

1) Der Abhängigkeitsbericht eines Versicherungsunternehmens wird besonders die Rückversicherungsverhältnisse, die Geschäfte und Maßnahmen mit Auswirkung auf das Vermögen, die Verteilung der Kosten und die Aufteilung der Vermittlungskosten zu behandeln haben, vgl. dazu NOWAK, Erich: a.a.O., S. 1354

2) UECKER, Peter: a.a.O., S. 22; ähnlich KROPFF, Bruno: Aktiengesetz, a.a.O., S. 411 f.; PÖPPL, Franz: a.a.O., S. 28

3) PÖPPL, Franz: a.a.O., S. 36

4) KROPFF, Bruno: Aktiengesetz, a.a.O., S. 411

Diese Überlegungen haben den Gesetzgeber dazu veranlaßt, in § 312 Abs. 3 Satz 3 festzulegen, daß von dem Bericht des Vorstands nur dessen Ergebnis, d.h. die Schlußerklärung i.S. des § 312 Abs. 3 Satz 1 und 2 in den Geschäftsbericht aufzunehmen und damit der Öffentlichkeit mitzuteilen ist.¹⁾

Die operationale Gesetzesregelung veranlaßt uns, folgende Hypothese aufzustellen:

SUBHYPOTHESE H 2.2.:

Die Schlußerklärung des Abhängigkeitsberichts wird von mindestens 75 % der abhängigen Gesellschaften in den Geschäftsbericht aufgenommen.

Tabelle 12

Angabe der Schlußerklärung des Abhängigkeitsberichts *

Erhebungsmerkmale	Häufigkeit der Merkmale	
	abs.	in v.H.
A Die Schlußerklärung des Abhängigkeitsberichts ist im Geschäftsbericht enthalten	65	100,0
B Die Schlußerklärung des Abhängigkeitsberichts ist im Geschäftsbericht nicht enthalten	-	-
	<u>65</u>	<u>100,0</u>
Unternehmen ohne das Untersuchungsmerkmal	<u>145</u> 210	

* Die Erhebung hat alle Unternehmen erfaßt, die sich im Geschäftsbericht als abhängige Gesellschaft bezeichnet und auf das Bestehen eines Beherrschungs- oder Gewinnabführungsvertrags nicht hingewiesen haben.

1) Vgl. PÖPPL, Franz: a.a.O., S. 36

Der Befund zeigt, daß alle Unternehmen der operational formulierten Forderung des Gesetzgebers entsprochen haben. Die Subhypothese H 2.2. kann damit als bewährt angesehen werden.

Überraschend ist die Feststellung - dies sei lediglich als "Nebenergebnis" der Untersuchung erwähnt - daß keines der abhängigen Unternehmen erklärt hat, es seien Nachteile entstanden und nicht ausgeglichen worden. Dies läßt den vorsichtigen Schluß zu, daß der Abhängigkeitsbericht seine Schutzfunktion ebenso erfüllt wie die angemessenen Ausgleichszahlungen (§ 304) und die Abfindungsleistungen (§ 305) aufgrund von Unternehmensverträgen. Als vorsichtig wollen wir diese Folgerung deshalb bezeichnen, weil im vorgelagerten Prozeß, der feststellen soll, ob überhaupt Nachteile entstanden sind, insbesondere bei dem im Versicherungsgeschäft häufigen Austausch von Dienstleistungen, erhebliche Ermessensspielräume bestehen.

ac) Berichterstattung über den Umfang des Konzerns

Die Konzernrechnungslegung, mit welcher der Gesetzgeber Neuland betreten hat, ¹⁾ wird im Konzernabschluß und Konzerngeschäftsbericht realisiert. Der Konzerngeschäftsbericht (§ 334) ist zwar lediglich die "notwendige Ergänzung des Konzernabschlusses," ²⁾ dennoch kommt ihm "zum Verständnis der Konzernzusammenhänge eine nicht unerhebliche Bedeutung zu." ³⁾ Ohne die in § 334 Abs. 1 verlangten Angaben wäre Außenstehenden eine Beurteilung des Konzerns als wirtschaftliche Einheit nicht möglich. ⁴⁾

1) Vgl. KROFFT, Bruno: Aktiengesetz, a.a.O., S. 437

2) Ebenda, S. 450

3) GOERDELER, Reinhard: Geschäftsbericht, Konzerngeschäftsbericht und "Abhängigkeitsbericht" aus der Sicht des Wirtschaftsprüfers, in: WPg 1966, S. 119

4) Ähnlich v. WYSOCKI, Klaus: Konzernrechnungslegung in Deutschland, a.a.O., S. 12

Das Aktiengesetz fordert in § 334 Abs. 1 Satz 1 - "um dem Leser des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichts einen möglichst klaren Überblick über den Umfang des Konzerns zu ermöglichen" ¹⁾ -, daß im Konzerngeschäftsbericht "die zum Konzern gehörenden Unternehmen mit Sitz im Inland einzeln aufzuführen" sind. Mit der Formulierung "einzeln aufzuführen" hat der Gesetzgeber operational festgelegt, daß die zum Konzern gehörenden Unternehmen einzeln namentlich zu benennen sind. Wir stellen deshalb folgende Hypothese auf:

SUBHYPOTHESE H 2.3.:

Die Konzernunternehmen mit Sitz im Inland werden im Konzerngeschäftsbericht von mindestens 75 % der Obergesellschaften einzeln aufgeführt.

Tabelle 13

Berichterstattung über den Umfang des Konzerns ■

Erhebungsmerkmale	Häufigkeit der Merkmale	
	abs.	in v.H.
A Die Konzernunternehmen mit Sitz im Inland sind im Konzerngeschäftsbericht einzeln aufgeführt	23	100,0
B Die Konzernunternehmen mit Sitz im Inland sind im Konzerngeschäftsbericht nicht einzeln aufgeführt	-	-
	<u>23</u>	<u>100,0</u>
Unternehmen ohne das Untersuchungsmerkmal	<u>187</u> 210	

* In der Erhebung sind alle Versicherungsaktiengesellschaften erfaßt worden, die für das Geschäftsjahr 1969 im Bundesanzeiger einen Konzern- bzw. Teilkonzernabschluß veröffentlicht haben, vgl. HAAS, Helmut / OSTHOFF, Joachim: a.a.O., S. 573

1) ADLER - DÜRING - SCHMALTZ: a.a.O., Bd. 3, § 334 Tz. 10

Der Befund zeigt, daß sich die Subhypothese H 2.3. bewährt hat. ¹⁾

ad) Berichterstattung über die in den Konzernabschluß einbezogenen Unternehmen

§ 334 Abs. 1 Satz 2 stellt folgende Forderung auf: "Die in den Konzernabschluß einbezogenen Unternehmen mit Sitz im Inland sind zu bezeichnen." Durch den Begriff "bezeichnen" gibt der Gesetzgeber klar zu erkennen, daß von sämtlichen Konzernunternehmen, die nach § 334 Abs. 1 Satz 1 aufzuführen sind, diejenigen Konzernunternehmen - z.B. durch einen Vermerk - zu kennzeichnen sind, die in den Konzernabschluß einbezogen worden sind.

Die operationale Gesetzesformulierung veranlaßt uns, die folgende Hypothese aufzustellen:

SUBHYPOTHESE H 2.4:

Die in den Konzernabschluß einbezogenen Unternehmen werden im Konzerngeschäftsbericht von mindestens 75 % der Obergesellschaften einzeln bezeichnet.

Tabelle 14

Berichterstattung über die in den Konzernabschluß einbezogenen Unternehmen *

Erhebungsmerkmale	Häufigkeit der Merkmale	
	abs.	in v.H.
A Die in den Konzernabschluß einbezogenen Unternehmen werden im Konzerngeschäftsbericht einzeln bezeichnet	23	100,0
B Die in den Konzernabschluß einbezogenen Unternehmen werden im Konzerngeschäftsbericht nicht einzeln bezeichnet	-	-
	<u>23</u>	<u>100,0</u>
Unternehmen ohne das Untersuchungsmerkmal	187	210

* In der Erhebung sind alle Versicherungsaktiengesellschaften erfaßt, die für das Geschäftsjahr 1969 im Bundesanzeiger einen Konzern- bzw. einen Teilkonzernabschluß veröffentlicht haben, vgl. HAAS, Helmut / OSTHOFF, Joachim: a.a.O., S. 573

1) Zum gleichen Ergebnis führten andere Untersuchungen zur Konzernrechnungslegung, vgl. v. WYSOCKI, Klaus: Konzernrechnungslegung in Deutschland, a.a.O., S. 14; JÄGER, Werner / VOGELGESANG, Michael; a.a.O., S. 392

Der Befund zeigt, daß unsere Subhypothese H 2.4. als bewährt gelten kann. Alle Unternehmen entsprechen in ihrer Informationsversorgung der gesetzlichen Anforderung. ¹⁾

ac) Berichterstattung über die Nichteinbeziehung von Konzern-
unternehmen mit Sitz im Inland, an denen eine Mehrheitsbe-
teiligung besteht

Aus der Aufstellung über alle Konzernunternehmen mit Sitz im Inland und der Bezeichnung der in den Konzernabschluß einbezogenen Unternehmen kann festgestellt werden, ob und gegebenenfalls auch welche inländischen Konzernunternehmen nicht in den Konzernabschluß einbezogen worden sind.

Nach § 329 Abs. 2 Satz 1 sind Konzernunternehmen mit Sitz im Inland, deren Anteile zu mehr als der Hälfte anderen Konzernunternehmen gehören, grundsätzlich konsolidierungspflichtig. Werden jedoch "Unternehmen mit Sitz im Inland, deren Anteile zu mehr als der Hälfte Konzernunternehmen gehören, nicht in den Konzernabschluß einbezogen, so ist dies näher zu begründen" (§ 334 Abs. 1 Satz 4). ²⁾ Als Gründe für die Nichteinbeziehung von Konzernunternehmen mit Sitz im Inland, an denen eine Mehrheitsbeteiligung besteht, kommen lediglich die geringe Bedeutung von Konzernunternehmen gem. § 329 Abs. 2 Satz 2 und die Beeinträchtigung des Aussagewertes des Konzernabschlusses bei Einbeziehung gem. § 329 Abs. 2 Satz 3 in Betracht. ³⁾

1) Zum gleichen Ergebnis führten andere Untersuchungen zur Konzernrechnungslegung, vgl. v. WYSOCKI, Klaus: Konzernrechnungslegung in Deutschland, a.a.O., S. 15; JÄGER, Werner / VOGELGESANG, Michael: a.a.O., S. 392

2) Das Gesetz spricht zwar nicht expressis verbis von "Konzernunternehmen", doch der Sinn der Vorschrift und der Sachzusammenhang mit § 329 Abs. 2 erlauben eine Interpretation nur in dem Sinne, daß mit Unternehmen Konzernunternehmen (§ 15) gemeint sind, vgl. IdW: Wirtschaftsprüfer-Handbuch 1973, a.a.O., S. 328

3) Vgl. v. WYSOCKI, Klaus: Konzernrechnungslegung in Deutschland, a.a.O., S. 16; ADLER - DÜRING - SCHMALTZ: a.a.O., Bd. 3, § 334 Tz. 15

Der Gesetzgeber legt damit in § 334 Abs. 1 Satz 4 operational fest, daß bei einer Nichteinbeziehung von Konzernunternehmen mit Sitz im Inland, an denen eine Mehrheitsbeteiligung besteht, durch die Konzernobergesellschaft eine Begründung im Konzerngeschäftsbericht gegeben werden muß, die - aufgrund von § 329 Abs. 2 Satz 2 und 3 - als Inhalt einen Hinweis

1. auf eine geringe Bedeutung der Konzernunternehmen oder
2. auf eine Beeinträchtigung des Aussagewertes des Konzernabschlusses

zu enthalten hat. Wir stellen deshalb folgende Hypothese auf:

SUBHYPOTHESE H 2.5.:

Mindestens 75 % der Obergesellschaften, die Konzernunternehmen mit Sitz im Inland, an denen eine Mehrheitsbeteiligung besteht, nicht in den Konzernabschluß einbezogen haben, geben im Konzerngeschäftsbericht einen Hinweis auf eine geringe Bedeutung der Konzernunternehmen oder auf eine Beeinträchtigung des Aussagewertes des Konzernabschlusses.

Es erscheint uns an dieser Stelle wichtig zu betonen, daß das Gesetz operational lediglich regelt, daß im Konzerngeschäftsbericht bei einer Nichteinbeziehung ein Hinweis auf die geringe Bedeutung des Konzernunternehmens oder auf eine Beeinträchtigung des Aussagewertes des Konzernabschlusses gegeben werden muß, in welcher Weise diese beiden Argumente für die Nichteinbeziehungen zu begründen sind, hat der Gesetzgeber offen gelassen.¹⁾

Die folgende empirische Untersuchung der Befolgung der operationalen Regelung des Gesetzgebers hat sich demnach lediglich darauf zu konzentrieren, ob die Konzernobergesellschaften bei einer Nichteinbeziehung von Konzernunternehmen mit Sitz im Inland, an denen eine Mehrheitsbeteiligung besteht, auf eine geringe Bedeutung des Konzernunternehmens oder auf eine Beeinträchtigung des Aussagewertes des Konzernabschlusses hinweisen.

1) Ähnlich v. WYSOCKI, Klaus: Konzernrechnungslegung in Deutschland, a.a.O., S. 20

Tabelle 15

Berichterstattung über die Nichteinbeziehung von Konzernunternehmen mit Sitz im Inland, an denen eine Mehrheitsbeteiligung besteht *

Erhebungsmerkmale	Häufigkeit der Merkmale	
	abs.	in v.H.
Anzahl der Obergesellschaften, die Konzernunternehmen mit Sitz im Inland, an denen eine Mehrheitsbeteiligung besteht, nicht in den Konzernabschluß einbezogen haben	9	100,0
A Die Nichteinbeziehung erfolgte <u>mit Hinweis</u>		
1. auf eine geringe Bedeutung der Konzernunternehmen (§ 329 Abs. 2 Satz 2)	8	88,8
2. auf eine Beeinträchtigung des Aussagewertes des Konzernabschlusses (§ 329 Abs. 2 Satz 3)	1	11,1
B Die Nichteinbeziehung erfolgte <u>ohne Hinweis</u>	-	-
	<u>9</u>	<u>100,0</u>
Unternehmen ohne das Untersuchungsmerkmal	<u>201</u> 210	

* In die Untersuchung sind alle Versicherungsaktiengesellschaften einbezogen worden, die für das Geschäftsjahr 1969 im Bundesanzeiger einen Konzern- bzw. einen Teilkonzernabschluß veröffentlicht haben, vgl. HAAS, Helmut / OSTHOFF, Joachim: a.a.O., S. 573

Der Befund ¹⁾ zeigt, daß unsere Subhypothese H 2.5. nicht falsifiziert werden kann.

1) Nahezu übereinstimmend sind die Ergebnisse anderer Untersuchungen zur Konzernrechnungslegung, vgl. v. WYSOCKI, Klaus: Konzernrechnungslegung in Deutschland, a.a.O., S. 19; JÄGER, Werner / VOGELGESANG, Michael: a.a.O., S. 393

af) Angabe der Begründung der fehlenden einheitlichen
Leitung von herrschenden Unternehmen bei Mehrheitsbe-
teiligungen von über 75 %

Das entscheidende Tatbestandsmerkmal sowohl des Unterordnungs- als auch des Gleichordnungskonzerns ist die Zusammenfassung unter einheitlicher Leitung. Eine Definition der einheitlichen Leitung findet sich im Aktiengesetz jedoch nicht, ¹⁾ da die Formen, welche die Wirtschaft für die Konzernleitung entwickelt hat, zu vielgestaltig sind, um einer gesetzlichen Regelung zugänglich zu sein. ²⁾ Einen Anhaltspunkt gibt lediglich die Begründung des Regierungsentwurfs: "Als Zusammenfassung unter einheitlicher Leitung muß es bereits angesehen werden, wenn die Konzernleitung die Geschäftspolitik der Konzerngesellschaften und sonstige grundsätzliche Fragen ihrer Geschäftsführung aufeinander abstimmt. Diese Abstimmung setzt kein Weisungsrecht voraus. Sie kann sich vielmehr auch in der lockeren Form gemeinsamer Beratungen vollziehen oder aus einer persönlichen Verflechtung der Verwaltungen ergeben." ³⁾ ⁴⁾ Hervorzuheben ist, daß eine einheitliche Leitung ausgeübt werden muß, um ein Konzernverhältnis zu begründen, und daß es dafür nicht ausreicht, wenn sie aufgrund einer Einflußmöglichkeit ausgeübt werden kann. ⁵⁾

-
- 1) Auf die sich vor allem gegen die Unbestimmtheit der Kriterien der einheitlichen Leitung wendende Kritik weist GLEICHMANN hin, vgl. GLEICHMANN, Karl, a.a.O., S. 55
 - 2) Vgl. KROPPF, Bruno: Aktiengesetz, a.a.O., S. 33
 - 3) Ebenda, S. 33; zu den Merkmalen der einheitlichen Leitung vgl. IHL, Günter: a.a.O., S. 24 ff.; von STARCK, Wulf: a.a.O., S. 17 ff.; IdW: Wirtschaftsprüfer-Handbuch 1973, a.a.O., S. 1371 ff.
 - 4) GLEICHMANN schlägt dem Gesetzgeber vor, für typische Fälle einheitlicher Leitung Vermutungen aufzustellen, vgl. GLEICHMANN, Karl: a.a.O., S. 56
 - 5) Vgl. KROPPF, Bruno: Aktiengesetz, a.a.O. S. 33

Es besteht einhellige Meinung in der Literatur darüber, daß die Beteiligung eines Unternehmens am Grundkapital einer anderen Gesellschaft die Hauptgrundlage zum Aufbau von Konzernen ist.¹⁾ Eine Beteiligungsquote, die in allen Fällen eine so starke Einflußnahme erlaubt, daß von einer einheitlichen Leitung gesprochen werden kann, läßt sich jedoch nicht angeben.²⁾

Nach § 18 Abs. 1 Satz 3 wird widerlegbar vermutet, daß abhängige Unternehmen - Abhängigkeitsverhältnisse ergeben sich insbesondere durch kapitalmäßige Beherrschung - mit dem herrschenden Unternehmen einen Konzern bilden, d.h. es wird davon ausgegangen, daß eine einheitliche Leitung besteht.

Angesichts dieser Rechtslage sah sich das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen zu folgenden Feststellungen veranlaßt: "Hieraus kann jedoch nicht gefolgert werden, daß bereits jede kapitalmäßige Beherrschung einer einheitlichen Leitung im Sinne von § 18 AktG gleichzusetzen ist. Diese Vermutung wird allerdings umso schwieriger zu widerlegen sein, je stärker die Kapitalbeteiligung ist. Eine Kapitalbeteiligung von z.B. 75 v. H. und mehr wird im allgemeinen nicht als bloße Kapitalanlage angesehen werden können. Das mit einer solchen Mehrheit beteiligte Unternehmen wird nach den praktischen Erfahrungen im Wirtschaftsleben einen Einfluß auf die Geschäftspolitik des abhängigen Unternehmens und auf sonstige grundsätzliche Fragen seiner Geschäftsführung nehmen wollen und auch nehmen. Wenn das Bestehen einer einheitlichen Leitung in Fällen dieser Art verneint wird, ist im G e s c h ä f t s b e r i c h t des herrschenden Unternehmens eine B e g r ü n d u n g hierfür

-
- 1) Vgl. MESTMÄCKER, Ernst-Joachim: Verwaltung, Konzerngewalt und Rechte der Aktionäre, a.a.O., S. 113; von STARCK, Wulf: a.a.O., S. 232; KUTZENBERGER, Gerhard: a.a.O., S. 15
 - 2) Vgl. KOBERSTEIN, Günther: Unternehmungszusammenschlüsse, Essen 1955, S. 63; von STARCK, Wulf: a.a.O., S. 232; WEDELL, Harald: Minderheitenschutz im Aktienrecht? - Aktionärsinteressen und Rechtswirklichkeit, Frankfurt am Main - Zürich 1971, S. 80

erforderlich. " 1) 2)

Das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen ³⁾ regelt damit operational, daß die herrschenden Unternehmen mit einer Kapitalbeteiligung von 75 % und mehr dann in ihrem Geschäftsbericht eine Begründung ⁴⁾ geben müssen, wenn sie das Bestehen eines Konzernverhältnisses verneinen. Wir sehen hierin eine Teil-Operationalisierung der Berichterstattungspflicht gem. § 160 Abs. 3 Nr. 10, welche die Frage offen läßt, ob herrschende Unternehmen - im Falle der Verneinung des Bestehens einer einheitlichen Lösung - dies in ihrem Geschäftsbericht zu begründen haben. Damit kann die folgende Hypothese aufgestellt werden:

SUBHYPOTHESE H 2.6.:

Mindestens 75 % der herrschenden Unternehmen mit einer Kapitalbeteiligung von 75 % und mehr geben eine Begründung, wenn sie das Bestehen eines Konzernverhältnisses verneinen.

Die Analyse der 210 Geschäftsberichte, die feststellen sollte, ob bei herrschenden Unternehmen mit einer Kapitalbeteiligung von 75 % und mehr im Geschäftsbericht eine Begründung gegeben wird, wenn die Existenz eines Konzernverhältnisses verneint wird, führte zu dem Ergebnis, daß von 28 herrschenden Gesellschaften mit einer Kapitalbeteiligung von 75 % und mehr lediglich eine Gesellschaft in ihrem Geschäftsbericht das Bestehen

-
- 1) BAV: Rechnungslegung, Umstellungsrechnung, in: Geschäftsbericht 1968, S. 31 (Hervorhebungen durch den Verfasser)
 - 2) In dem Vorentwurf der Kommission der Europäischen Gemeinschaften zur Harmonisierung der Konzernrechnungslegung wird sogar unwiderlegbar unterstellt, daß eine Mehrheitsbeteiligung die Ausübung einer einheitlichen Leitung zur Folge hat, vgl. MÜLLER, Eberhard: Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen nach dem Vorschlag einer Vierten EG-Richtlinie - Neuester Stand und Versuch einer praktischen Überleitung, in: AG 1974, S. 233 f.
 - 3) Zur Rechtssetzungsbefugnis des BAV vgl. PRÖLSS - SCHMIDT - SASSE: a.a.O., Anm. 2 zu § 55 a.F.
 - 4) Es ist damit lediglich operational geregelt, daß im Falle der Verneinung der einheitlichen Leitung das herrschende Unternehmen eine Begründung abzugeben hat; in welcher Weise die Begründung zu erfolgen hat, bleibt offen.

einer einheitlichen Leitung verneint, so daß nur bei diesem Unternehmen die Befolgung der operationalen Regelung des Bundesaufsichtsamts für das Versicherungs- und Bausparwesen überprüft werden kann.

Der Geschäftsbericht dieser Gesellschaft enthält folgende Begründung: "Eine Zusammenfassung der von uns abhängigen Unternehmen ... mit unserer Gesellschaft unter unserer einheitlichen Leitung besteht nicht, da wir von den sich aus unserem Aktienbesitz ergebenden Herrschaftsmöglichkeiten tatsächlich keinen Gebrauch gemacht haben."

Da die Zusammenfassung unter einheitlicher Leitung voraussetzt, daß der beherrschende Einfluß tatsächlich ausgeübt wird, ist die abgegebene Begründung als Befolgung der Vorschrift des Bundesaufsichtsamts für das Versicherungs- und Bausparwesen zu akzeptieren.

Damit kann die Subhypothese H 2.6. - unter dem Vorbehalt der Prüfung bei nur einer Gesellschaft - als bewährt gelten.

ag) Angabe des Unternehmens beim Bestehen einer wechselseitigen Beteiligung

Das Aktiengesetz 1965 enthält erstmals spezielle Vorschriften über sog. wechselseitige Beteiligungen. Sind Unternehmen mit Sitz im Inland in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft oder bergrechtlichen Gewerkschaft dadurch verbunden, daß jedem Unternehmen mehr als 25 % der Anteile ¹⁾ des anderen Unternehmens gehört, so sind sie wechselseitig beteiligte Unternehmen (§ 19 Abs. 1).

1) Die Grenzziehung zwischen "gefährlichen" und "ungefährlichen" wechselseitigen Beteiligungen war in den Beratungen lange Zeit stark umstritten. Im Referentenentwurf war die Grenze zunächst bei 20 % vorgesehen. In den Ausschüssen wurde zum Teil gefordert, wechselseitige Beteiligungen, die beiderseits 10 % aller Anteile übersteigen, in die gesetzliche Regelung einzubeziehen. Gesellschaftsrechtliche (Sperrminorität) und steuerliche (Schachtelprivileg) Gesichtspunkte ließen den Gesetzgeber schließlich die Grenze bei 25 % festlegen.

Für die Einführung gesetzlicher Vorschriften über die wechselseitige Beteiligung waren vornehmlich drei Gründe maßgeblich: ¹⁾

1. "Die wechselseitige Beteiligung zweier Unternehmen gefährdet die Aufbringung, die Erhaltung und den richtigen Ausweis des Kapitals. Zeichnen zwei Aktiengesellschaften wechselseitig ihre Aktien, so kann die gleiche zwischen den beiden Gesellschaften hin- und herwandernde Einlage mehrfach zur Kapitalerhöhung verwendet werden, obwohl diese Kapitalerhöhung nicht durch einen echten Vermögenszuwachs gedeckt ist." ²⁾
2. Im Ergebnis stellt die wechselseitige Beteiligung eine Rückgewähr von Einlagen dar, die gem. § 57 Abs. 1 verboten ist.
3. Durch Ausübung des Stimmrechts in den Hauptversammlungen führt die wechselseitige Beteiligung zu einer den Grundsätzen des Gesellschaftsrechts widersprechenden Herrschaft der Verwaltungen, die keiner Kontrolle durch die eigentlichen Anteilseigner unterliegen.

Trotz dieser Gefahren wurden aus der Wirtschaft Einwendungen gegen eine gesetzliche Beschränkung ³⁾ der wechselseitigen Beteiligung erhoben. "Namentlich von der Versicherungswirtschaft ist geltend gemacht worden, jedenfalls im Versicherungswesen spreche ein wirtschaftliches Bedürfnis für wechselseitige Be-

1) Vgl. KROPFF, Bruno: Aktiengesetz, a.a.O., S. 34 f.; HAVERMANN, Hans: Die verbundenen Unternehmen, a.a.O., S. 70

2) KROPFF, Bruno: Aktiengesetz, a.a.O., S. 34. Zu den Gefahren der wechselseitigen Beteiligung vgl. auch LUTTER, Marcus: Kapital, Sicherung der Kapitalaufbringung und -erhaltung in den Aktien- und GmbH-Rechten der EWG - Eine Untersuchung zur Ausfüllung von Artikel 54 Abs. 3 lit. g des Vertrages über die Errichtung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Karlsruhe 1964, S. 254 ff.

3) Zu den Rechtsfolgen der wechselseitigen Beteiligung vgl. IdW: Wirtschaftsprüfer-Handbuch 1973, a.a.O., S. 1387 ff.

teiligungen, weil sie den Gesellschaften die von der Versicherungsaufsicht geforderte Beschränkung auf einzelne Versicherungssparten erleichtere." 1)

Der Gesetzgeber folgte dem Antrag nicht, auf eine Regelung der wechselseitigen Beteiligung zu verzichten, da er diese Beteiligungen für rechtspolitisch unerwünscht hielt. 2)

Nach § 160 Abs. 3 Nr. 3 ist in jedem Geschäftsbericht über "das Bestehen einer wechselseitigen Beteiligung unter Angabe des Unternehmens" zu berichten. Damit ist operational geregelt, daß

1. über den Tatbestand als solchen zu berichten ist und
2. das wechselseitig beteiligte Unternehmen namentlich zu benennen ist.

Dabei kann sich unsere empirische Analyse der Geschäftsberichte zunächst nur auf die Einhaltung der zweiten Anforderung richten, wenn über die Existenz einer wechselseitigen Beteiligung berichtet wird. 3) Die operationale Gesetzesregelung veranlaßt uns, die folgende Hypothese aufzustellen:

SUBHYPOTHESE H 2.7.:

Mindestens 75 % der Gesellschaften, die über das Bestehen einer wechselseitigen Beteiligung berichten, geben den Namen des beteiligten Unternehmens an.

Die Untersuchung führt zu dem überraschenden Ergebnis, daß - trotz des von der Versicherungswirtschaft in den gesetzlichen Beratungen hervorgehobenen wirtschaftlichen Bedürfnisses - über keine wechselseitige Beteiligung i.S. des § 19 zwischen Versicherungs-Aktiengesellschaften berichtet wird. Lediglich eine Aktiengesellschaft teilt das Bestehen einer wechselseitigen Beteiligung i.S. des § 19 mit einem branchenverschiedenen Unternehmen unter Angabe des Namens mit.

1) KROPFF, Bruno: Aktiengesetz, a.a.O., S. 35

2) Vgl. ebenda, S. 37

3) Die Befolgung der ersten Anforderung versuchen wir mit Hilfe unserer "Querverbindungsuntersuchung" zu überprüfen, vgl. S. 141 der Arbeit.

Die Subhypothese H 2.7. kann damit - unter dem Vorbehalt der Prüfung bei nur einem Unternehmen - als bewährt angesehen werden.

b) Zusammenfassende Betrachtung der Einzelbefunde

Nachdem wir im vorhergehenden Teil der Arbeit die Hypothese H 2, wonach die Unternehmen dann nicht dazu neigen, Informationen zurückzuhalten, wenn die Aufforderung zur Informationsversorgung durch den Gesetzgeber mit operationalen Berichterstattungsnormen mit festgelegtem Inhalt erfolgt, anhand verschiedener Subhypothesen geprüft haben, wollen wir die Einzelbefunde zusammengefaßt in einer Tabelle darstellen.

Tabelle 16 läßt erkennen, daß bei allen untersuchten Berichtstatbeständen mindestens 75 % (unsere Zurückweisungsregel) der erhobenen Unternehmen den gesetzlichen Normen entsprochen haben. Die von uns aufgestellten Subhypothesen haben sich also bewährt. ¹⁾

1) Zu den Konsequenzen, die sich aus diesem Ergebnis für die Praxis ergeben, vgl. S. 159 der Arbeit.

Tabelle 16

Informationsversorgung durch die Unternehmen bei operationalen
Berichterstattungsnormen - Zusammenfassende Darstellung der
Einzelbefunde

Erhebungsmerkmale	Gesetz- fol- gung	Nicht- Gesetz- fol- gung	Hypo- thesen- bewäh- rung
	in v.H.	in v.H.	
1. Berichterstattung über mitge- teilte Beteiligungen			
a) Angabe des Namens der be- teiligten Gesellschaft(en)	100,0	-	ja
b) Angabe der Beteiligungshöhe	98,2	1,8	ja
2. Angabe der Schlußerklärung des Abhängigkeitsberichts	100,0	-	ja
3. Berichterstattung über den Um- fang des Konzerns	100,0	-	ja
4. Berichterstattung über die in den Konzernabschluß einbezo- gen Unternehmen	100,0	-	ja
5. Berichterstattung über die Nichteinbeziehung von Konzern- unternehmen mit Sitz im Inland, an denen eine Mehrheitsbeteili- gung besteht	100,0	-	ja
6. Angabe der Begründung der feh- lenden einheitlichen Leitung von herrschenden Unternehmen bei Mehrheitsbeteiligungen von über 75 % ¹⁾	100,0	-	ja
7. Angabe des Unternehmens beim Be- stehen einer wechselseitigen Be- teiligung ¹⁾	100,0	-	ja

1) Der Berichtstatbestand konnte nur bei einer Gesellschaft
beobachtet werden.

II. Analyse der freiwilligen Informationsversorgung durch die Unternehmen

Nachdem wir die gesetzlich erzwungene Informationsversorgung durch die Unternehmen mit Hilfe einer Befolgungsprüfung von Berichtstatbeständen analysiert haben, wenden wir uns dem Bereich der freiwilligen Berichterstattung, der sog. Publizitätsfreudigkeit zu. Dabei wollen wir untersuchen, ob sich Verhaltensweisen der Unternehmen feststellen lassen, die auf eine besonders stark ausgeprägte Informationsbereitschaft oder auf eine Informationsreserviertheit schließen lassen.

Zunächst sei noch betont, daß die Publizitätsfreudigkeit keinesfalls im Bereich der gesetzlich fixierten Berichterstattung erkennbar werden kann. "Solange ein Unternehmen nur die ihm vom Gesetzgeber auferlegten Pflichten erfüllt, kann von einer Publizitätsfreudigkeit keine Rede sein, da es ohne Belang ist, ob ein Unternehmen die vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Angaben freudig oder unwillig macht." ¹⁾ Die Publizitätsfreudigkeit kann also nur an den Angaben gemessen werden, welche die Gesellschaften über die gesetzlich fixierten Pflichten hinaus geben.

Zur Beurteilung der Publizitätsfreudigkeit ist weiterhin die Feststellung erforderlich, ob es sich bei den Angaben um Informationen i.S. von zweckorientiertem Wissen ²⁾ handelt oder ob dem Empfänger nur Tatbestände mitgeteilt werden, deren Kenntnis ihm wenig oder gar keinen Nutzen bringt. Es ist also notwendig, zwischen 'wichtigen' und 'unwichtigen' Informationen zu unterscheiden.

-
- 1) HAVERMANN, Hans: Zur Publizitätsfreudigkeit deutscher Aktiengesellschaften, a.a.O., S. 19.
 - 2) Vgl. WITTMANN, Waldemar: Unternehmung und unvollkommene Information, Köln und Opladen 1959, S. 14

In Anlehnung an unsere Hypothese der restriktiven Informationsversorgung durch die Unternehmen, die behauptet, daß die Gesellschaften dazu neigen, Informationen zurückzuhalten, vermuten wir, daß die freiwillige Informationsversorgung im Bereich der weniger 'wichtigen' Tatbestände erfolgen wird. Anders ausgedrückt: Wir nehmen an, daß die Unternehmen Informationen, deren Kenntnis z.B. für den Aktionär von Interesse wäre, deren Veröffentlichung der Gesellschaft jedoch unter Umständen geringfügige Nachteile bringen könnte, nicht in ihren Geschäftsbericht aufnehmen werden.

Die Publizitätsfreudigkeit kann in unserem Untersuchungsreich der Berichterstattung über die Unternehmensverbindungen darin zum Ausdruck kommen, daß Gesellschaften, die Beteiligungen halten, in ihrem Geschäftsbericht die genaue Höhe des Anteilsbesitzes veröffentlichen. Wir wollen diesen Berichtstatbestand als Untersuchungsgegenstand wählen, da er sich dazu anbietet, die oben angeführte Vermutung hinsichtlich einer differenzierenden freiwilligen Informationsversorgung durch die Unternehmen zu überprüfen. Es lassen sich nämlich Gründe dafür anführen, daß die Beteiligungsquote von Minderheitsbeteiligungen haltenden Gesellschaften prozentual in geringerem Umfang angegeben werden könnte als von Unternehmen, die Mehrheitsbeteiligungen besitzen.

Das Unternehmen A, das z.B. eine Beteiligung in Höhe von 48 % an dem Unternehmen B hält und diese zu einer Mehrheitsbeteiligung ausweiten will, wird wohl kaum dazu bereit sein, die Beteiligungsquote in seinem Geschäftsbericht zu veröffentlichen, da es dadurch möglicherweise einen Preis für den Rest der Aktien bezahlen mußte, der nur durch die indirekte Bekanntgabe seiner Absichten in die Höhe getrieben wurde.

Die Gesellschaft, die eine Mehrheitsbeteiligung hält, wird - so vermuten wir - eher bereit sein, die Beteiligungsquote anzugeben, da sie - besonders wenn sie die qualifizierte Mehrheit von 75 % besitzt - die für eine maßgebliche Beeinflussung der anderen Gesellschaft erforderlichen Voraussetzungen schon

geschaffen hat. Wir stellen deshalb folgende Hypothese auf:

HYPOTHESE:

Die Publizitätsfreudigkeit ist bei Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung(en) größer als bei Unternehmen mit Minderheitsbeteiligung(en).

Diese Hypothese wollen wir - wie oben dargestellt - ¹⁾ dann als bestätigt ansehen, wenn der Anteil der Gesellschaften mit Mehrheitsbeteiligung(en), welche die Beteiligungsquote im Geschäftsbericht angeben, doppelt so groß ist wie der Anteil der Gesellschaften, die den Prozentsatz ihrer Minderheitsbeteiligung(en) nennen.

Tabelle 17

Freiwillige Informationsversorgung durch die Unternehmen -
Angabe der Beteiligungsquote

Erhebungsmerkmale	Häufigkeit der Merkmale	
	abs.	in v.H.
A Angabe der Beteiligungsquote bei Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung(en)		
1. Der Beteiligungsprozentsatz wird in allen Fällen angegeben	51	73,9
2. Der Beteiligungsprozentsatz wird nicht in allen Fällen angegeben	3	4,3
3. Der Beteiligungsprozentsatz wird nicht angegeben	<u>15</u> <u>69</u>	<u>21,8</u> <u>100,0</u>
Unternehmen ohne Mehrheitsbeteiligung(en)	<u>141</u> <u>210</u>	
B Angabe der Beteiligungsquote bei Unternehmen mit Minderheitsbeteiligung(en)		
1. Der Beteiligungsprozentsatz wird in allen Fällen angegeben	32	34,0
2. Der Beteiligungsprozentsatz wird nicht in allen Fällen angegeben	4	4,3
3. Der Beteiligungsprozentsatz wird nicht angegeben	<u>58</u> <u>94</u>	<u>61,7</u> <u>100,0</u>
Unternehmen ohne Minderheitsbeteiligung(en)	<u>116</u> <u>210</u>	

* Die Untersuchung erfaßte alle Unternehmen, die in ihrem Geschäftsbericht auf das Bestehen von Mehrheits- bzw. Minderheitsbeteiligung(en) unter Angabe des Unternehmens hinwiesen.

1) Vgl. S. 59 f. der Arbeit.

Tabelle 17 zeigt, daß mit 73,9 % der Anteil der Gesellschaften mit Mehrheitsbeteiligung(en), welche die Beteiligungsquote angeben, mehr als doppelt so groß ist wie der Anteil (34,0 %) der Unternehmen mit Minderheitsbeteiligung(en), die den Beteiligungsprozentsatz im Geschäftsbericht veröffentlichen.

Die von uns aufgestellte Hypothese kann damit - wenn auch nur sehr knapp - als bestätigt gelten.

III. Analyse der Informationsversorgung durch die Unternehmen mit Hilfe einer "Querverbindungsuntersuchung"

Die Querverbindungsuntersuchung erfaßt die Unternehmensverbindungen, die - aus den Geschäftsberichten erkennbar - zwischen den Gesellschaften bestehen, die in unser empirisches Feld einbezogen worden sind. Mit dieser Methode verfolgen wir zwei Ziele: Erstens wollen wir feststellen, ob überhaupt über die nach den gesetzlichen Vorschriften berichtspflichtigen ¹⁾ Verbindungen berichtet wird, zweitens soll überprüft werden, ob auch kongruente ²⁾ Angaben gemacht werden.

-
- 1) Die Untersuchung erfaßt - zum Zweck des Vergleichs mit der Berichterstattung über Querverbindungen zwischen verbundenen Unternehmen - auch nicht berichtspflichtige Minderheitsbeteiligungen, Organisationsverträge und Personalunionen zwischen i.S. von § 15 nicht-verbundenen Unternehmen.
 - 2) Eine nicht-kongruente Berichterstattung ist z.B. dann gegeben, wenn das Unternehmen A (Konzernobergesellschaft) in seinem Geschäftsbericht die Gesellschaft B als in Mehrheitsbesitz stehendes Konzernunternehmen kennzeichnet, die Gesellschaft B dagegen in ihrem Geschäftsbericht nur angibt, daß sie in Mehrheitsbesitz von A steht.

Zur Beschreibung der Methode wollen wir ein Beispiel anführen. Wir nehmen an, daß 50 Gesellschaften in ihrem Geschäftsbericht angeben, daß sie insgesamt an 80 der in die Untersuchung einbezogenen Unternehmen Mehrheitsbeteiligungen besitzen. Damit ergeben sich in unserer Erhebung 80 Unternehmen mit "festgestellter" passiver Mehrheitsbeteiligung. Teilen nur 40 dieser 80 Gesellschaften mit, daß sie in Mehrheitsbesitz stehen, so wird in der Tabelle "Berichterstattung der Unternehmen über bei der 'Gegenseite' im Geschäftsbericht festgestellte passive Mehrheitsbeteiligung" ausgewiesen, daß nur 50 % der erhobenen Unternehmen die festgestellte passive Mehrheitsbeteiligung angegeben haben.

Eine Gesetzeseinhaltung werden wir dann konstatieren, wenn mindestens 75 % der erhobenen Gesellschaften die berichtspflichtigen Unternehmensverbindungen angegeben haben. ¹⁾

1. Darstellung der Einzelbefunde

a) Berichterstattung über festgestellte aktive und passive Minderheitsbeteiligungen

Da die Präsenz in den Hauptversammlungen deutscher Aktiengesellschaften im Durchschnitt nur bei 70 bis 80 % ²⁾ des gesamten Grundkapitals liegt, kann auch schon eine Beteiligung von weniger als 50 % am Grundkapital einer Gesellschaft die Majorisierung ihrer Hauptversammlung ermöglichen. Insbesondere aufgrund der Passivität der Kleinaktionäre ³⁾ können schon 20 bis 40 % des Grundkapitals ⁴⁾ zur beherrschenden Einflußnahme genügen. So kann z.B. die einheitliche Leitung eines Konzerns

1) Zur Festlegung dieser formalen Zurückweisungsregel vgl. S. 56 ff. der Arbeit.

2) Vgl. Deutscher Bundestag: Bericht über das Ergebnis einer Untersuchung der Konzentration in der Wirtschaft, a.a.O., S. 63

3) Zur Passivität der Kleinaktionäre vgl. GROSSFELD, Bernhard: a.a.O., S. 19 ff.

4) Vgl. FISCHER, Curt Eduard: a.a.O., S. 95; auf weitere Zahlenangaben, die sich nur geringfügig von den hier angeführten unterscheiden, verweist GROSSFELD, Bernhard: a.a.O., S. 27 f.

Tabelle 18

Berichterstattung der Unternehmen über bei der 'Gegenseite' im Geschäftsbericht festgestellte aktive und passive Minderheitsbeteiligung(en)

Erhebungsmerkmale	Häufigkeit der Merkmale	
	abs.	in v.H.
A BERICHTERSTATTUNG DER UNTERNEHMEN ÜBER FESTGESTELLTE AKTIVE MINDETHEITSBETEILIGUNG(EN)		
1. Zwischen verbundenen Unternehmen (§ 15)		
a) Angabe der Minderheitsbeteiligung(en)	19	100,0
b) Keine bzw. teilweise Angabe der Minderheitsbeteiligung(en)	-	-
	<u>19</u>	<u>100,0</u>
Unternehmen ohne das Untersuchungsmerkmal	<u>191</u> 210	
2. Zwischen nicht-verbundenen Unternehmen		
a) Angabe der Minderheitsbeteiligung(en)	17	31,0
b) Keine bzw. teilweise Angabe der Minderheitsbeteiligung(en)	4 ¹⁾	19,0
	<u>21</u>	<u>100,0</u>
Unternehmen ohne das Untersuchungsmerkmal	<u>189</u> 210	
B BERICHTERSTATTUNG DER UNTERNEHMEN ÜBER FESTGESTELLTE PASSIVE MINDETHEITSBETEILIGUNG(EN)		
1. Zwischen verbundenen Unternehmen (§ 15)		
a) Angabe der Minderheitsbeteiligung(en)	11	57,9
b) Keine bzw. teilweise Angabe der Minderheitsbeteiligung(en)	3 ²⁾	42,1
	<u>19</u>	<u>100,0</u>
Unternehmen ohne das Untersuchungsmerkmal	<u>191</u> 210	
2. Zwischen nicht-verbundenen Unternehmen		
a) Angabe der Minderheitsbeteiligung(en)	19	55,9
b) Keine bzw. teilweise Angabe der Minderheitsbeteiligung(en)	15 ³⁾	44,1
	<u>34</u>	<u>100,0</u>
Unternehmen ohne das Untersuchungsmerkmal	<u>176</u> 210	

- Die 4 Unternehmen, bei denen wir die Beteiligungen festgestellt haben, geben folgende Beteiligungsquoten an: 35 %, > 25 %, 10 %, ohne Angabe.
- Alle 8 Unternehmen, bei denen wir die Beteiligungen festgestellt haben, geben die Beteiligungsquoten nicht an.
- 6 Unternehmen, bei denen wir die Beteiligungen festgestellt haben, geben die Beteiligungsquote mit genau 25 % an. Ein Unternehmen berichtet nicht über eine Beteiligung, welche die 'Gegenseite' mit > 25 % ausweist. Falls die Beteiligung mitgeteilt worden ist, liegt damit ein Verstoß gegen § 160 Abs. 3 Nr. 11 vor.

auf einer 40 %igen Beteiligung - bei gleichzeitiger teilweiser Personalunion im Vorstand und Aufsichtsrat von zwei Gesellschaften - basieren.

Daraus ergibt sich, daß i. S. von § 15 verbundene Unternehmen, wobei die Verbindung - erkennbar aus dem Geschäftsbericht - nicht in einer Mehrheitbeteiligung, einer wechselseitigen Beteiligung oder einem Unternehmensvertrag gem. § 291 f. besteht, auch die Existenz von Minderheitsbeteiligungen im Rahmen der Berichterstattung über die rechtlichen Beziehungen gem. § 160 Abs. 3 Nr. 10 angeben müssen. Wir werden deshalb untersuchen, ob über in unserem empirischen Feld festgestellte aktive und passive Minderheitsbeteiligungen zwischen i.S. von § 15 verbundenen Unternehmen berichtet wird. Zum Vergleich erheben wir auch die Berichterstattung über festgestellte aktive und passive Minderheitsbeteiligungen zwischen nicht-verbundenen Unternehmen, die nur dann einer Berichtspflicht (§ 160 Abs. 3 Nr. 11) unterliegen, wenn ihnen eine Beteiligung von über 25 % mitgeteilt worden ist.

Tabelle 18 zeigt bei der Berichterstattung über festgestellte passive Minderheitsbeteiligung(en) zwischen verbundenen Unternehmen eine Nichtbefolgung des Gesetzes i.S. unserer Zurückweisungsregel. Zumindest zweifelhaft ist, ob die Gesellschaft, die eine passive Minderheitsbeteiligung nicht angibt, deren Prozentsatz das beteiligte Unternehmen mit 'größer als 25 %' ausweist (vgl. Tabelle 18, Anm. 3), die Vorschrift des § 160 Abs. 3 Nr. 11 befolgt. Falls ihr die Beteiligung mitgeteilt worden ist, liegt ein Gesetzesverstoß vor.¹⁾

1) Es ist anzunehmen, daß die Mitteilung erfolgt ist, da die Unterlassung einer nach § 20 Abs. 1 oder 4 gebotenen Mitteilung durch ein Unternehmen zur Folge hat, daß es aus sämtlichen ihm gehörigen Aktien keinerlei Rechte mehr ausüben kann (§ 20 Abs.7).

b) Berichterstattung über festgestellte aktive und passive
Mehrheitsbeteiligungen

Mit Hilfe der Querverbindungsuntersuchung soll festgestellt werden, ob die Unternehmen über in unserem empirischen Feld festgestellte aktive und passive Mehrheitsbeteiligungen berichten. Sollte das 'Verschweigen' einer aktiven Mehrheitsbeteiligung erkannt werden, müßte dies als ein schwerwiegender Gesetzesverstoß interpretiert werden. Die fehlende Angabe einer passiven Mehrheitsbeteiligung könnte auch - von uns nicht feststellbar - auf eine unterbliebene Mitteilung gem. § 20 Abs. 4 zurückzuführen sein.

Tabelle 19

Berichterstattung der Unternehmen über bei der 'Gegenseite' im Geschäftsbericht festgestellte aktive und passive Mehrheitsbeteiligung(en)

Erhebungsmerkmale	Häufigkeit der Merkmale	
	abs.	in v.H.
A Berichterstattung der Unternehmen über festgestellte aktive Mehrheitsbeteiligung(en)		
1. Angabe der Mehrheitsbeteiligung(en)	36	90,0
2. Keine bzw. teilweise Angabe der Mehrheitsbeteiligung(en)	$\frac{4}{40}$ ¹⁾	$\frac{10,0}{100,0}$
Unternehmen ohne das Untersuchungsmerkmal	$\frac{170}{210}$	
B Berichterstattung der Unternehmen über die festgestellte passive Mehrheitsbeteiligung		
1. Angabe der Mehrheitsbeteiligung	59	95,2
2. Keine Angabe der Mehrheitbeteiligung	$\frac{3}{62}$ ²⁾	$\frac{4,8}{100,0}$
Unternehmen ohne das Untersuchungsmerkmal	$\frac{148}{210}$	

- 1) 1 Unternehmen gibt eine direkte Mehrheitsbeteiligung nicht an, 3 Unternehmen weisen auf das Bestehen einer indirekten Mehrheitsbeteiligung nicht hin.
- 2) Die 3 Unternehmen geben nicht an, wer indirekte Mehrheitsbeteiligungen an ihnen hält.

Tabelle 19 läßt erkennen, daß die Unternehmen bei der Berichterstattung über festgestellte aktive und passive Mehrheitsbeteiligungen das Gesetz - i.S. unsrer Zurückweisungsregel - befolgen. Bemerkenswert ist jedoch die Feststellung, daß es auch Unternehmen gibt, welche die Angaben einer bestehenden aktiven Mehrheitsbeteiligung 'unterlassen'.

c) Berichterstattung über festgestellte Beherrschungs- und
Abhängigkeitsverhältnisse

In diesem Teil der Untersuchung werden die im empirischen Feld beobachteten Unternehmensverbindungen erfaßt, die dadurch gekennzeichnet sind, daß die Gesellschaft, bei der das Beherrschungs- bzw. Abhängigkeitsverhältnis (§ 17) festgestellt worden ist, nicht gleichzeitig - nach den Angaben im Geschäftsbericht - Konzernunternehmen bzw. Konzernobergesellschaft ¹⁾ ist. Wir wollen zunächst erheben, ob die festgestellte Verbindung (§ 17) angegeben wird. Sollte dabei beobachtet werden, daß ein Unternehmen z.B. über ein festgestelltes Beherrschungsverhältnis nicht berichtet hat, wollen wir nachprüfen, ob diese Gesellschaft auf eine aktive Mehrheitsbeteiligung hinweist und damit fehlende Kongruenz der Berichterstattung zu konstatieren ist.

1) Diese Verbindungen werden im nächsten Abschnitt der Arbeit erfaßt.

Tabelle 20

Berichterstattung der Unternehmen über bei der 'Gegenseite' im Geschäftsbericht festgestellte Beherrschungs- und Abhängigkeitsverhältnisse

Erhebungsmerkmale	Häufigkeit der Merkmale	
	abs.	in v.H.
A Berichterstattung der Unternehmen über festgestellte Beherrschungsverhältnisse		
1. Angabe der Beherrschungsverhältnisse	2	13,3
2. Keine bzw. teilweise Angabe der Beherrschungsverhältnisse	13 *	86,7
	<u>15</u>	<u>100,0</u>
Unternehmen ohne das Untersuchungsmerkmal	<u>195</u> 210	
B Berichterstattung der Unternehmen über ein festgestelltes Abhängigkeitsverhältnis		
1. Angabe des Abhängigkeitsverhältnisses	30	100,0
2. Keine Angabe des Abhängigkeitsverhältnisses	-	-
	<u>30</u>	<u>100,0</u>
Unternehmen ohne das Untersuchungsmerkmal	<u>180</u> 210	

* Die 13 Gesellschaften weisen nur auf Mehrheitsbeteiligungen hin; es liegt also eine nicht-kongruente Berichterstattung vor.

Tabelle 20 zeigt, daß 86,7 % der Unternehmen bei der Berichterstattung über festgestellte Beherrschungsverhältnisse das Gesetz nicht befolgen. Diese Gesellschaften weisen lediglich auf Mehrheitsbeteiligungen hin, ohne auf die Vermutung des § 17 Abs. 2 einzugehen, ¹⁾ so daß eine nicht-kongruente Berichterstattung vorliegt. Die Unternehmen haben es demnach nicht beachtet, daß bei der Berichterstattung die "jeweils wichtigste Form der Unternehmensverbindung ... erkennbar gemacht werden" ²⁾ muß.

1) 11 der 13 Gesellschaften sind in Tabelle 5, B 4. (S. 80 der Arbeit) erfaßt.

2) IdW: Sonderausschuß Neues Aktienrecht - Stellungnahme NA 2/1966, a.a.O., S. 132

d) Berichterstattung über festgestellte Konzernverhältnisse

Zunächst soll erhoben werden, ob über ein festgestelltes "Konzernüberordnungsverhältnis" (Konzernobergesellschaft) und über ein festgestelltes "Konzernunterordnungsverhältnis" (Konzernunternehmen) berichtet wird. Sollten die genannten Angaben fehlen, werden wir nachprüfen, ob eine nicht-kongruente Berichterstattung vorliegt, ob also z.B. ein festgestelltes Konzernunternehmen lediglich auf das Bestehen eines Abhängigkeitsverhältnisses hinweist. Außerdem soll untersucht werden, ob festgestellte Konzernunternehmen auch ihre "Mitkonzernunternehmen" und ob festgestellte Mitglieder eines Gleichordnungskonzerns auch die weiteren Mitglieder des Gleichordnungskonzerns angeben.¹⁾

1) In den beiden dargestellten Fällen besteht eine Berichtspflicht, weil Konzernunternehmen innerhalb eines Konzerns auch untereinander i.S. von § 15 verbunden sind; dies gilt sowohl für den Unterordnungs- als auch für den Gleichordnungskonzern, vgl. IdW: Wirtschaftsprüfer-Handbuch 1973, a.a.O., S. 1343

Tabelle 21

Berichterstattung der Unternehmen über ein bei der 'Gegenseite' im Geschäftsbericht festgestelltes Konzernverhältnis

Erhebungsmerkmale	Häufigkeit der Merkmale	
	abs.	in v.H.
A BERICHTERSTATTUNG DER UNTERNEHMEN ÜBER EIN FESTGESTELLTES "KONZERNÜBERORDNUNGSVERHÄLTNIS"		
1. Angabe des "Konzernüberordnungsverhältnisses"	20	87,0
2. Keine Angabe des "Konzernüberordnungsverhältnisses"	3 ¹⁾	13,0
	<u>23</u>	<u>100,0</u>
Unternehmen ohne das Untersuchungsmerkmal	<u>187</u> 210	
B BERICHTERSTATTUNG DER UNTERNEHMEN ÜBER EIN FESTGESTELLTES "KONZERNUNTERORDNUNGSVERHÄLTNIS"		
1. Angabe des "Konzernunterordnungsverhältnisses"	30	62,5
2. Keine Angabe des "Konzernunterordnungsverhältnisses"	18 ²⁾	37,5
	<u>48</u>	<u>100,0</u>
Unternehmen ohne das Untersuchungsmerkmal	<u>162</u> 210	
C BERICHTERSTATTUNG DER UNTERNEHMEN ÜBER FESTGESTELLTE "MITKONZERNUNTERNEHMEN"		
1. Angabe aller "Mitkonzernunternehmen"	19	76,0
2. Teilweise Angabe der "Mitkonzernunternehmen"	1	4,0
3. Keine Angabe der "Mitkonzernunternehmen"	5	20,0
	<u>25</u>	<u>100,0</u>
Unternehmen ohne das Untersuchungsmerkmal	<u>185</u> 210	
D BERICHTERSTATTUNG DER UNTERNEHMEN ÜBER FESTGESTELLTE MITGLIEDER EINES GLEICHORDNUNGSKONZERNS		
1. Angabe aller Mitglieder	16	100,0
2. Keine Angabe der Mitglieder	0	0,0
	<u>16</u>	<u>100,0</u>
Unternehmen ohne das Untersuchungsmerkmal	<u>194</u> 210	

- 1) Die 3 Gesellschaften weisen lediglich auf Mehrheitsbeteiligungen hin; es liegt also eine nicht-kongruente Berichterstattung vor.
- 2) 16 der 18 Gesellschaften berichten nur über das Bestehen eines Abhängigkeitsverhältnisses; es liegt demnach eine nicht-kongruente Berichterstattung vor. Ein Unternehmen weist auf einen "Unternehmensvertrag" hin, so daß nicht erkennbar ist, ob sich daraus ein "Konzernunterordnungsverhältnis" ergibt. Eine Gesellschaft berichtet nicht über ein indirektes "Konzernunterordnungsverhältnis".

Die Untersuchung der Berichterstattung über festgestellte Konzernverhältnisse hat ergeben, daß nur im Bereich der Angabe des festgestellten "Konzernunterordnungsverhältnisses" eine Nichtbefolgung des Gesetzes i.S. unserer Zurückweisungsregel vorliegt. Die Unternehmen haben es größtenteils (vgl. Tabelle 20, Anm. 2) unterlassen, die wichtigste Art der Verbindung anzugeben; sie weisen lediglich auf die Existenz eines Abhängigkeitsverhältnisses hin.¹⁾

Mehr als 75 % der betroffenen Gesellschaften haben dagegen das festgestellte "Konzernüberordnungsverhältnis", die festgestellten "Mitkonzernunternehmen" und die festgestellten Mitglieder eines Gleichordnungskonzerns angegeben.

e) Berichterstattung über festgestellte Unternehmensverträge

Mit Hilfe dieses Teils der Untersuchung soll festgestellt werden, ob über Unternehmensverträge gem. § 291 f., welche die in unsere Erhebung einbezogenen Gesellschaften in ihren Geschäftsberichten angeben, von beiden Vertragspartnern berichtet wird.

Tabelle 22 zeigt, daß bei der Berichterstattung über festgestellte Unternehmensverträge gem. § 291 f. eine Befolgung des Gesetzes i.S. unserer Zurückweisungsregel gegeben ist.

1) 16 der 18 Gesellschaften sind in Tabelle 6, B 4 b (S. 87 der Arbeit) erfaßt.

Tabelle 22

Berichterstattung über in den Geschäftsberichten der in die Erhebung einbezogenen Gesellschaften festgestellte Unternehmensverträge gem. § 291 f. AktG *

Erhebungsmerkmale	Häufigkeit der Merkmale	
	abs.	in v.H.
A Angabe des Unternehmensvertrages von beiden Vertragspartnern	19	89,5
B Angabe des Unternehmensvertrages von nur einem Vertragspartner	2	10,5
	<u>21</u>	<u>100,0</u>

* In die Erhebung sind alle Unternehmensverträge gem. § 291 f. einbezogen worden, über die in den Geschäftsberichten der in die Erhebung einbezogenen 210 Gesellschaften berichtet wurde.

f) Berichterstattung über festgestellte organisatorische und personelle Verbindungen

In der Versicherungswirtschaft vollzieht sich die Verflechtung untereinander häufig auf der Basis einer Personalunion und von Organisationsverträgen. ¹⁾ So wird auch die "einheitliche Leitung (eines Konzerns) in der Regel durch Personalunion von Vorstands- und/oder Aufsichtsratsmitgliedern und/oder durch Interessen- oder Arbeitsgemeinschaftsverträge (gemeinsamer Außendienst, ...) hergestellt." ²⁾ Wir wollen deshalb untersuchen, ob über in den Geschäftsberichten der in die Erhebung einbezogenen Gesellschaften festgestellte Organisationsverträge und Personalunionen zwischen i.S. von § 15 verbundene Unternehmen - für diese besteht eine Berichtspflicht gem. § 160 Abs. 3 Nr. 10 - von beiden Vertragspartnern berichtet wird. Zum Vergleich erheben wir auch die Berichterstattung über die angeführten Verbindungen zwischen i.S. von § 15 nicht-verbundenen Unternehmen, für die keine Berichtspflicht besteht.

1) Vgl. Deutscher Bundestag: Anlagenband zum Bericht über das Ergebnis einer Untersuchung der Konzentration in der Wirtschaft, a.a.O., S. 367

2) KALWAR, Hans: a.a.O., S. 209

Tabelle 23

Berichterstattung über in den Geschäftsberichten der in die Erhebung einbezogenen Gesellschaften festgestellte organisatorische und personelle Verbindungen ¹⁾

Erhebungsmerkmale	Häufigkeit der Merkmale	
	abs.	in v.H.
A BERICHTERSTATTUNG ÜBER IN DEN GESCHÄFTSBERICHTEN FESTGESTELLTE ORGANISATORISCHE VERBINDUNGEN		
1. Zwischen verbundenen Unternehmen (§ 15)		
a) Angabe der organisatorischen Verbindung von beiden Vertragspartnern	74	87,1
b) Angabe der organisatorischen Verbindung von nur einem Vertragspartner	11	12,9
	<u>85</u>	<u>100,0</u>
2. Zwischen nicht-verbundenen Unternehmen		
a) Angabe der organisatorischen Verbindung von beiden Vertragspartnern	11	42,3
b) Angabe der organisatorischen Verbindung von nur einem Vertragspartner	15	57,7
	<u>26</u>	<u>100,0</u>
B BERICHTERSTATTUNG ÜBER IN DEN GESCHÄFTSBERICHTEN FESTGESTELLTE PERSONELLE VERBINDUNGEN		
1. Zwischen verbundenen Unternehmen (§ 15)		
a) Angabe der personellen Verbindung von beiden Gesellschaften	79	90,8
b) Angabe der personellen Verbindung von nur einer Gesellschaft	8	9,2
	<u>87</u>	<u>100,0</u>
2. Zwischen nicht-verbundenen Unternehmen	-	-

1) Als organisatorische Verbindungen wurden erfasst: Verwaltungsgemeinschaft, Organisationsgemeinschaft, Arbeitsgemeinschaft, Interessengemeinschaft, Organisationsabkommen, Generalagentur- (Agentur-) vertrag, Personalunion im Außen- und/oder Innendienst. Als personelle Verbindungen wurden erfasst: Personalunion von Vorstands- und/oder Aufsichtsrats- (Verwaltungsrats-) mitgliedern.

Tabelle 23 zeigt, daß die Unternehmen bei der Berichterstattung über festgestellte organisatorische und personelle Verbindungen das Gesetz i.S. unserer Zurückweisungsregel befolgen.

g) Berichterstattung über festgestellte wechselseitige Beteiligungen

In der Diskussion um die Einführung einer Vorschrift über die wechselseitige Beteiligung von Unternehmen in das Aktiengesetz 1965 und um die damit verbundene beschränkte Ausübung der Rechte aus diesen Beteiligungen, ist durch die Versicherungswirtschaft argumentiert worden, daß aufgrund des aufsichtsrechtlichen Spartenentrennungsprinzips wechselseitige Beteiligungen für Versicherungsunternehmen erforderlich seien, um die Basis für eine Zusammenarbeit zu schaffen. ¹⁾

Unsere Untersuchungsmethode führt zu dem deshalb überraschenden Ergebnis, daß zwischen den in unser empirisches Feld einbezogenen Aktiengesellschaften keine wechselseitige Beteiligung i.S. des § 19 festgestellt werden kann. ²⁾

2. Zusammenfassende Betrachtung der Einzelbefunde

Die wesentlichen Ergebnisse der Querverbindungsuntersuchung wollen wir kurz zusammenfassen. Es hat sich gezeigt, daß die Unternehmen das Gesetz nicht befolgen ³⁾ bei:

-
- 1) Vgl. KROPPF, Bruno: Aktiengesetz, a.a.O., S. 35 f.
 - 2) Es sind dagegen mehrere wechselseitige Beteiligungen festgestellt worden, bei denen das eine Unternehmen eine genau 25 %ige und das andere Unternehmen eine über 25 %ige Beteiligung erhält. Mit dieser Konstruktion wird die Beschränkung der Rechte aus den Anteilen (§ 320) vermieden.
 - 3) Eine Gesetzesbefolgung haben wir entsprechend unserer Zurückweisungsregel dann angenommen, wenn 75 % der betroffenen Gesellschaften die berichtspflichtigen Tatbestände angegeben haben.

1. Der Berichterstattung über festgestellte passive Minderheitsbeteiligungen zwischen i.S. von § 15 verbundenen Unternehmen (Nichtbefolgung des Gesetzes: 42,1 %)
2. Der Berichterstattung über festgestellte Beherrschungsverhältnisse (Nichtbefolgung des Gesetzes: 36,7 %)
3. Der Berichterstattung über festgestellte "Konzernunterordnungsverhältnisse" (Nichtbefolgung des Gesetzes: 37,5 %)

Die Erhebung der Angaben über die anderen berichtspflichtigen Tatbestände hat ergeben, daß in den meisten Fällen der Anteil der das Gesetz befolgenden Unternehmen zwischen 76 und 95 % liegt.

Die Ergebnisse berechtigen u.E. deshalb zu der Aussage, daß der Leser des Geschäftsberichts einer Gesellschaft nicht davon ausgehen kann, daß ihm alle berichtspflichtigen Unternehmensverbindungen mitgeteilt werden.

IV. Analyse von Einflußfaktoren der Informationsversorgung durch die Unternehmen

In der Literatur, die sich mit der Publizität der Unternehmen auseinandersetzt, werden Vermutungen bzw. Behauptungen geäußert, wonach die Informationsversorgung durch die Unternehmen von bestimmten "Einflußfaktoren" ¹⁾ bestimmt wird. So nehmen SINGHVI /

1) HAUSCHILDT, Jürgen: Entwicklungslinien der Bilanzanalyse, in: ZfbF 1971, S. 348. HAUSCHILDT nennt folgende Einflußfaktoren: Unternehmensgröße, Rechtsform, Standort, Konzernbeziehung, Auslandsbeziehungen, Sortimentsbreite und -tiefe, konjunkturelle Abhängigkeit, Wachstumsunterschiede und Organisationsformen.

DESAI an, "that the quality of disclosure in annual reports is not an independent variable; rather it is likely to be influenced by several variables." 1)

Vor der Prüfung von Hypothesen, die einen Zusammenhang zwischen Publizitätsgüte und institutionellen Faktoren (Branche, Rechtsform etc.) unterstellen, ist jedoch ein Operationalisierungsproblem zu lösen. Während wir bisher auf die Befolgung von Einzelaspekten der Berichterstattung durch die betroffenen Gesellschaften abgestellt haben, ist nun festzustellen, wie gut die Gesamtheit bzw. ein wesentlicher Teilbereich der zu beachtenden Gesetzesvorschriften der Berichterstattung über die Unternehmensverbindungen durch eine bestimmte Gesellschaft eingehalten wird. Es ist also zu versuchen, die Einzelurteile zu einem Gesamturteil zusammenzufassen.

1. Bestimmung eines "Berichterstattungsprofils" als Prüffeld

Bei der Bildung des Gesamturteils und damit der Bestimmung des Prüffelds, das wir zur Prüfung der Hypothesen heranziehen, sind zwei Gesichtspunkte zu beachten. Erstens sollten die Teilaspekte der Berichterstattung, die in das Gesamturteil einbezogen werden, für die Beurteilung der Informationsversorgung durch eine Gesellschaft über ihre Unternehmensverbindungen von Bedeutung sein. Zweitens ist darauf zu achten, daß die sich aufgrund der Auswahl wesentlicher Teilaspekte der Berichterstattung ergebende Felderbesetzung noch groß genug ist, um die Anwendbarkeit der statistischen Tests 2) nicht zu gefährden. 3)

-
- 1) SINGHVI, Surenda S. / DESAI, Harsha B.: An empirical analysis of the quality of corporate financial disclosure, in: The Accounting Review, January 1971, S. 131
 - 2) Zu den Voraussetzungen der Anwendbarkeit des Tests von KRUSKAL und WALLIS vgl. LIENERT, G.A.: a.a.O., S. 267
 - 3) Dieses Problem entsteht dadurch, daß z. B. bei der Auswahl von 6 Teilaspekten der Berichterstattung über die Unternehmensverbindungen die Anzahl der Gesellschaften, für die eine Berichtspflicht über alle 6 Tatbestände gegeben ist, sehr gering wird.

Unter Berücksichtigung dieser beiden Aspekte haben wir folgende drei Tatbestände der Berichterstattung einer Gesellschaft über ihre Unternehmensverbindungen gleichgewichtig zu einem Gesamturteil zusammengefaßt:

1. Angabe einer der nach § 15 möglichen Verbindungen
2. Berichterstattung von abhängigen Unternehmen über die Konzernvermutung
3. Berichterstattung über mitgeteilte Beteiligungen ^{1) 2)}

Für die 64 Gesellschaften, die in den genannten Bereichen berichtspflichtig sind, entsteht damit ein "Berichterstattungsprofil", so daß sie einer der vier Publizitätsgüteklassen (3 : 0; 2 : 1; 1 : 2; 0 : 3) zugeordnet werden kann. Die Zuordnung einer Gesellschaft zur Güteklasse 3 : 0 bedeutet, daß bei allen drei Berichtstatbeständen das Gesetz befolgt worden ist; die Zuordnung eines Unternehmens zur Güteklasse 2 : 1 erfolgt dann, wenn bei zwei Berichtstatbeständen die Gesetzesvorschriften befolgt und bei einem Berichtstatbestand die gesetzlichen Normen nicht eingehalten worden sind usw.

Die so entstandenen rangtransformierten, gruppierten Meßwerte können als Prüffeld zur Prüfung der Hypothesen mit Hilfe sog. Signifikanztests ³⁾ herangezogen werden.

2. Prüfung von Hypothesen

a) Die Unternehmensgröße als Einflußfaktor

Eine Vielzahl von Autoren, die sich zum Informationsgehalt von Jahresabschlüssen und Geschäftsberichten äußern, sehen in der Unternehmensgröße einen die Publizität beeinflussenden Faktor. So vermutet HAVERMANN "einen gewissen Zusammenhang zwischen der Größe des Unternehmens und dem Informationswert des Ge-

-
- 1) Zu den erforderlichen Angaben bei diesen drei Berichtstatbeständen vgl. S. 68 ff.; 81 ff. und 104 ff. der Arbeit.
 - 2) Lediglich bei der Untersuchung der Rechtsformhypothese muß ein anderes "Berichterstattungsprofil" gebildet werden, da öffentlich-rechtliche Anstalten und Versicherungsvereine mangels eines Aktienkapitals nur einseitig voll verflechtungsfähig sind.
 - 3) Zu den ausgewählten statistischen Tests vgl. S. 63 der Arbeit.

schäftsberichts." 1) Auch v. WYSOCKI, 2) KÄFER 3) und KAPPLER 4) nehmen an, daß größere Unternehmen in ihren Jahresabschlüssen und Geschäftsberichten mehr Informationen gewähren als kleinere Unternehmen.

Einleuchtend ist die Größenhypothese u.E. deshalb, weil sich "die für die Leitung von Großbetrieben notwendige hohe Qualität des Rechnungswesens" 5) günstig auf die veröffentlichten Jahresabschlüsse auswirken könnte. Einen anderen Grund für den vermuteten Zusammenhang zwischen Unternehmensgröße und Publizitätsgüte sehen SINGHVI / DESAI: "Smaller corporations are likely to feel more than larger corporations that the full disclosure of information could endanger their competitive position." 6)

Die angeführten Äußerungen veranlassen uns zu prüfen, ob die Größenhypothese auch für den Bereich der Berichterstattung der Gesellschaften über ihre Unternehmensverbindungen Gültigkeit besitzt. Wir stellen deshalb folgende Hypothese auf:

HYPOTHESE:

Die Unternehmensgröße hat für den Bereich der Berichterstattung über die Unternehmensverbindungen einen Einfluß auf die Güte der Publizität.

-
- 1) HAVERMANN, Hans: Zur Publizitätsfreudigkeit deutscher Aktiengesellschaften, a.a.O., S. 201
 - 2) Vgl. v. WYSOCKI, Klaus: Zwei Jahre Konzernrechnungslegung nach dem AktG 1965, a.a.O., S. 132 f.
 - 3) Vgl. KÄFER, Karl: a.a.O., S. 633
 - 4) Vgl. KAPPLER, Ekkehard: a.a.O., S. 197
 - 5) KÄFER, Karl: a.a.O., S. 633
 - 6) SINGHVI, Surenda S. / DESAI, Harsha B.: a.a.O., S. 131

Um diese Hypothese prüfbar zu machen, ist der Einflußfaktor "Unternehmensgröße" zu operationalisieren. Da es keinen "richtigen" Maßstab für die Unternehmensgröße gibt, ist zu versuchen, einen für diese Untersuchung zweckmäßigen Größenmaßstab festzulegen.

Da das Gewicht und die Bedeutung von Versicherungsunternehmen in den Prämieeneinnahmen zum Ausdruck kommt, ¹⁾ verwenden wir den Marktanteil ²⁾ der erfaßten Gesellschaften als Größenindikator für diese Untersuchung.

Damit sind wir in der Lage, die Hypothese, die einen Zusammenhang zwischen der Unternehmensgröße und der Güte der Publizität behauptet, zu prüfen.

Tabelle 24

Zusammenhang zwischen Unternehmensgröße und Güte der Publizität *

Güte der Pub- lizität (Berichter- stattungsprofil)	Marktanteil (in %)					
	0,1 - 0,3		> 0,3 - 1		> 1	
	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.
3 : 0	5	29,4	6	23,2	5	23,8
2 : 1	10	50,3	13	50,0	10	47,6
1 : 2	2	11,8	6	23,1	6	23,6
0 : 3	-	-	1	3,3	-	-
	<u>17</u>	<u>100,0</u>	<u>26</u>	<u>100,0</u>	<u>21</u>	<u>100,0</u>

* Das empirische Feld besteht aus den 64 Gesellschaften, für die ein "Berichterstattungsprofil" gebildet wurde; vgl. S. 144 der Arbeit.

- 1) Vgl. Deutscher Bundestag: Bericht über das Ergebnis einer Untersuchung der Konzentration in der Wirtschaft, a.a.O., S. 44 f.
- 2) Der Marktanteil wurde berechnet als Anteil der Beitragseinnahmen (brutto) eines Unternehmens an den Gesamtbeitragseinnahmen (brutto) der im Geschäftsbericht des BAV aufgeführten Versicherungsunternehmen einer Sparte; die Zahlenangaben wurden dem Geschäftsbericht des BAV entnommen.

Mit Hilfe des auf dem 5 % - Niveau abgesicherten H-Tests von KRUSKAL und WALLIS kann kein signifikanter Zusammenhang festgestellt werden.¹⁾ Der vermutete Zusammenhang zwischen Unternehmensgröße und Güte der Publizität ist demnach nicht gegeben.

Das Ergebnis des Signifikanztests überrascht nicht: Tabelle 24 zeigt, daß die Güteklassen 3 : 0 und 2 : 1 bei den größeren Unternehmen nicht stärker besetzt sind als bei den kleinen Unternehmen.

b) Die Versicherungssparte als Einflußfaktor

In der Literatur finden sich Vermutungen, wonach in der Zugehörigkeit eines Unternehmens zu einer bestimmten Branche ein Einflußfaktor der Publizität zu sehen sei.²⁾ Auf unseren Untersuchungsbereich der Versicherungswirtschaft übertragen würde dies bedeuten, daß zwischen der Zugehörigkeit zu einer der vier Versicherungssparten - Lebens-, Kranken-, Schaden- und Unfall- und Rückversicherung - und der Güte der Publizität ein Zusammenhang - über dessen Richtung in der Literatur keine Hinweise zu finden sind - bestehen könnte. Wir formulieren deshalb folgende Hypothese:

HYPOTHESE:

Die Versicherungssparte hat für den Bereich der Berichterstattung über die Unternehmensverbindungen einen Einfluß auf die Güte der Publizität.

Die Konfrontation dieser Hypothese mit der Realität ergibt den in Tabelle 25 ausgewiesenen Befund.

1) Der H-Test führt zu dem Ergebnis: $H/C = 1,46$; kritischer Wert für $H/C = 5,99$

2) Vgl. HAUSCHILDT, Jürgen: Entwicklungslinien der Bilanzanalyse, a.a.O., S. 348; HAVERMANN, Hans: Zur Publizitätsfreudigkeit deutscher Aktiengesellschaften, a.a.O., S. 201

Tabelle 25

Zusammenhang zwischen Versicherungssparte und Güte der Publizität *

Versicherungssparte Güte der Publizität (Berichterstattungsprofil)	LV		KV		SV		RV	
	abs. in v.H.		abs. in v.H.		abs. in v.H.		abs. in v.H.	
3 : 0	3	15,0	1	50,0	11	33,3	1	11,1
2 : 1	9	45,0	-	-	18	54,6	6	66,7
1 : 2	8	40,0	1	50,0	3	9,1	2	22,2
0 : 3	-	-	-	-	1	3,0	-	-
	<u>20</u>	<u>100,0</u>	<u>2</u>	<u>100,0</u>	<u>33</u>	<u>100,0</u>	<u>9</u>	<u>100,0</u>

* Das empirische Feld besteht aus den 64 Gesellschaften, für die ein "Berichterstattungsprofil" gebildet wurde; vgl. S. 144 der Arbeit.

Der auf dem 5 % - Niveau abgesicherte H-Test von KRUSKAL und WALLIS führt zu dem Ergebnis, daß kein signifikanter Zusammenhang besteht. ¹⁾ Es läßt sich also ein Zusammenhang zwischen der Versicherungssparte und der Güte der Berichterstattung über die Unternehmensverbindungen nicht nachweisen.

c) Der Marktanteil des Abschlußprüfers als Einflußfaktor

Die Literatur enthält Hinweise darauf, daß der Informationswert von Jahresabschlüssen und Geschäftsberichten wesentlich vom Abschlußprüfer beeinflusst wird. So z.B. stellen SINGHVI / DESAI fest: "A CPA firm has a certain degree of influence on the amount of information disclosed in financial statements

1) Der H-Test ergibt das Ergebnis: $H/C = 5,60$; kritischer Wert für $H/C = 7,31$

but the degree of influence may differ from one CPA firm to another." ¹⁾ Auch die Meinung von SANDIG, daß eine Untersuchung über den Einfluß des Abschlußprüfers auf die Bilanzgestaltung "sehr aufschlußreich" ²⁾ sein könnte, läßt die Vermutung eines Zusammenhangs zwischen Informationswert von Jahresabschlüssen und Abschlußprüfer anklingen.

Aufgrund der im folgenden angeführten Überlegungen nehmen wir an, daß die Publizität von Unternehmen, deren Jahresabschluß von größeren Abschlußprüfern testiert worden ist, besser ist als von Unternehmen, deren Jahresabschluß das Testat von kleineren Abschlußprüfern besitzt.

Diese Vermutung erscheint uns erstens deshalb plausibel zu sein, weil in großen Prüfungsgesellschaften - im Gegensatz zu Einzelpraxen - i.d.R. im Rahmen einer kontinuierlichen Ausbildung dafür gesorgt wird, daß die Mitarbeiter über Gesetzesänderungen, Fachgutachten zu Auslegungsproblemen etc. informiert sind. ³⁾

Einen zweiten wesentlicheren Faktor, der die Gesetzes Einhaltung durch die Gesellschaften beeinflussen könnte, sehen wir in der sog. Kundenabhängigkeit der Abschlußprüfer. Diese wird prägnant von GOLDMAN / BARLEV charakterisiert: "Auditors usually operate in a buyer's market: clients can choose the auditor they prefer from a large group of professionals. The firm (the paying client) selects the auditor, determines his employment conditions, and displaces him at will." ⁴⁾

-
- 1) SINGHVI, Surenda S. / DESAI, Harsha B.: a.a.O., S. 133
 - 2) SANDIG, Kurt: Anmerkung von SANDIG (als Herausgeber der NB) zum Aufsatz von FORSTER, Karl-Heinz: Die aktienrechtliche Bilanzierungspraxis im Spiegel veröffentlichter Bilanzen, in: NB 1955, S. 42, Fußn. 1
 - 3) So vermutet auch COFFMANN "that size of accounting firm correlates with expertise." COFFMANN, Robert M.: Problems of displacements in public offerings, in: JoA, October 1974, S. 68
 - 4) GOLDMAN, Arie / BARLEV, Benzion: The Auditor-Firm Conflict of Interests: Its Implications for Independence, in: The Accounting Review, October 1974, S. 710

Dieses "wirtschaftliche Angewiesensein eines Prüfers, ein bestimmtes Mandat auch in der Zukunft zu behalten," ¹⁾ kann den von WESTRICK dargestellten Konflikt entstehen lassen, daß ein Abschlußprüfer ein nicht den gesetzlichen Erfordernissen entsprechender Jahresabschluß uneingeschränkt testiert, um den für ihn wichtigen Kunden nicht zu verlieren. ²⁾ Streng genommen liegt Unabhängigkeit im Sinne eines Frei-Seins von "Einflüssen, Bindungen und Rücksichten" ³⁾ auch schon dann nicht mehr vor, wenn der Prüfer bei der Auslegung nicht-operationaler Gesetzesvorschriften aufgrund seines eigenen wirtschaftlichen Interesses "stets die Grenze des nach seinem Dafürhalten noch Vertretbaren auslotet, um den Zielen seines Auftraggebers möglichst optimal zum Durchbruch zu verhelfen." ⁴⁾

Da die Anzahl der geprüften Abschlüsse bei zunehmender Größe des Abschlußprüfers - gemessen am Marktanteil - eine ansteigende Tendenz erkennen läßt, ⁵⁾ vermuten wir, daß die Kundenabhängigkeit bei größeren Abschlußprüfern geringer ist als bei kleinen. Auch GOLDMAN / BARLEV nehmen an, "that large auditing firms are more able to resist pressures because they are less dependent on any single client firm and more likely to behave independently." ⁶⁾ Ebenso stellt GESSLER fest: "Die Unabhängigkeit der Einzelprüfer mag wegen der 'Kundenabhängigkeit' gefährdeter sein." ⁷⁾

-
- 1) v. WYSOCKI, Klaus: Betriebswirtschaftliches Prüfungswesen - Prüfungsordnungen und Prüfungsorgane, München 1972, S. 132 f.
 - 2) Vgl. WESTRICK, Peter: Abschlußprüfung und Abschlußprüfer nach geltendem und zukünftigem Aktienrecht, Heidelberg 1963, S. 71
 - 3) Wirtschaftsprüferkammer: Richtlinien für die Berufsausübung der Wirtschaftsprüfer und vereidigten Buchprüfer; festgestellt von der Wirtschaftsprüferkammer am 9. Juli 1964 (ergänzt 1966, 1967, 1969, 1971, 1972), Düsseldorf 1972, S. 7
 - 4) SCHREDELSEKER, Klaus: a.a.O., S. 199
 - 5) Vgl. SCHIRUFF, Lothar: Der Wirtschaftsprüfer und seine Pflichtprüfungsmandate - Eine Marktuntersuchung, Düsseldorf 1973, S. 203 ff.
 - 6) GOLDMAN, Arieh / BARLEV, Ben Zion: a.a.O., S. 716
 - 7) GESSLER, Ernst: Die Wirtschaftsprüfer als Garanten aktienrechtlicher Publizität, a.a.O., S. 465

Die angeführten Gesichtspunkte sind Anlaß für uns zu prüfen, ob sich der vermutete Zusammenhang zwischen dem Marktanteil ¹⁾ des Abschlußprüfers und der Publizitäts-güte in unserem Untersuchungsbereich der Berichterstattung über die Unternehmensverbindungen bestätigen läßt. Wir stellen deshalb folgende Hypothese auf:

HYPOTHESE:

Der Marktanteil des Abschlußprüfers hat für den Bereich der Berichterstattung über die Unternehmensverbindungen einen Einfluß auf die Güte der Publizität.

Den Befund zeigt Tabelle 26.

Tabelle 26

Zusammenhang zwischen Marktanteil des Abschlußprüfers und Güte der Publizität *

Güte der Pub- lizität (Berichter- stattungs- profil)	Marktanteil (in %)			
	< 1		≥ 1	
	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.
3 : 0	7	18,9	9	33,3
2 : 1	18	48,7	15	55,6
1 : 2	11	29,7	3	11,1
0 : 3	1	2,7	-	-
	<u>37</u>	<u>100,0</u>	<u>27</u>	<u>100,0</u>

* Das empirische Feld besteht aus den 64 Gesellschaften, für die ein "Berichterstattungsprofil" gebildet wurde; vgl. S. 144 der Arbeit.

1) Der Marktanteil der Abschlußprüfer konnte der Untersuchung von SCHRUFF, Lothar: a.a.O., S. 203 ff. entnommen werden.

Mit Hilfe des auf dem 5 % $\rightarrow$ Niveau abgesicherten Rangsummentests von RAATZ errechnet sich ein signifikanter Zusammenhang, ¹⁾ d.h. unsere Hypothese kann angenommen werden.

Das Ergebnis des Signifikanztests wird auch in dem empirischen Befund deutlich: Die Besetzung der Güteklassen 3:0 und 2:1 des Berichterstattungsprofils ist bei den 'großen' Abschlußprüfern stärker als bei den 'kleinen'.

d) Die Spezialisierung des Abschlußprüfers auf Versicherungsunternehmen als Einflußgröße

"Unternehmen verschiedener Branchen bevorzugen bei der Auswahl ihrer Abschlußprüfer solche Wirtschaftsprüfungsunternehmen, die sich auf die Prüfung von Gesellschaften bestimmter Wirtschaftszweige spezialisiert haben." ²⁾ Da auch im Bereich der Versicherungsunternehmen festzustellen ist, daß sich Einzelprüfer bzw. Prüfungsgesellschaften auf die Prüfung von Versicherungsunternehmen ausgerichtet haben, kann vermutet werden, daß sich diese Tatsache auf die Güte der Publizität auswirkt.

Da sich in der Literatur keine Hinweise dazu finden, ob diese Spezialisierung der Abschlußprüfer die Qualität der Berichterstattung positiv oder negativ beeinflusst, beinhaltet die Hypothese, die einen Zusammenhang zwischen Spezialisierung des Abschlußprüfers auf Versicherungsunternehmen und der Publizitätsgüte behauptet, keine Annahme über die Richtung des Zusammenhangs. Es lassen sich nämlich Argumente sowohl für eine positive als auch für eine negative Richtung des Konnexes anführen.

Die Publizitätsgüte in unserem Untersuchungsbereich der Berichterstattung über die Unternehmensverbindungen könnte durch die

1) Der Rangsummentest von RAATZ ergibt $u = 2,03$; kritischer Wert für $u = 1,96$. Die Stärke des Zusammenhangs - die Berechnung des Kontingenzkoeffizienten C ergibt $C = 0,20$ - ist relativ schwach.

2) SCHRUFF, Lothar: a.a.O., S. 127 f.

Spezialisierung eines Abschlußprüfers insoweit günstig beeinflußt werden, daß der Abschlußprüfer - aufgrund der Kenntnis des hohen Verflechtungsgrades in der Versicherungswirtschaft - den Bereich der Unternehmensverbindungen besonders intensiv prüfen und deshalb auch auf die Befolgung der gesetzlichen Berichtspflichten achten wird. Negative Auswirkungen auf die Güte der Publizität über die Unternehmensverbindungen könnte die Spezialisierung des Abschlußprüfers ¹⁾ deshalb haben, weil seine Kundenabhängigkeit so stark sein kann, daß er nur noch beschränkte Möglichkeiten besitzt, die Einhaltung von Berichtspflichten zu erzwingen.

Es wird deshalb bei der Analyse des empirischen Befundes darauf zu achten sein, ob sich eine Richtung des vermuteten Zusammenhangs erkennen läßt.

Die zu prüfende Hypothese wollen wir wie folgt formulieren:

HYPOTHESE:

Die Spezialisierung des Abschlußprüfers auf Versicherungsunternehmen hat für den Bereich der Berichterstattung über die Unternehmensverbindungen einen Einfluß auf die Güte der Publizität.

1) Die Einzelprüfer bzw. Prüfungsgesellschaften, die sich auf die Prüfung von Versicherungsunternehmen spezialisiert haben, konnten der Untersuchung von SCHRUFF, Lothar: a.a.O., S. 123 entnommen werden. Leider gibt SCHRUFF keine Erläuterungen dazu, nach welchem Kriterium er die Einteilung in spezialisierte und in nicht-spezialisierte Abschlußprüfer vorgenommen hat.

Tabelle 27

Zusammenhang zwischen Spezialisierung des Abschlußprüfers
auf Versicherungsunternehmen und Güte der Publizität *

Güte der Pub- lizität (Berichter- stattungspro- fil)	Speziali- sierung des Abschluß- prüfers		Spezialisierte Abschlußprüfer		Nicht-spezialisierte Abschlußprüfer	
			abs.	in v.H.	abs.	in v.H.
3 : 0			7	21,9	9	28,1
2 : 1			20	62,5	13	40,6
1 : 2			5	15,6	9	28,1
0 : 3			-	-	1	3,2
			<u>32</u>	<u>100,0</u>	<u>32</u>	<u>100,0</u>

* Das empirische Feld besteht aus den 64 Gesellschaften, für die ein "Berichterstattungsprofil" gebildet wurde; vgl. S. 144 der Arbeit.

Mit Hilfe des auf dem 5 % - Niveau abgesicherten Rangsummentests von RAATZ errechnet sich ein signifikanter Zusammenhang, ¹⁾

d. h. unsere Hypothese hat sich bewährt.

Der empirische Befund läßt auch die Richtung des Zusammenhangs erkennen: Aus der insgesamt stärkeren Besetzung der Güteklassen 3:0 und 2:1 des Berichterstattungsprofils bei den spezialisierten Abschlußprüfern kann abgeleitet werden, daß die Güte der Publizität bei von spezialisierten Abschlußprüfern geprüften Unternehmen besser ist als bei von nicht-spezialisierten Abschlußprüfern geprüften Gesellschaften.

1) Der Rangsummentest von RAATZ ergibt $u = 2,40$; kritischer Wert für $u = 1,96$. Die Stärke des Zusammenhangs - die Berechnung des Kontingenzkoeffizienten C ergibt $C = 0,17$ - ist relativ schwach.

e) Die Rechtsform als Einflußfaktor

In der Literatur wird von verschiedenen Autoren angenommen, daß zwischen der Rechtsform des rechnungslegenden Unternehmens und dem Informationswert des Geschäftsberichts ein Zusammenhang besteht.¹⁾ Diese Vermutung basiert darauf, daß die Intensität der Berichterstattung durch die Unternehmen von dem Gesetzgeber für die verschiedenen Rechtsformen unterschiedlich festgelegt worden ist.

Da für die Versicherungsaktiengesellschaften, die Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit und die öffentlich-rechtlichen Anstalten die aktienrechtlichen Vorschriften über die Berichterstattung über die Unternehmensverbindungen in gleichem Umfang gelten, nehmen wir an, daß für unseren Untersuchungsbereich die Güte der Publizität²⁾ der Versicherungsaktiengesellschaften sich nicht von der der Nicht-Versicherungsaktiengesellschaften (Versicherungsvereine und öffentlich-rechtliche Anstalten) unterscheidet. Diese Vermutung kann dann als bestätigt gelten, wenn die folgende Hypothese durch den Signifikanztest falsifiziert werden muß:

HYPOTHESE:

Die Rechtsform des Unternehmens hat für den Bereich der Berichterstattung über die Unternehmensverbindungen einen Einfluß auf die Güte der Publizität.

1) Vgl. HAVERMANN, Hans: Zur Publizitätsfreudigkeit deutscher Aktiengesellschaften, a.a.O., S. 201; HAUSCHILDT, Jürgen: Entwicklungslinien der Bilanzanalyse, a.a.O., S. 348

2) Das bei den vier anderen Hypothesenprüfungen verwandte Berichterstattungsprofil kann in diesem Fall als Prüffeld nicht herangezogen werden. Da Versicherungsvereine und öffentlich-rechtliche Anstalten mangels eines Aktienkapitals nur als aktiv beherrschende, nicht aber als passiv beherrschte Gesellschaften auftreten können (vgl. BRAESS, Paul: Konzentration in der Wirtschaft, a.a.O., S. 469 f.), bilden wir für die folgende Hypothesenprüfung ein Berichterstattungsprofil aus den beiden Berichtstatbeständen "Angaben einer der nach § 15 möglichen Verbindungen" und "Berichterstattung der mit Mehrheit beteiligten Unternehmen über die Vermutung des § 17 Abs. 2".

Tabelle 28

Zusammenhang zwischen Rechtsform und Güte der Publizität *

Güte der Pub- lizität (Berichter- stattungsprofil)	Rechtsform			
	Aktiengesell- schaften		Nicht-Aktiengesell- schaften (VVaG, örA)	
	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.
2 : 0	24	55,8	9	34,6
1 : 1	15	34,9	16	61,5
0 : 2	4	9,3	1	3,9
	<u>43</u>	<u>100,0</u>	<u>26</u>	<u>100,0</u>

* Das empirische Feld besteht aus den 69 Gesellschaften, für die ein "Berichterstattungsprofil" gebildet wurde; vgl. S. 155 Fußn. 2 der Arbeit.

Der auf dem 5 % - Niveau abgesicherte Rangsummentest von RAATZ führt zu dem Ergebnis, daß ein signifikanter Zusammenhang ¹⁾ nicht nachgewiesen werden kann. Dies bedeutet, daß die Güte der Publizität durch die Rechtsform der berichtenden Unternehmen nicht beeinflußt wird.

3. Zusammenfassende Betrachtung

Die Analyse der Einflußfaktoren der Informationsversorgung durch die Gesellschaften über ihre Unternehmensverbindungen hat zu dem Ergebnis geführt, daß die Güte der Publizität durch den Marktanteil des Abschlußprüfers und die Spezialisierung des Abschlußprüfers auf Versicherungsunternehmen, jedoch nicht durch die Größe, die Sparte und die Rechtsform der Unternehmen bestimmt wird.

1) Der Rangsummentest von RAATZ ergibt $u = 1,33$; kritischer Wert für $u = 1,96$.

Wir wollen jedoch darauf hinweisen, daß die Publizitätsgüte auch durch andere Faktoren beeinflußt werden könnte. So ist es denkbar, daß die Einstellung der Unternehmensleitung zur Publizität und die Ertragslage der Gesellschaft einen Einfluß auf die Qualität der Berichterstattung haben.¹⁾ Es soll auch nicht unerwähnt bleiben, daß ein mit Hilfe eines Signifikanztests nachgewiesener Zusammenhang die Schlußfolgerung einer vorliegenden Kausalität nicht zuläßt.²⁾ Es kann lediglich eine Aussage über einen statistischen Zusammenhang gemacht werden.

1) Weitere Einflußfaktoren der Publizität erwähnt HAUSCHILDT, vgl. S. 142, Fußn. 1 der Arbeit.

2) Vgl. LÄYNTZ, Renate - HOLM, Kurt - HÜBNER, Peter: a.a.O., S. 196

F. SCHLUSSBETRACHTUNG

Die Arbeit hatte sich als erstes Ziel gesetzt, einen Beitrag zur Rechtstatsachenforschung zu leisten, die "das Vorkommen, das Abweichen oder die Übereinstimmung der tatsächlichen Rechtsgestaltung mit den vom Gesetz vorausgesetzten und geregelten Sachverhalten" ¹⁾ festzustellen versucht.

Die Ergebnisse unserer empirischen Untersuchung lassen deutlich erkennen, daß das "Verhältnis von Gesetz und Rechtswirklichkeit" ²⁾ in Teilbereichen der Informationsversorgung der Gesellschaften über ihre Unternehmensverbindungen keinesfalls befriedigend ist. Wir haben nachgewiesen - insbesondere mit Hilfe unserer "Querverbindungsuntersuchung" - daß der Leser eines Geschäftsberichts nicht davon ausgehen kann, daß ihm alle berichtspflichtigen Unternehmensverbindungen mitgeteilt werden. Andererseits hat sich auch gezeigt, daß Gesellschaften, die Angaben über ihre rechtlichen Beziehungen zu verbundenen Unternehmen machen, versuchen, ihre Stellung im Verhältnis zu diesen verbundenen Unternehmen, zu verschleiern.

Dabei haben wir festgestellt, daß die Gesellschaften in den Bereichen der Berichterstattung über ihre Unternehmensverbindungen Informationen zurückhalten, d.h. das Gesetz nicht befolgen, in denen es der Gesetzgeber unterlassen hat, operationale Normen festzusetzen. ³⁾

1) SCHUHMANN, Hans: a.a.O., S. 110

2) CAPELLE, Karl-Herrmann: a.a.O., S. 44

3) Der Meinung von MINZ kann deshalb nicht zugestimmt werden, wonach "der Gesetzgeber lediglich die Aufgabe hat, das notwendige Mindestmaß an Publizität vorzuschreiben, wogegen er die Durchführung der Publizität dem einzelnen überlassen muß." MINZ, Willy: Mittler der Publizität, in: Das Frankfurter Publizitätsgespräch, Frankfurt am Main 1962, S. 276

Damit sind wir auch in der Lage, die zweite, sich aus der Beratungsfunktion der Betriebswirtschaftslehre für den Gesetzgeber ergebende Aufgabe, ¹⁾ die wir uns gestellt haben, zu erfüllen. Wenn verhindert werden soll, daß "ganze Abschnitte des Gesetzes ... für weite Bereiche der Praxis nur noch auf dem Papier" ²⁾ stehen, muß der Gesetzgeber versuchen, mit operationalen Vorschriften den Gesetzeszweck zu erreichen. Denn Auslegungsmöglichkeiten scheinen die Unternehmen dazu zu benutzen - dies zeigt die Untersuchung deutlich - Informationen zurückzuhalten. Wenn auch die Festlegung operationaler Berichterstattungsnormen durch die vielfältigen Gestaltungen in der Wirtschaft sehr erschwert wird, so ist sie - soweit möglich - aufgrund des restriktiven Informationsverhaltens der Unternehmen bei nicht-operationalen Normen notwendig.

Die Arbeit hat außerdem versucht, einen Beitrag zur Entwicklung einer Berichterstattungstheorie zu leisten. Dabei hat sich gezeigt, daß die Informationsversorgung durch die Gesellschaften über ihre Unternehmensverbindungen durch institutionelle Einflußfaktoren bestimmt wird. Es konnte nachgewiesen werden, daß sowohl ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Publizitätsgüte und dem Marktanteil des Abschlußprüfers als auch zwischen der Publizitätsgüte und der Spezialisierung des Abschlußprüfers auf Versicherungsunternehmen besteht.

1) Vgl. HEINEN, Edmund: Zum Wissenschaftsprogramm der entscheidungsorientierten Betriebswirtschaftslehre, a.a.O., S. 210; ähnlich v. WYSOCKI, der feststellt, daß die Ergebnisse empirischer Untersuchungen "zur Reflektionen über die Zweckmäßigkeit der in der Praxis vorgefundenen Handhabungen und Verfahrensweisen Anlaß geben." v. WYSOCKI, Klaus: Konzernrechnungslegung in Deutschland, a.a.O., S. 1

2) CAPELLE, Karl-Herrmann: a.a.O., S. 56

TABELLENVERZEICHNIS

	Seite
Tabelle 1: Struktur der in die Untersuchung einbezogenen Versicherungsunternehmen	53
Tabelle 2: Repräsentationsgrad der in die Untersuchung einbezogenen Versicherungssparten	54
Tabelle 3: Repräsentationsgrad der in die Untersuchung einbezogenen Rechtsformen innerhalb der einzelnen Versicherungssparten	55
Tabelle 4: Berichterstattung über die Art der Verbindung	70
Tabelle 5: Berichterstattung über die Abhängigkeitsvermutung des § 17 Abs. 2 AktG	80
Tabelle 6: Berichterstattung über die Konzernvermutung des § 18 Abs. 1 Satz 3 AktG	87
Tabelle 7: Angabe des Vertragstyps bei Unternehmensverträgen gem. § 291 f. AktG	93
Tabelle 8: Angabe der näheren Begründung bei Nicht-einbeziehung von Konzernunternehmen in den Konzernabschluß wegen geringer Bedeutung	98
Tabelle 9: Angabe des Zwecks bzw. Bereichs von Organisationsverträgen	102
Tabelle 10: Informationsversorgung durch die Unternehmen bei nicht-operationalen Berichterstattungsnormen - Zusammenfassende Darstellung der Einzelbefunde	103

	Seite
Tabelle 11: Berichterstattung über mitgeteilte Beteiligungen	107
Tabelle 12: Angabe der Schlußerklärung des Abhängig- keitsberichts	111
Tabelle 13: Berichterstattung über den Umfang des Konzerns	113
Tabelle 14: Berichterstattung über die in der Kon- zernabschluß einbezogenen Unternehmen	114
Tabelle 15: Berichterstattung über die Nichteinbezie- hung von Konzernunternehmen mit Sitz im Inland, an denen eine Mehrheitsbeteili- gung besteht	117
Tabelle 16: Informationsversorgung durch die Unter- nehmen bei operationalen Berichterstat- tungsnormen - Zusammenfassende Darstel- lung der Einzelbefunde	125
Tabelle 17: Freiwillige Informationsversorgung durch die Unternehmen - Angabe der Beteiligungs- quote	128
Tabelle 18: Berichterstattung der Unternehmen über bei der 'Gegenseite' im Geschäftsbericht festgestellte aktive und passive Minder- heitsbeteiligung(en)	131
Tabelle 19: Berichterstattung der Unternehmen über bei der 'Gegenseite' im Geschäftsbericht festgestellte aktive und passive Mehr- heitsbeteiligung(en)	133
Tabelle 20: Berichterstattung der Unternehmen über bei der 'Gegenseite' im Geschäftsbericht festgestellte Beherrschungs- und Ab- hängigkeitsverhältnisse	135

	Seite
Tabelle 21: Berichterstattung der Unternehmen über ein bei der 'Gegenseite' im Geschäftsbericht festgestelltes Konzernverhältnis	137
Tabelle 22: Berichterstattung über in den Geschäftsberichten der in die Erhebung einbezogenen Gesellschaften festgestellte Unternehmensverträge gem. § 291 f. AktG	139
Tabelle 23: Berichterstattung über in den Geschäftsberichten der in die Erhebung einbezogenen Gesellschaften festgestellte organisatorische und personelle Verbindungen	140
Tabelle 24: Zusammenhang zwischen Unternehmensgröße und Güte der Publizität	146
Tabelle 25: Zusammenhang zwischen Versicherungssparte und Güte der Publizität	148
Tabelle 26: Zusammenhang zwischen Marktanteil des Abschlußprüfers und Güte der Publizität	151
Tabelle 27: Zusammenhang zwischen Spezialisierung des Abschlußprüfers auf Versicherungsunternehmen und Güte der Publizität	154
Tabelle 28: Zusammenhang zwischen Rechtsform und Güte der Publizität	156

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AcP	Archiv für civilistische Praxis
AG	Die Aktiengesellschaft, Zeitschrift für das gesamte Aktienwesen
AktG	Aktiengesetz
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
BAV	Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bau-sparwesen
BB	Der Betriebsberater
Bd.	Band
BFWP	Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BP	Betriebswirtschaftliches Periskop
CPA	Certified Public Accountant
DB	Der Betrieb
ders.	derselbe
Diss.	Dissertation
EGAktG	Einführungsgesetz zum Aktiengesetz
HdR	Handwörterbuch des Rechnungswesens
IdW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.
JoA	Journal of Accountancy
KV	Krankenversicherungsunternehmen
LV	Lebensversicherungsunternehmen
Mio.	Million
NB	Neue Betriebswirtschaft
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Rev/K	Vorschriften für die Rechnungslegung der größeren Krankenversicherungsunternehmen (VerBAV, Sonderheft 1/II, Berlin 1954)
ReJ/L	Vorschriften für die Rechnungslegung der größeren Lebensversicherungsunternehmen (VerBAV, Sonderheft 1/I, Berlin 1954)

ReV/R	Vorschriften für die Rechnungslegung der Rückversicherungsunternehmen (VerBAV, Sonderheft 4, Berlin 1955)
ReV/Sch	Vorschriften für die Rechnungslegung der größeren Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen (VerBAV, Sonderheft 1/III, Berlin 1954)
RV	Rückversicherungsunternehmen
Rz.	Randziffer
Sp.	Spalte
SV	Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen
Tsd.	Tausend
Tz.	Textziffer
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
VerBAV	Veröffentlichungen des Bundesaufsichtsamts für das Versicherungs- und Bausparwesen
Vorb.	Vorbemerkung
VU	Versicherungsunternehmen
VW	Versicherungswirtschaft
WPg	Die Wirtschaftsprüfung
ZfB	Zeitschrift für Betriebswirtschaft
ZfbF	Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung
ZfgK	Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZVersWiss	Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft

L I T E R A T U R V E R Z E I C H N I S

- Adler - Düring - Schmaltz Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, Handkommentar, 4. Aufl., Bd. 1, Rechnungslegung, Stuttgart 1966
- Adler - Düring - Schmaltz Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, Handkommentar, 4. Aufl., Bd. 3, Rechnungslegung im Konzern, Stuttgart 1972
- Albach, Horst Die Organisation des Entscheidungsprozesses nach dem Aktiengesetz 1965, in: NB 1966, S. 30 - 35
- Albach, Horst Die Rechtsverhältnisse verbundener Unternehmen, in: NB 1966, S. 203 - 208
- Albach, Horst Ansätze zu einer empirischen Theorie der Unternehmung, in: Wissenschaftsprogramm und Ausbildungsziele der Betriebswirtschaftslehre, hrsg. von v. Kortzfleisch, Gert, Berlin 1971, S. 133 - 156
- Albert, Hans Probleme der Theoriebildung. Entwicklung, Struktur und Anwendung sozialwissenschaftlicher Theorien, in: Theorie und Realität. Ausgewählte Aufsätze zur Wissenschaftslehre der Sozialwissenschaften, hrsg. v. Albert, Hans, Tübingen 1964, S. 3 - 70
- Albert, Hans Modell-Platonismus. Der neoklassische Stil des ökonomischen Denkens in kritischer Beleuchtung, in: Logik der Sozialwissenschaften, hrsg. v. Topitsch, Ernst, Köln - Berlin 1965, S. 406 - 434
- Arndt, Helmut; Ollenburg, Günter Begriff und Arten der Konzentration, in: Die Konzentration in der Wirtschaft, hrsg. v. Arndt, Helmut, Bd. 1, 2. Aufl., Berlin 1971, S. 3 - 30

- | | |
|---|---|
| Arnold, Hans | Formen der Zusammenarbeit von Lebensversicherungen, in: VW 1954, S. 544 - 546 |
| Ballerstedt, Kurt | Gesellschafts- und unternehmensrechtliche Probleme der Unternehmenskonzentration in der Wirtschaft, in: Die Konzentration in der Wirtschaft, hrsg. v. Arndt, Helmut, Bd. 1, 2. Aufl., Berlin 1971, S. 603 - 644 |
| Bartholomeyczik, Horst | Die Kunst der Gesetzesauslegung, 4. Aufl., Frankfurt am Main 1967 |
| Baumbach - Hueck | Aktiengesetz, 13. völlig neu bearbeitete Aufl., München 1963 |
| Biedenkopf, Kurt H.;
Koppensteiner, Hans-Georg | Kölner Kommentar zum Aktiengesetz, 1. Lieferung, Köln - Berlin - Bonn - München 1970, §§ 15 - 22 |
| Blohm, Hans | Der Geschäftsbericht als Mittel der Betriebspolitik, Baden-Baden 1962 |
| Braess, Paul | Die Bedeutung des Eigenkapitals in der Versicherungswirtschaft, in: ZVersWiss 1964, S. 1 - 20 |
| Braess, Paul | Konzentration in der Wirtschaft, in: Die Konzentration in der Wirtschaft, hrsg. v. Arndt, Helmut, Bd. 2, 2. Aufl., Berlin 1971, S. 463 - 432 |
| Brüning, Gert | Die Auswahl der Unternehmen bei der Erweiterung der Publizitätspflicht, in: BFuP 1969, S. 36 - 46 |
| Bühler, Ottmar | Steuerrecht der Gesellschaften und Konzerne, 2. Aufl., Berlin - Frankfurt 1953 |
| Bürger, Rudolf | Der Ausnahmefall des § 329 Abs. 2 Satz 2 AktG und seine Kriterien, in: DB 1969, S. 626 - 623 |
| Bundesamt für das Versicherungs- und Bausparwesen | Rechnungslegung - Gestaltung des Jahresabschlusses und des Geschäftsberichts der Versicherungsunternehmen und Bausparkassen bis zum Inkrafttreten neuer Vorschriften für die Rechnungslegung, in: VerBAV 1967, S. 254 |

- | | |
|--|---|
| Bundesaufsichtsamt für das
Versicherungs- und Bauspar-
wesen | Rechnungslegung, Umstellungsrechnung,
in: Geschäftsbericht 1968, S. 30 - 34 . |
| Bundesaufsichtsamt für das
Versicherungs- und Bauspar-
wesen | Geschäftsbericht 1969 |
| Bundesaufsichtsamt für das
Versicherungs- und Bauspar-
wesen | Geschäftsbericht 1970 |
| Burchard, Fridemann; Hüppe,
Ulrich | Das Konzernrecht der Europäischen
Aktiengesellschaft - Vergleich und
Auswirkungen auf deutsches Aktien-
recht, in: Freundesgabe für Hans
Hengeler zum 70. Geburtstag, hrsg.
v. Bernhardt, Wolfgang u.a., Berlin -
Heidelberg - New York 1972, S. 46 -
63 |
| Busse von Colbe, Walther | Der Konzernabschluß nach neuem Aktien-
recht, in: AG 1966, S. 269 - 274,
308 - 319, 350 - 353 |
| Buzby, Stephan L. | The nature of adequate disclosure,
in: JoA, April 1974, S. 38 - 47 |
| v. Caemmerer, Ernst | Publizitätsinteressen der Öffentlich-
keit und Gesellschaftsrecht, in: Das
Frankfurter Publizitätsgespräch,
Frankfurt am Main 1972, S. 141 - 182 |
| Capelle, Karl-Herrmann | Zum Verhältnis von Gesetz und Rechts-
wirklichkeit in der Wirtschaft, in:
Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts-
und Gesellschaftspolitik, 5. Jahr,
hrsg. v. Ortlieb, Heinz-Dietrich,
Tübingen 1960, S. 44 - 57 |
| Castan, Edgar | Die Erläuterung der Bewertungs- und
Abschreibungsmethoden der großen
Börsengesellschaften in den Geschäfts-
berichten für 1967, in: DB 1969, S. 269-
272, 315 - 318 |
| Clauss, Günther; Ebner, Heinz | Grundlagen der Statistik für Psycholo-
gen, Pädagogen und Soziologen, Frank-
furt und Zürich 1972 |
| Claussen, Carsten P. | Kölner Kommentar zum Aktiengesetz,
Bd. 2, 1. Lieferung, Köln - Berlin -
Bonn - München 1971, §§ 148 - 173 |

- | | |
|---|--|
| Coenenberg, Adolf Gerhard
et al. | Jahresabschluß und Jahresabschluß-
analyse. Betriebswirtschaftliche,
handels- und steuerrechtliche Grund-
lagen, München 1974 |
| Coffmann, Robert M. | Problems of displacements in public
offerings, in: JoA, October 1974,
S. 65 - 71 |
| Cushing, Barry E.; Deakin,
Edward B. | Firms making accounting changes: A
comment, in: The Accounting Review,
January 1974, S. 104 - 111 |
| Das Frankfurter Publi-
zitätsgespräch | Frankfurt am Main 1962 |
| Deutscher Bundestag | Bericht über das Ergebnis einer Unter-
suchung der Konzentration in der
Wirtschaft, 4. Wahlperiode, Druck-
sache Nr. IV/2320 |
| Deutscher Bundestag | Anlagenband zum Bericht über das Er-
gebnis einer Untersuchung der Kon-
zentration in der Wirtschaft, 4. Wahl-
periode, zu Drucksache Nr. IV/2320 |
| Duden, Konrad | Aktienrechtliche Fragen der Organ-
schaft mit einem Großaktionär, in:
BB 1957, S. 49 - 51 |
| Edelkott, Dieter | Der Konzernabschluß in Deutschland,
Zürich 1963 |
| Emmerich, Volker; Sonnen-
schein, Jürgen | Konzernrecht, München 1973 |
| Engisch, Karl | Einführung in das juristische Denken,
5. neu bearbeitete Aufl., Stuttgart
1971 |
| Ertner, Ulrich | Der Geschäftsbericht als Instrument
erweiterter aktienrechtlicher Rech-
nungslegung, Berlin 1968 |
| Esser, Josef | Vorverständnis und Methodenwahl in
der Rechtsfindung, durchgesehene und
ergänzte Ausgabe, Frankfurt am Main
1972 |
| Farny, Dieter | Die Versicherungsmärkte - Eine Studie
über die Versicherun_gsmarkttheorie,
Berlin 1961 |

- | | |
|----------------------|---|
| Finke, Gerd | Bedeutung, Aufstellung und Aussage des Konzernabschlusses der Versicherungsaktiengesellschaften, Berlin 1971 |
| Fischer, Curt Eduard | Rechtsschein und Wirklichkeit im Aktienrecht - Rechtspolitische Betrachtungen zu einer Reform der AG, in: AcP 1955, S. 35 - 120 |
| Flume, Werner | Der Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, Düsseldorf 1953 |
| Forster, Karl-Heinz | Die aktienrechtliche Bilanzierungspraxis im Spiegel veröffentlichter Bilanzen, in: NB 1955, S. 41 - 47 |
| Forster, Karl-Heinz | Rechnungslegungsvorschriften im Wandel, in: Beiträge zum Wirtschaftsrecht, Festschrift für Heinz Kaufmann zum 65. Geburtstag, hrsg. v. Bartholomeyczik, Horst u.a., Köln - Marienburg 1972, S. 153 - 167 |
| Frey, Emil | Verbundene Unternehmen in der Versicherungswirtschaft, in: Vom Sinn der Konzentration, Festschrift für Volkmar Muthesius zum 65. Geburtstag, hrsg. von Muthesius, Peter, Frankfurt 1965, S. 57 - 63 |
| Friedrichs, Jürgen | Methoden empirischer Sozialforschung, Hamburg 1973 |
| Gadow - Heinichen | Aktiengesetz - Großkommentar, Bd. 1, 2. neu bearbeitete Aufl., Berlin 1961 |
| Gessler, Ernst | Die Wirtschaftsprüfer als Garanten aktienrechtlicher Publizität, in: WPg 1956, S. 463 - 465 |
| Gessler, Ernst | Der Schutz der abhängigen Gesellschaft, in: Aktuelle Probleme aus dem Gesellschaftsrecht und anderen Rechtsgebieten, Festschrift für Walter Schmidt zum 70. Geburtstag, hrsg. v. Samson, Benvenuto, Berlin 1959, S. 247 - 278 |
| Gessler, Ernst | Das neue Aktienrecht, in: BB 1965, S. 677 - 683 |
| Gessler, Ernst | Faktische Konzerne? in: Recht und Rechtsleben in der sozialen Demokratie, Festgabe für Otto Kunze zum 65. Geburtstag, hrsg. v. Ballerstedt, Kurt u.a., Berlin 1969, S. 150 - 174 |

- Giese, Rolf Die Widerlegung der aktienrechtlichen Konzernvermutung, in: WPg 1974, S. 464 - 469
- Gleichmann, Karl Überlegungen zur Gestaltung eines Konzernrechts in den Europäischen Gemeinschaften, in: Quo Vadis, Ius Societatum? Liber Amicorum Pieter Sanders, 21. september 1912 - 1972, Rédaction Zonderland, Pieter, Deventer - s'Gravenhage 1972, S. 49 - 57
- Godin - Wilhelmi Aktiengesetz, Kommentar, 3. Aufl., Bd. 2, Berlin 1967
- Goerdeler, Reinhard Geschäftsbericht, Konzerngeschäftsbericht und "Abhängigkeitsbericht" aus der Sicht des Wirtschaftsprüfers, in: WPg 1966, S. 113 - 126
- Goldmann, Arie; Barlev, Benzion The Auditor-Firm Conflict of Interests: Its Implications for Independence, in: The Accounting Review, October 1974, S. 707 - 718
- Grossfeld, Bernhard Aktiengesellschaft, Unternehmenskonzentration und Kleinaktionär, Tübingen 1968
- Grün, Oskar Das Lernverhalten in Entscheidungsprozessen der Unternehmung, Habilitationsschrift, München 1972
- Haas, Helmut; Osthoff, Joachim Konzernrechnungslegung in der Versicherungswirtschaft. Eine empirische Untersuchung von Geschäftsberichten der Jahre 1967 bis 1970, in: WPg 1973, S. 573 - 582 und 597 - 604
- Hampe, Asta Statistik für Betriebswirte I, Stuttgart 1966
- Harder, Ulrich Bilanzpolitik. Wesen und Methoden der taktischen Beeinflussung von handels- und steuerrechtlichen Jahresabschlüssen, Wiesbaden 1962
- Hartmann, Hanno K. Die große Publikumsgesellschaft und ihre Investor Relations, Diss., München 1967

- Hauschildt, Jürgen Organisation der finanziellen Unternehmensführung. Eine empirische Untersuchung, Stuttgart 1970
- Hauschildt, Jürgen Entwicklungslinien der Bilanzanalyse, in: ZfbF 1971, S. 335 - 351
- Havermann, Hans Zur Publizitätsfreudigkeit deutscher Aktiengesellschaften, in: WPg 1963, S. 193 - 202, 263 - 269
- Havermann, Hans Die verbundenen Unternehmen und ihre Pflichten nach dem Aktiengesetz 1965, in: WPg 1965, S. 30 - 41, 66 - 73, 90 - 99
- Havermann, Hans Zweifelsfragen der Rechnungslegung im Konzern, in: Wirtschaftsprüfung im neuen Aktienrecht. Bericht über die Fachtagung des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf 1966, S. 75 - 82
- Hax, Karl Konzernprobleme und Aktienrechtsreform in theoretischer Sicht, in: Betriebsgröße und Unternehmungskonzentration, Nürnberger Abhandlungen zu den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, hrsg. v. Linhardt, H., Berlin 1959, S. 45 - 60
- Hax, Karl Ist der Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit noch eine geeignete Rechtsform für die große Versicherungsunternehmung, in: Wirtschaft und Recht der Versicherung, Paul Braeß zum 66. Geburtstag, hrsg. v. Farny, Dieter, Karlsruhe 1969, S. 139 - 164
- Hax, Karl Unternehmensgröße und Konzentration in der Versicherungswirtschaft, in: Grundprobleme des Versicherungsrechts, Festgabe für Hans Möller, hrsg. v. Schmidt, Reimer u.a., Karlsruhe 1972, S. 261 - 281
- Heck, Philipp Gesetzesauslegung und Interessenjurisprudenz, in: Studien und Texte zur Theorie und Methodologie des Rechts, hrsg. v. Esser, Josef, Bad Homburg vor der Höhe - Berlin - Zürich 1968, S. 46 - 141

- | | |
|--|---|
| Heinen, Edmund | Das Zielsystem der Unternehmung. Grundlagen betriebswirtschaftlicher Entscheidungen, Wiesbaden 1966 |
| Heinen, Edmund | Zum Wissenschaftsprogramm der entscheidungsorientierten Betriebswirtschaftslehre, in: ZfB 1969, S. 207 - 220 |
| Heinen, Edmund | Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, 3. verbesserte Aufl., Wiesbaden 1970 |
| Hintner, Otto | Der Geschäftsbericht nach dem Aktiengesetz von 1965 und seine Bedeutung für Rechnungswesen und Rechenschaftslegung der Aktiengesellschaft, in: BP 1966 (zitiert nach: Ertner, Ulrich: Der Geschäftsbericht als Instrument erweiterter aktienrechtlicher Rechnungslegung, Berlin 1966) |
| Hofstätter, Peter R. | Die Öffentlichkeit als Adressat der Publizität, in: Das Frankfurter Publizitätsgespräch, Frankfurt am Main 1962, S. 74 - 87 |
| Ihl, Günter | Der Vertragskonzern - Seine Stellung im Rahmen der aktienrechtlichen Gestaltungsformen für Großunternehmen sowie die Sicherstellung seiner Minderheitsaktionäre, Diss., München 1969 |
| Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. | Sonderausschuß Neues Aktienrecht: Stellungnahme NA 2/1967 - Zur Rechnungslegung im Konzern, abgedruckt in: WPg 1967, S. 483 - 490 |
| Institut der Wirtschaftsprüfer e.V. | Sonderausschuß Neues Aktienrecht: Stellungnahme NA 2/1963 - Zum Inhalt des Geschäftsberichts nach § 160 Abs. 3 und 4 AktG 1965, abgedruckt in: WPg 1963, S. 132 - 133 |
| Institut der Wirtschaftsprüfer e.V. | Sonderausschuß Neues Aktienrecht: Stellungnahme NA 4/1963 - Zur Widerlegung der Abhängigkeitsvermutung nach § 17 Abs. 2 AktG, abgedruckt in: WPg 1963, S. 262 - 263 |

- Institut der Wirtschafts-
prüfer e.V. (Hrsg.) Wirtschaftsprüfer-Handbuch 1973,
Düsseldorf 1973
- Jäger, Werner; Vogelgesang,
Michael Konzernrechnungslegung von Aktien-
banken. Eine empirische Untersuchung
von Geschäftsberichten der Jahre
1963, 1969 und 1970, in: WPg 1973,
S. 389 - 400 und 421 - 423
- Jellinek, Georg Allgemeine Staatslehre, 7. Neudruck
der 3. Aufl., Bad Homburg v.d.H.
1960
- Käfer, Gerd Konzentration und Publizität, in:
Die Konzentration in der Wirtschaft,
hrsg. v. Arndt, Helmut, Bd. 1, 2.
Aufl., Berlin 1971, S. 679 - 710
- Kalwar, Hans Der Konzernbegriff in der Versiche-
rungswirtschaft, in: VerBAV 1964,
S. 203 - 214
- Kantzenbach, Erhard Konzentration als Problem der Kon-
kurrenzwirtschaft, in: Die Konzen-
tration in der Wirtschaft, hrsg. v.
Arndt, Helmut, Bd. 1, 2. Aufl., Ber-
lin 1971, S. 159 - 183
- Kappler, Ekkehard Das Informationsverhalten der Bilanz-
interessenten - Ein Beitrag zu einer
sozialwissenschaftlich fundierten
Theorie der Unternehmenspolitik durch
Bilanzinformationen, Habilitations-
schrift, München 1972
- Kellermann, Christof Zum "faktischen Konzern" - Ausle-
gungsfragen und Reformüberlegungen,
in: ZGR 1974, S. 220 - 229
- Kiehne, Hans-Erich Konzernwirkungen und aktienrecht-
licher Minderheitenschutz im fak-
tischen Konzern, in: DB 1974, S. 321 -
324
- Knorpp, Jürgen Die Beeinflussung komplexer Entschei-
dungen in verbundenen Organisationen,
Diss., Mannheim 1972
- Koberstein, Günther Unternehmenszusammenschlüsse, Essen
1955
- Koppensteiner, Hans-Georg Internationale Unternehmen im deutschen
Gesellschaftsrecht, Frankfurt am Main
1971

- Kraus, Heinz Versicherungsaufsichtsrecht - Eine Studie zum deutschen und zum österreichischen Recht, in: Forschungen Staat und Recht 16, hrsg. v. Winkler, Günther und Antoniolli, Walter, Wien - New York 1971
- Kronstein, Heinrich Aktienrechtliche und wettbewerbsrechtliche Aspekte der Konzentration, in: Festschrift für Ernst Gessler zum 65. Geburtstag, hrsg. v. Ballerstedt, Kurt u.a., München 1971, S. 219 - 226
- Kronstein, Heinrich;
Claussen, Carsten P. Publizität und Gewinnverteilung im neuen Aktienrecht, Frankfurt am Main 1960
- Kropff, Bruno Das Konzernrecht des Aktiengesetzes 1965, in: BB 1965, S. 1281 - 1289
- Kropff, Bruno Aktiengesetz, zusammengestellte Textausgabe des Aktiengesetzes vom 6.9. 1965 und des EGktG mit Begründung des Regierungsentwurfs und Ausschlußbericht, Düsseldorf 1965
- Kupper, Werner Stille Reserven und Aktionärsinteressen, Diss., Zürich 1967
- Kutzenberger, Gerhard Mitbestimmung der Aktionäre. Ein wirtschaftswissenschaftlicher Beitrag zur Aktienrechtsreform, Berlin 1964
- Lampe, Ernst-Joachim Juristische Semantik, Bad Homburg v.d.H. - Berlin - Zürich 1970
- Larenz, Karl Methodenlehre der Rechtswissenschaft, 2. völlig neu bearbeitete Aufl., Berlin - Heidelberg - New York 1969
- Lenel, Otto Ursachen der Konzentration unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Verhältnisse, 2. neu bearbeitete Aufl., Tübingen 1968
- Lienert, G. A. Verteilungsfreie Methoden in der Biostatistik, Bd. 1, 2. Aufl., Meisenheim am Glan 1973
- Loitlsberger, Erich Treuhand- und Revisionswesen, 2. Auflage, Stuttgart 1966

- | | |
|--|--|
| Luchterhandt, Hans-Friedrich | Deutsches Konzernrecht bei grenzüberschreitenden Konzernverbindungen, Stuttgart 1971 |
| Lutter, Marcus | Kapital, Sicherung der Kapitalaufbringung und -erhaltung in den Aktien- und GmbH-Rechten der EWG - Eine Untersuchung zur Ausfüllung von Artikel 54 Abs. 3 lit g des Vertrages über die Errichtung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Karlsruhe 1964 |
| Mahr, Werner | Einführung in die Versicherungswirtschaft. Allgemeine Versicherungslehre, 3. Aufl., Berlin 1970 |
| Mayntz, Renate; Holm, Kurt;
Mübner, Peter | Einführung in die Methoden der empirischen Soziologie, 3. Aufl., Opladen 1972 |
| Meier, Albert | Einheitliche Leitung im Konzern aus betriebswirtschaftlicher Sicht, in: WPg 1966, S. 570 - 573 |
| Mellerowicz, Konrad | Aktiengesetz, Großkommentar, 2. Bd., 3. Aufl., Berlin 1970, §§ 148 - 160 |
| Menges, Günter; Skala, Heinz J. | Grundriß der Statistik Teil 2: Daten - Ihre Gewinnung und Verarbeitung, Opladen 1973 |
| Mestmäcker, Ernst-Joachim | Verwaltung, Konzerngewalt und Rechte der Aktionäre. Eine rechtsvergleichende Untersuchung nach deutschem Aktienrecht und dem Recht der Corporations in den Vereinigten Staaten, Karlsruhe 1958 |
| Mestmäcker, Ernst-Joachim | Zur Systematik des Rechts der verbundenen Unternehmen in der Rechtsordnung, Festgabe für Heinrich Kronstein aus Anlaß seines 70. Geburtstages, hrsg. v. Biedenkopf, Kurt u.a. Karlsruhe 1967, S. 129 - 150 |
| Meyer-Landrut, Joachim;
Miller, Fritz Georg | Faktischer Zwang zur Konsolidierung von Unternehmen in Mehrheitsbesitz ohne einheitliche Leitung?, in: BB 1969, S. 935 - 937 |
| Münz, Willy | Mittler der Publizität, in: Das Frankfurter Publizitätsgespräch, Frankfurt am Main 1962, S. 253 - 276 |

- Behring, Philipp Die gesetzliche Regelung der Unternehmensverbindungen im neuen Aktiengesetz, in: NJW 1967, S. 1 - 10
- Moxter, Adolf Der Einfluß von Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten, Köln und Opladen 1962
- Moxter, Adolf Publizität und Rechnungswesen, in: HdR, hrsg. v. Kosiol, Erich, Stuttgart 1970, Sp. 1473 - 1484
- Miller, Eberhard Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen nach dem Vorschlag einer Vierten EG-Richtlinie - Neuester Stand und Versuch einer praktischen Überleitung, in: AG 1974, S. 273 - 292
- Muthesius, Volkmar Diskussionsbeitrag in: Das Frankfurter Publizitätsgespräch, Frankfurt am Main 1962, S. 133 - 134
- Nowak, Erich Unternehmensverbindung und Sparten-trennung in der Sicht der Aufsichts-behörde, in: VW 1966, S. 1353 - 1365
- Opp, Karl-Dieter Methodologie der Sozialwissenschaften. Einführung in Probleme ihrer Theorie-bildung, Reinbek bei Hamburg 1970
- Pöpl, Franz Aktienrechtlicher Minderheitenschutz durch den "Abhängigkeitsbericht". Ein betriebswirtschaftlicher Beitrag zum Aktiengesetz von 1965, Stuttgart 1972
- Pohmer, Dieter Das Verhältnis der Wirtschaftswissen-schaft zur Rechtswissenschaft darge-stellt am Beispiel der Konzerngestal-tungen, in: Das Verhältnis der Wirt-schaftswissenschaft zur Rechtswissen-schaft, Soziologie und Statistik, hrsg. v. Raiser, Ludwig u.a., Berlin 1964, S. 57 - 66
- Popper, Karl R. Logik der Forschung, 2. erweiterte Aufl., Tübingen 1966
- v. Portatius, Hans-Georg Die Jahresausweispolitik konzernge-bundener Lebensversicherungs-Aktien-gesellschaften - Grundlagen und Methoden, Darmstadt o.J.

- | | |
|--|---|
| Prölss - Schmidt - Sasse | Versicherungsaufsichtsgesetz, Kommentar, 6. Aufl., München 1971 |
| Prölss, Erich | Aktuelle Fragen des Versicherungsaufsichtsrechts, in: VW 1966, S. 401 - 405, 459 - 462 |
| Prühs, Hagen | Grundprobleme der aktienrechtlichen Abhängigkeit im Spiegel der neuen Literatur, in: AG 1972, S. 300 - 311 |
| Prühs, Hagen | Die tatsächliche Abhängigkeit aus aktienrechtlicher Sicht, in: DB 1972, S. 2001 - 2005 |
| Rasch, Harold | Deutsches Konzernrecht, 4. Aufl., Köln - Berlin - Bonn - München 1963 |
| Rasch, Harold | Deutsches Konzernrecht, 2. Aufl., Köln - Berlin - Bonn - München 1955 |
| Rasch, Harold | Notwendigkeit einer verstärkten Publizität der Großunternehmen, in: ZfHf 1958, S. 472 - 474 |
| Rehbinder, Eckhard | Publizität und Auslandsbeziehungen, in: Das Unternehmen in der Rechtsordnung, Festgabe für Heinrich Kronstein aus Anlaß seines 70. Geburtstages, hrsg. v. Biedenkopf, Kurt u.a., Karlsruhe 1967, S. 203 - 233 |
| Richardt, Harald | Der aktienrechtliche Abhängigkeitsbericht unter ökonomischen Aspekten, Wiesbaden 1974 |
| Seemann, Hans-Jürgen | Befolgung des neuen Aktiengesetzes - Eine Chance für die externe Bilanzanalyse, Diss., Mannheim 1970 |
| Semler jr., Johannes | Die Aufgaben des Wirtschaftsprüfers nach dem Entwurf eines Konzernrechts, in: Unternehmer und Wirtschaftsprüfer mit dem Blick in die Zukunft, Düsseldorf 1960, S. 49 - 81 |
| Singhvi, Surenda S.;
Desai, Harsha B. | An empirical analysis of the quality of corporate financial disclosure, in: The accounting Review, January 1971, S. 129 - 138 |

- | | |
|--|--|
| Spitzenverbände der gewerblichen Wirtschaft e.V. | Gemeinsame Denkschrift zum Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, Bonn 1959 |
| von Starck, Wulf | Betriebswirtschaftliche und gesellschaftsrechtliche Probleme der einheitlichen Leitung im Konzern, Diss., München 1970 |
| Steichele, Adalbert | Die Einzelangaben nach § 160 Abs. 3 AktG 1965 im Geschäftsbericht, in: Wirtschaftsprüfung im neuen Aktienrecht, Bericht über die 12. Fachtagung des IdW, Düsseldorf 1966, S. 53 - 63 |
| Studienkommission des Deutschen Juristentages | Untersuchungen zur Reform des Konzernrechts, Tübingen 1967 |
| Scherpf, Peter | Rechnungslegung und Prüfung, in: Handbuch der Aktiengesellschaft, Bd. 2, Köln - Marienburg 1967 |
| Schmidt, Dirk | Zur aktienrechtlichen Mitteilungspflicht für Beteiligungen, in: ZfgK 1966, S. 1046 - 1048, 1081 - 1083 |
| Schmidt, Reimer | Die Spartenentrennung - Eine juristische Analyse, in: ZVersWiss 1964, S. 265 - 280 |
| Schmidt, Walter | Konzernrechtliche Kodifikation, in: NJW 1957, S. 1337 - 1341 |
| Schrader, Achim | Einführung in die empirische Sozialforschung, Stuttgart 1971 |
| Schredelseker, Klaus | Die Eigentümerkontrolle in der grossen Aktiengesellschaft, Diss., München 1974 |
| Schruff, Lothar | Der Wirtschaftsprüfer und seine Pflichtprüfungsmandate - Eine Marktuntersuchung, Düsseldorf 1973 |
| Schubert, Werner | Zur Berichtspflicht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen nach dem neuen Aktienrecht, in: BFuP 1966, S. 165 - 174, 223 - 234 |
| Schuhmann, Hans | Einführung in die Rechtswissenschaft, Wiesbaden 1959 |

- | | |
|---|---|
| Thomä, Karl Eugen | Diskussionsbeitrag in: Das Frankfurter Publizitätsgespräch, Frankfurt am Main 1962, S. 135 - 137 |
| Uecker, Peter | Der Vorteils-Nachteils-Ausgleich beim Abhängigkeitsbericht. Kriterien der verdeckten Gewinnausschüttung als Lösungsweg, Düsseldorf 1972 |
| Wangenheim, Hans Ulrich | Wirtschaftsprozesse und Publizität der Gesellschaften, in: ZfHf 1953, S. 470 - 472 |
| Wedell, Harald | Minderheitenschutz im Aktienrecht? Aktionärsinteressen und Rechtswirksamkeit, Frankfurt/M. - Zürich 1971 |
| Weihmüller, Herrmann | Der Konzernabschluß in der Versicherungswirtschaft, in: WPg 1967, S. 29 - 34, 61 - 64 |
| Westrick, Peter | Abschlußprüfung und Abschlußprüfer nach geltendem und zukünftigem Aktienrecht, Heidelberg 1963 |
| Wiethölter, Rudolf | Publizitätsinteressen der Anteilseigner, in: Das Frankfurter Publizitätsgespräch, Frankfurt am Main 1962, S. 33 - 54 |
| Wild, Jürgen | Grundlagen und Probleme der betriebswirtschaftlichen Organisationslehre. Entwurf eines Wissenschaftsprogramms, Berlin 1966 |
| Wirtschaftsprüferkammer | Richtlinien für die Berufsausübung der Wirtschaftsprüfer und vereidigten Buchprüfer, festgestellt von der Wirtschaftsprüferkammer am 9. Juli 1964 (ergänzt 1966, 1967, 1969, 1971, 1972), Düsseldorf 1972 |
| Witte, Eberhard unter Mitwirkung von Hauschildt, Jürgen | Die öffentliche Unternehmung im Interessenskonflikt, Berlin 1966 |
| Witte, Eberhard | Phasen-Theorem und Organisation komplexer Entscheidungsverläufe, in: ZfbF 1968, S. 625 - 647 |
| Witte, Eberhard | Das Informationsverhalten in Entscheidungsprozessen, Tübingen 1972 |

- Wittmann, Waldemar Unternehmung und unvollkommene Information, Köln und Opladen 1959
- Würdinger, Hans Sind auf dem Gebiet des Konzernrechts gesetzgeberische Maßnahmen gesellschaftsrechtlicher Art erforderlich? Gutachten zum 42. Deutschen Juristentag, Sitzungsberichte Bd. 2, Tübingen 1959
- Würdinger, Hans Aktien- und Konzernrecht, 2. Auflage, Karlsruhe 1966
- Würdinger, Hans Der Begriff Unternehmen im Aktiengesetz, in: Recht und Rechtsleben in der sozialen Demokratie, Festgabe für Otto Kunze zum 65. Geburtstag, hrsg. v. Ballerstedt, Kurt u.a., Berlin 1969, S. 177 - 187
- v. Wysocki, Klaus Das Wesen der Beurteilungsmaßstäbe bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen, in: ZfB 1963, S. 211 - 222
- v. Wysocki, Klaus Grundlagen des betriebswirtschaftlichen Prüfungswesens, Berlin und Frankfurt a. M. 1967
- v. Wysocki, Klaus Konzernrechnungslegung in Deutschland. Eine Auswertung von 126 Konzernabschlüssen und Konzerngeschäftsberichten deutscher Obergesellschaften zum 31.12.1967, Düsseldorf 1969
- v. Wysocki, Klaus Zwei Jahre Konzernrechnungslegung nach dem AktG 1965, in: WPg 1970, S. 97 - 103, 124 - 133
- v. Wysocki, Klaus Verbundene Unternehmungen, Rechnungswesen der, in: HdR, hrsg. v. Kosiol, Erich, Stuttgart 1970, Sp. 1742 - 1758
- v. Wysocki, Klaus Betriebswirtschaftliches Prüfungswesen - Prüfungsordnungen und Prüfungsorgane, München 1972
- v. Wysocki, Klaus; Keifer, Rüdiger; Gross, Gerhard; Jäger, Werner; Haas, Helmut Die Berichterstattung Deutscher Aktiengesellschaften über die Bewertungs- und Abschreibungsmethoden gemäß § 160 Abs. 2 AktG, ZfbF 1971, S. 303 - 334

Wyss, Heinz F.

Das Recht des Aktionärs auf Auskunftserteilung (Art. 697 OR) unter besonderer Berücksichtigung des Rechts der Unternehmenszusammenfassung, Diss., Zürich 1967

Ziegler, Karl Arthur

Versuch einer betriebswirtschaftlichen Grundlegung der Unternehmenszusammenschlüsse, Diss., Mannheim 1966

Lebenslauf

Geburt	18. April 1946	in Oberweiler/Lahr
Eltern		Bertold Haas und Frau Josefa, geb. Gissler
Schulbesuch	1952 - 1957 1957 - 1966 2. März 1966	Volksschule in Oberweiler/Lahr Max-Planck-Gymnasium Lahr Abitur am Max-Planck-Gymnasium Lahr
Studium	SS 1966 bis SS 1970	Studium der Betriebswirtschafts- lehre an der Universität Mann- heim
	22. Oktober 1970	Prüfung zum Diplom-Kaufmann mit dem Gesamturteil gut be- standen
praktische Tätigkeit		kaufmännische Praktika während der Semesterferien bei der Fa. Roth-Händle GmbH, Lahr und beim Finanzamt Lahr
wissenschaft- liche Tätig- keit	WS 1970/71 bis SS 1971	wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Allgemeine Be- triebswirtschaftslehre, Wirt- schaftsprüfungs- und Treuhand- wesen, Universität Mannheim, Prof. Dr. K. v. Wysocki
	ab WS 1971/72	wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Wirtschaftsbe- ratung und Revisionswesen, Uni- versität München, Prof. Dr. K. v. Wysocki

